

VERBANDSBERICHT 2010

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	4
I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES.....	7
1. EU-REGULARIEN	7
1.1. Basel III	7
1.1.1. Kapital.....	8
1.1.2. Liquidität.....	10
1.2. Leverage Ratio	11
1.3. Die neuen europäischen Aufsichtsbehörden.....	11
1.4. CRD III – Grundsätze der Vergütungspolitik	12
1.5. Richtlinienvorschlag für Wohnimmobilienkreditverträge	14
1.6. Änderung der Prospektrichtlinie	16
1.7. Geplante Novellierung der MiFID-Richtlinie	16
2. BANK- UND WERTPAPIERRECHT	17
2.1. Einlagensicherung und Anlegerentschädigung	17
2.2. FMA-Rundschreiben über Sparerkunden.....	18
2.3. FMA-Rundschreiben Prospektrecht.....	18
2.4. Überarbeitung des Standard Compliance Codes (SCC).....	19
2.5. Geldwäsche.....	20
3. STEUERRECHT	21
3.1. Einführung einer Stabilitätsabgabe (Stabilitätsabgabengesetz)	21
3.2. Vermögenszuwachssteuer „KESSt NEU“	22
3.3. Abschaffung der Kreditvertragsgebühr.....	24
3.4. EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie.....	25
3.5. Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA).....	25
4. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN	27
4.1. Kollektivvertrag „Schema neu“	27
4.2. KV-Valorisierung 2011	27
5. ZAHLUNGSVERKEHR	28
5.1. Zahlungsdienstegesetz – Nachbetrachtung.....	28
5.2. SEPA-Enddatum Verordnung	28
5.3. Studie „Zahlungsverkehr in Österreich im Vergleich zu Europa“	28
6. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE.....	29
6.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria.....	29
6.2. Verbandsausschüsse	30
6.3. Ombudsmann.....	32
II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG.....	34
1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD	34
1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute	35
1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors.....	37
2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2010.....	40

2.1.	HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	40
2.2.	HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG.....	46
2.3.	HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG.....	62
2.4.	HYPO NOE GRUPPE BANK AG	69
2.5.	HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB).....	73
2.6.	OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG.....	77
2.7.	SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG.....	79
2.8.	LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG.....	84
2.9.	HYPO TIROL BANK AG	90
2.10.	VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	97
2.11.	RATING DER HYPOS.....	100
3.	GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN	101
3.1.	Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	101
3.2.	Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.....	102
3.3.	Hypo-Wohnbaubank AG.....	102
3.4.	Hypo-Bildung GmbH.....	104
III.	<i>GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS</i>	<i>106</i>
1.1.	Freier Verband	106
1.2.	Fachverband	106
1.3.	Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.	106
IV.	<i>INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE.....</i>	<i>108</i>
1.1.	Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)	108
1.2.	Deutschland	108
1.3.	Schweiz.....	108
V.	<i>ORGANE</i>	<i>109</i>
VI.	<i>ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE</i>	<i>111</i>
VII.	<i>MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN.....</i>	<i>116</i>

VORWORT

Das Jahr 2010 war vom Wirtschaftsaufschwung der sich immer mehr vernetzenden Weltwirtschaft und der Dynamik der neuen Wachstumsländer (BRICS) geprägt. Dies brachte auch dem Euro-Raum eine deutliche Erholung gegenüber dem Vorjahr.

Die österreichische Wirtschaft profitierte ebenfalls von der positiven Gesamtentwicklung, obwohl es in wesentlichen strukturellen Fragen im Pensions-, Gesundheits-, Bildungs- und Verwaltungsbereich zu einem Stillstand kam. Die Problematik der Staatsverschuldung in einigen Euro-Ländern, die zur Schaffung des Rettungsschirms der Europäischen Währungsunion in Zusammenarbeit mit dem IWF führte, konnte bis heute nicht nachhaltig gelöst werden.

Der Finanzdienstleistungssektor und insbesondere die Banken standen 2010 sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene im Schussfeld, sowohl mit populistischen Äußerungen als auch mit einer teilweise überbordenden Regulierungswut, die aufgrund der G20-Beschlüsse zwar für die großen internationalen Banken sinnvoll erscheint, jedoch nicht für die mittleren und kleineren Regionalbanken, die die lokale Wirtschaft und Bevölkerung bedienen. Dies wird zu einem Kostenschub und damit zu einer Verteuerung von Bankdienstleistungen führen müssen.

Hier sind die in Umsetzung befindlichen Vorschriften für die Eigenmittel- und Liquiditätsregelung anzuführen, ebenso wie die auf Österreich zukommende Fondslösung der neuen künftigen Einlagensicherung. Auf nationaler Ebene brachte die Einführung der Bankenabgabe sowie der Kursgewinnbesteuerung zusätzliche Belastungen, die deutlich über die Höhe anderer vergleichbarer Länder, insbesondere Deutschland hinausgehen. Auch die Einführung eines neuen Vergütungssystems für Banken, dessen Auslöser die Bonifikationspraxis internationaler, insbesondere amerikanischer Banken war, führt in Österreich aufgrund der sehr unbestimmten Gesetzesregelung zu einer Verwaltungerschwernis und stellt einen einzigartigen, bei anderen Branchen noch nie angedachten, Eingriff in die Eigentümersphäre dar.

HYPO-VERBAND 2010

Die Hypo Group Alpe Adria stand zu Anfang des Jahres 2010 aufgrund der Notverstaatlichung im medialen Fokus. Dies ist aufgrund der Vorfälle, der politischen Hintergründe und der ehemaligen Eigentümer Kärnten und Bayern zu einem gewissen Grad verständlich, aber im Vergleich zu anderen Bankenverstaatlichungen (Kommunalkredit) unverhältnismäßig.

An dieser Stelle sei auch auf die Ostaktivitäten der österreichischen Großbanken verwiesen, die im Ernstfall ohne europäische Regelung die österreichische Volkswirtschaft extrem gefährden können. Das österreichische Bankensystem ist deshalb im Vergleich zur Volkswirtschaft viel zu groß. Dies könnte sogar das ausgezeichnete Rating von Österreich gefährden. Ziel muss daher sein, dass für Großbanken mit internationalem Aktionsradius – analog zur Schweiz – höhere Eigenkapitalvorschriften gelten. Zudem müssen ausländische Tochterbanken zur Risikominimierung eigenständiger aufgestellt werden, sodass in Zukunft nicht mehr österreichische Einlagen das Marktwachstum im Ausland refinanzieren und zugleich aufgrund der höheren Risikoaufschläge im Ausland im Inland ein Preiskampf ausgelöst wird.

Der Hypo-Sektor hat im Rahmen einer Klausur im Juni 2010 ein klares Bekenntnis zu einem eigenen Verband abgelegt, das auch zu diversen Straffungsmaßnahmen innerhalb der Verbandsstrukturen führte, die großteils bereits umgesetzt sind.

Das Aufgabengebiet der Mitarbeiter des Verbandes umfasst einen extrem hohen Querschnitt an Kompetenz, von den ständigen Regulierungsvorschlägen auf EU-Ebene bis zu den teilweise – im vorausseilenden Gehorsam – erfolgenden Umsetzungen in Österreich.

Auch der Abschluss und die Umsetzung des neuen Kollektivvertrags für alle Hypo-Mitarbeiter erforderte im vergangenen Jahr ein erhöhtes Maß an Kapazität. Zu den wesentlichen Themen des Jahres 2010 wird auf die einzelnen Berichtspunkte verwiesen.

Das Jahr 2010 war auch für die Mitarbeiter des Hypo-Verbandes ein besonders spannendes und wir wollen uns bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Wir stellen fest, dass gerade in den laufenden Fachdiskussionen im Rahmen der WKÖ die Stimme

HYPO-VERBAND 2010

des Hypo-Sektors sehr wohl gehört wird, in den gesetzlichen Umsetzungen finden wir unsere Interessen aber zu wenig berücksichtigt.

Abschließend gilt unser Dank den Vorständen der Mitgliedsinstitute für die Unterstützung des Verbandes bei seinen vielfältigen Aufgaben sowie den Mitarbeitern der Hypos, die den Hypo-Verband in den Verbandsausschüssen mit ihrer fachlichen Kompetenz stets hervorragend unterstützen.

Vorstandsvorsitzender KR Dkfm. Dr. Jodok Simma
Präsident

KR Dr. Wilhelm Miklas
Generalsekretär

I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES

Einleitung:

Trotz der kleinen Mannschaft des Hypo-Verbandes versuchen deren Mitarbeiter, die Interessen der zehn österreichischen Hypo-Banken und der Verbandsunternehmungen bestmöglich in allen Bereichen und Themen zu vertreten, die sowohl auf österreichischer Ebene als auch auf EU-Ebene an die Interessenvertretung herangetragen wurden. Die vielfältigen Themen aus den unterschiedlichsten Bereichen über Bank- und Steuerrecht bis hin zu Zahlungsverkehrsthemen und Beteiligungsverwaltung stellen eine außergewöhnlich hohe Arbeitsbelastung dar.

Im Anschluss werden einige Punkte des umfangreichen Arbeitsprogramms der letzten Zeit ohne Anspruch auf Vollständigkeit angeführt:

1. EU-REGULARIEN

1.1. Basel III

Die politischen Vorgaben wurden während des G20-Gipfels im November 2009 getroffen. Damit besteht im Gegensatz zur Umsetzung der Basel II-Vorschriften Grund zur Annahme, dass dieses Mal auch die USA die neuen Vorgaben umsetzen werden. Die weitere Befassung in Europa erfolgt nun zunächst durch die Kommission. Hier wurde vernommen, dass anstelle einer Richtlinie Teile des Basel III-Pakets auch in Form einer Verordnung erfolgen könnten. Dies hätte zur Folge, dass die Vorschriften direkt wirken und dem nationalen Gesetzgeber keinen Umsetzungsspielraum belassen würden. Daher konzentrieren sich die Verbände nun darauf, eine Richtlinie zu erwirken. Der Kommissionsentwurf wird mit einem halben Jahr Verspätung mit Juni erwartet. Das Umsetzungsdatum ab 1.1.2013 steht nicht zur Diskussion. Allerdings werden nicht alle Vorschriften gleich zu diesem Zeitpunkt Gültigkeit erlangen, und es gibt unterschiedliche

Übergangszeiträume für Kapitalbestimmungen, Einsatz von Liquiditätskennzahlen, Verschuldensquote usw.

Für die Umsetzung wird Brüssel im Sommer 2011 einen weiteren Banken-Stresstest durchführen lassen, da für ein genaueres *impact assessment* nicht mehr ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Die EZB hat bereits angekündigt, für diesen Test strengere Vorgaben zu setzen.

Insgesamt ist darauf hinzuweisen, dass es in den jeweiligen Detailbereichen noch eine Vielzahl von offenen Fragen und Interpretationen gibt, die teilweise erst bei Vorliegen der finalen Dokumente der Europäischen Kommission oder in der nationalen Umsetzung geklärt werden können.

Auswirkungen von Basel III: Nach Aussage der OeNB werden die Änderungen im Eigenmittelbereich die Banken rd. € 750 Mio. kosten, im Liquiditätsbereich € 420 Mio. In einem dreijährigen Betrachtungszeitraum würden sich die Änderungen im Eigenmittelregime mit -0,15 % auf das BIP-Wachstum auswirken. Neben diesen „volkswirtschaftlichen“ Kosten und Auswirkungen von Basel III sind durch direkte und indirekte Weitergabe der Kosten der Banken an die Kunden Teuerungen und Einschränkungen in der Kreditvergabe zu erwarten.

Details:

1.1.1. Kapital¹

- Neben der Qualität steigt auch die Transparenz der einzelnen Eigenmittelbestandteile und Bilanzen deutlich an. Zukünftig wird zwischen

¹ Quelle: Basel Committee on Banking Supervision, Basel III: A global regulatory framework for more resilient banks and banking systems, veröffentlicht am 16.12.2010, www.bis.org;

Basel Committee on Banking Supervision, Basel III: International framework for liquidity risk measurement, standards and monitoring, veröffentlicht am 16.12.2010, www.bis.org
Blume, Basel III/CRDIV: Neues Kapitalregime für Österreichs Banken. In: Bankarchiv, 59. Jahrgang, April 2011, Seite 218-226)

Schütz, Basel III: Stabilität im Bankensektor oder Konjunkturbremse? In: Bankarchiv, 59. Jahrgang, März 2011, Seite 133-141)

Tier 1 -Kapital (zwei Kategorien: hartes oder Core Tier 1- und Other Tier 1-Kapital) und Tier 2 unterschieden. Tier 1-Kapital soll Verluste in der „going-concern“-Betrachtung tragen können. Tier 2-Kapital ist so ausgestaltet, dass es für die Verlusttragungsfähigkeit in der „gone-concern“-Betrachtung herangezogen werden kann. Das finale Dokument des BCBS erhöht die Quote des harten Kernkapitals von derzeit rd. 2 % auf künftig 4,5 %. Die gesamte Kernkapital- (oder Tier 1-) Quote wird von 4 % auf 6 % angehoben. Die Gesamtkapitalquote von 8 % bleibt unverändert. Hinzu kommt ein Kapitalerhaltungspuffer, für den in der Endausbaustufe 2,5 % an hartem Tier-1-Kapital bereitgestellt werden muss. Die gesamten Eigenmittel inklusive des Puffers werden 10,5 % betragen.

- Zusätzlich kann die Aufsicht auch noch den Aufbau eines antizyklischen Kapitalpuffers (ebenfalls CT1 Instrumente oder äquivalent) verlangen. Dadurch soll die Widerstandsfähigkeit von Banken und Märkten gehoben werden, wenn der Aufbau von makroökonomischen systemischen Risiken im eigenen Land beobachtet wird. Bei Unterschreitung der Grenzen für die Puffer hat die Bank nur mit Beschränkungen in ihren Ausschüttungen zur rechnen – die operative Geschäftstätigkeit kann unbeeinträchtigt weitergeführt werden.
- In Zukunft können im Wesentlichen nur noch Stammaktien und einbehaltene Gewinne als Kernkapital angerechnet werden, was für Banken ohne direkten Kapitalmarktzugang eine enorme Erschwernis darstellt. Die Bemühungen der Verbände zielen daher auf eine Erweiterung des Kriterienkatalogs auf Core-Tier-1-Instrumente ähnlich zu den Erleichterungen für non-joint-stock-Banken ab.
- Zusätzlich zu diesen deutlich strengeren Bedingungen sind in den Arbeitspapieren zum Krisenmanagement und Verlusttragungsfähigkeit sowie *banking resolution* weitere Verschärfungen für die Institute und die Anrechenbarkeit ihrer Instrumente vorgesehen. In den Bestimmungen wird dabei vorwiegend auf international aktive Banken abgestellt – eine endgültige Definition über diese sowie systemrelevante Banken ist aber noch nicht abschließend erfolgt.

1.1.2. Liquidität

Von den G20 wurde die politische Entscheidung getroffen, im Rahmen des Basel III Frameworks weltweit einheitliche Liquiditätsstandards zu schaffen. Die Basler Texte geben bereits eine sehr genaue Vorstellung von den zu erwartenden Änderungen bei den Liquiditätsvorschriften. Grundsätzliches Ziel ist es, die Institute so mit entsprechender Liquidität auszustatten, dass sie eine gewisse Periode unter stark angespannten Bedingungen überleben können. Dies soll durch die Angabe der *liquidity coverage ratio*, der LCR, erreicht werden. Bereits ab 2012 soll sie gemeldet werden. Weitere drei Jahre lang wird sie dann beobachtet und gegebenenfalls revidiert, um schließlich ab 2015 finalisiert zu werden. Die LCR führt zum Aufbau eines ständigen Liquiditätspuffers für 30 Tage, der mindestens 25 % der Mittelabflüsse ausmacht. An die zu verwendenden Assets werden höchste Ansprüche zur sofortigen Auflösung ohne Verluste im Bedarfsfall gestellt. Nur wenige Assetkategorien erfüllen diese Kriterien. Es wird daher eine Verteuerung dieser Assetklassen durch stark erhöhte Nachfrage erwartet.

Das langfristige Gegenstück zur LCR ist die *net stable funding ratio*, die NSFR. Sie soll ab 2018 finalisiert vorliegen und wird ab 2012 ebenfalls beobachtet und gegebenenfalls kalibriert. Das Erkennen von Laufzeitinkongruenzen, von Liquiditätsgaps, von Refinanzierungskonzentrationen und frei verfügbarer Liquidität soll mit ihrer Hilfe ermöglicht werden.

Es könnte zu Abweichungen kommen, auf welche Institute das neue Liquiditätsregime international (große international aktive Institute) vs. EU-weit (alle Banken im Sinne der RL 2006/48/EG) anzuwenden ist.

Beide Kennzahlen werden gestresst, beide bilden für das Liquiditätsrisiko künftig den Mindeststandard ab. Die Aufsicht erwartet sich darüber hinausgehende institutsspezifische Berechnungen und Liquiditätsnotfallpläne.

Neben einer entsprechenden Rekalibrierung setzen sich die Verbände dafür ein, die Liquiditätskennzahlen nicht öffentlich darzustellen, sondern nur der Aufsicht im Rahmen der Säule II zu melden. Damit sollen Marktirritationen vermieden werden, da die

Aussagekraft jeder Kennzahl isoliert betrachtet stark zu relativieren ist. Verbandsintern wurden die bisherigen Vorgaben von einer Kleinarbeitsgruppe analysiert, um frühzeitig die einzelnen Komponenten bestmöglich zu interpretieren und rechnen zu können, da vor allem von Seiten des Marktes und der Ratingagenturen Vorzieheffekte hinsichtlich der Erfüllung der Kennzahlen zu erwarten sind.

1.2. Leverage Ratio

Der risikogewichteten Betrachtung aus den Kapitalbestimmungen soll eine Kennzahl hinsichtlich des Verschuldungsgrades der Institute gegenübergestellt werden – die Leverage Ratio. Jedes Institut muss – zusätzlich zu den oben genannten Bestimmungen – Tier 1-Kapital in der Höhe von (voraussichtlich) 3 % seiner ungewichteten Aktiva und außerbilanzmäßigen Positionen vorhalten. Diese Kennzahl soll bis 2017 beobachtet, gemeldet und dann final kalibriert werden. Ab 2018 soll das harte, aufsichtliche Eigenmittelerfordernis auch an dieser Kennzahl gemessen werden.

1.3. Die neuen europäischen Aufsichtsbehörden

Mit der Umgründung von CEBS in die EBA, die European Banking Authority, als eine von drei europäischen Aufsichtsbehörden (neben ESMA und EIOPA), kommt den ursprünglich als Empfehlungen ausgestalteten Richtlinien eine stärkere und direktere Bedeutung zu. Mit der Reform der drei europäischen Aufsichtsbehörden erlangen deren Richtlinien den Charakter von technischen Durchführungsverordnungen des europäischen Rechts, die unmittelbar zur Anwendung gelangen.

Die FMA hat darüber hinaus diese Richtlinien und Empfehlungen von EBA nach dem „*comply or explain*“-Mechanismus in Österreich entweder umzusetzen („*comply*“) oder ausreichend zu begründen, warum sie von einer Umsetzung Abstand nimmt („*explain*“). Bei der Anwendung der Richtlinien ist auf geltendes Recht Rücksicht zu nehmen. Es ist an dieser Stelle daher die Bedeutung der EBA-Durchführungsverordnungen und ihre direkte Anwendbarkeit sowie die Zurückhaltung der FMA hinsichtlich Abweichungen von den EBA-Richtlinien besonders hervorzuheben. Die Verbände kritisieren dabei die

unüberschaubare Fülle von Richtlinien, die neben den nationalen Richtlinien die Gesetze konkretisieren sollen und dabei auch Normenkollisionen erzeugen könnten.

Zusätzlich hat der Europäische Rat für systemische Risiken (ESRB) seine konstituierende Sitzung abgehalten und nun seine Funktion als Frühwarnsystem für Finanzmarktrisiken aufgenommen. Das ESRB ist – neben der EZB – für die Stabilität am Finanzmarkt zuständig und soll daher das Finanzsystem in der EU laufend überwachen und entsprechende politische Empfehlungen bzw. Warnungen aussprechen.

1.4. CRD III – Grundsätze der Vergütungspolitik²

Seit Jänner 2011 ist die Umsetzung der EU-Richtlinie „Capital Requirements Directive III“ in Kraft. Diese neuen Bestimmungen haben gravierende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Remunerationspolitik und -praxis in den Banken.

Auf europäischer wie auch auf Ebene der G20 ist man der Ansicht, dass die bisher vorherrschenden Bonus-Systeme für Entscheidungsträger in Kreditinstituten zu vergleichsweise risikoreichen Geschäftsaktivitäten geführt haben. Diese Vergütungsmodelle werden unter anderem als Ursache für den Ausfall von einzelnen Finanzinstituten und als Auslöser für die Krise des gesamten Finanzsystems betrachtet.

In der Richtlinie werden daher folgende Maßnahmen vorgeschrieben, um in Zukunft solchen Folgen vorzubeugen:

- Jedes Finanzinstitut hat in einer grundsätzlichen Vergütungspolitik die wesentlichen Aussagen über ihr Geschäftsmodell, Risikoprofil, ihre Risikoträger und das anwendbare Vergütungsmodell zu dokumentieren.

² Quellen:

§ 39 b BWG; Anlage zu § 39 b BWG; CEBS Guidelines hinsichtlich der Vergütungspolitik und -praktiken in Banken;

Huag, Schmatzberger, Neue Bestimmungen für Bonuzahlungen von Kreditinstituten. In: ecolex, Februar 2011, Seite 149 – 151

- Die „Risikokäufer“ sind jene Mitarbeiter, die einen entscheidenden Einfluss auf das Risikoprofil des Unternehmens haben. Auch Kontrollfunktionen sind dieser Kategorie zuzuordnen.
- Neben den generellen Grundsätzen der Vergütungspolitik müssen auf die Risikokäufer noch spezielle Grundsätze angewendet werden.
- Die Vergütungspolitik soll das Eingehen von Risiken verhindern und sich am langfristigen und nachhaltigen Unternehmenserfolg orientieren.
- Die Auszahlung des variablen Anteils kann erst nach Messung der Ergebnisse über diesen mittelfristigen Betrachtungszeitraum erfolgen und hat zu 50 % in Aktien oder gleichwertigen Beteiligungen, abhängig von der Rechtsform, zu erfolgen. Eine schwache oder negative finanzielle Leistung des Kreditinstituts führt zu einer Reduktion oder dem Wegfall der gesamten variablen Vergütung. Darüber hinaus sind mind. 40 % der variablen Verfügung über einen wenigstens fünfjährigen Zeitraum zurückzustellen.
- Für Institute mit einem risikoarmen Geschäftsmodell kommt der Proportionalitätsgrundsatz zur Anwendung.
- Die Aufsicht kann bei riskanter Vergütungspolitik Eigenmittelaufschläge anordnen oder die Ausschüttungen für variable Vergütung auf einen bestimmten Prozentsatz des Bilanzgewinns beschränken.

Weitere Vorgehensweise:

- Die allgemeine Vergütungspolitik in den Instituten ist bereits für das laufende Jahr 2011 zu dokumentieren. Die neuen Auszahlungsmodalitäten gelten für neue Verträge, die 2011 abgeschlossen wurden sowie für Bonuszahlungen aus bestehenden Verträgen, die sich auf das Jahr 2011 beziehen. Die Kreditinstitute haben darauf hinzuwirken, dass vertragliche Vereinbarungen, die bereits vor

31.12.2010 abgeschlossen wurden, an die neuen Bestimmungen angepasst werden.

- Im Rahmen der nationalen Umsetzung der Bestimmungen im BWG wurde der Richtlinientext sehr eng ausgelegt. Gleichzeitig wurde der in der EU-Richtlinie vorgesehene Vergütungsausschuss für Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von mehr als EUR 1 Mrd. im Rahmen der BWG Novelle noch nicht umgesetzt.
- In den Kreditinstituten ist noch eine Vielzahl von Fragen zur technischen, sozialversicherungs-, lohnsteuer- und arbeitsrechtlichen Umsetzung offen, die über ein Gutachten der WKÖ sowie im Rahmen von Gesprächen mit der FMA geklärt werden sollen.
- Es ist zu hinterfragen, ob die Komplexität der neuen Bestimmungen und der damit verbundene erhebliche Umsetzungsaufwand im Verhältnis zur Effektivität der neuen Bestimmungen steht.
- Vor dem Hintergrund, dass diese Regelungen besonders auf Länder abzielen, in denen die variable Vergütung einen entscheidenden Anteil am Gesamtbezug ausmachen, ist es unseres Erachtens kritisch zu betrachten, dass in Österreich der Anwendbarkeit des Proportionalitätsgrundsatzes keinerlei quantitative Grenzen zu Grunde gelegt werden und die Institute eine transparente, nachvollziehbare und fundierte Begründung für die eingeschränkte Anwendbarkeit finden müssen.

1.5. Richtlinienvorschlag für Wohnimmobilienkreditverträge

Anfang April 2011 hat die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag vorgelegt, mit dem ein EU-Binnenmarkt für Hypothekarkredite auf hohem Verbraucherschutzniveau und mit freiem Dienstleistungsverkehr verwirklicht werden soll. Als Folge der Finanzkrise sollen spezifische Verbraucherschutzbestimmungen und finanzaufsichtsrechtliche Anforderungen an Kreditgeber und Kreditvermittler für den Hypothekarkreditmarkt eingeführt werden. Im Zentrum stehen Wohnimmobilien, wobei den Mitgliedstaaten eine Erstreckung der Richtlinie auf den Unternehmerbereich und Gewerbeimmobilien offen

steht. Unter Hypothekarkrediten werden auch Kredite verstanden, die ohne hypothekarische Sicherstellung, dem Erwerb oder der Erhaltung von Grundstücken oder Gebäuden sowie der Renovierung dienen. Aus dem aufsichtsrechtlichen Bereich sind die Einführung von Wohlverhaltensregeln bei der Kreditvergabe sowie die Festlegung von Mindestanforderungen an die Kompetenz von Kreditgebern und –vermittlern zu nennen. Außerdem werden Regelungen über die Zulassung, Registrierung und Beaufsichtigung von Kreditvermittlern und Nichtkreditinstituten getroffen. Im zivilrechtlichen Bereich beinhaltet die Richtlinie Werbevorschriften, vorvertragliche Informationspflichten, Erläuterungspflichten, Regelungen zur Kreditwürdigkeitsprüfung und gesetzliche Beratungsstandards. Der Vorschlag enthält zahlreiche Ermächtigungen für die Europäische Kommission zur Änderung und Konkretisierung der Richtlinienbestimmungen nach Inkrafttreten. Diese Delegation verursacht massive Rechtsunsicherheit und ist daher abzulehnen.

Der Hypoverband hat in seiner Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag darauf hingewiesen, dass im Jahr 2010 in Österreich und einigen anderen Mitgliedstaaten die Verbraucherkreditrichtlinie mit Wirkung auch für Hypothekarkredite umgesetzt worden ist. Entgegen den erläuternden Ausführungen der Kommission enthält der Entwurf in zentralen Punkten erhebliche Verschärfungen und Abweichungen von der Verbraucherkreditrichtlinie, die aus unserer Sicht nicht mit der Besonderheit der Hypothekarkreditverträge gerechtfertigt werden können. Dazu zählt etwa das Einbeziehen von geförderten Krediten in den Anwendungsbereich. Geförderte Kredite werden in Österreich vor allem im Rahmen der Wohnbauförderung der Bundesländer durch die landesgesetzlichen Förderbestimmungen inhaltlich weitgehend determiniert, etwa durch die Festlegung von Zinshöchstgrenzen oder die Vorgabe von Zinsgleitklauseln. Dadurch werden eine ausgewogene Gestaltung des Kreditverhältnisses und eine gute Bewältigung der Rückzahlungserfordernisse sichergestellt, weshalb es zu unterdurchschnittlich wenigen Verwertungen bei geförderten Krediten kommt. Die Anwendung der Richtlinie würde daher ohne Notwendigkeit den Zugang zu eigens konzipierten und daher spezifisch geeigneten Finanzierungen beschränken. Weiters wird ein völlig neues Formular für die vorvertragliche Standardinformation des Kreditnehmers vorgesehen, das mit der im Jahr 2010 gerade erst implementierten Standardinformation für Verbraucherkredite

keineswegs übereinstimmt. Diese inhaltlichen Unterschiede verursachen neuerlich einen erheblichen kostenmäßigen und administrativen Aufwand in EDV und Mitarbeiterschulung.

Die Prüfung der Kreditwürdigkeit wird gegenüber der Verbraucherkreditrichtlinie verschärft und der Kreditgeber wird verpflichtet, die Gewährung des Kredits bei negativem Ergebnis der Bonitätsprüfung abzulehnen sowie umfangreiche Aufklärungen über die interne Kreditentscheidung im Ablehnungsfall zur Verfügung zu stellen. Umgekehrt wird der Verbraucher verpflichtet, sämtliche für die Kreditprüfung notwendigen Informationen über seine finanzielle und persönliche Situation zu erteilen, wobei diese Verpflichtung nach Ermessen der Mitgliedstaaten sanktionsbewährt ausgestaltet werden kann. Insgesamt ähnelt dieses Konzept geradezu einer behördlichen Vorgehensweise. Schließlich wurde entgegen der ursprünglichen Intention auch ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung verankert. Diesbezüglich wird es entscheidend sein, in der nationalen Umsetzung die Besonderheiten der Hypothekarkredite und insbesondere von Deckungsausleihungen zu berücksichtigen, um die Refinanzierung mittels Pfandbriefen nicht zu gefährden und eine Verteuerung von Fixzinskrediten zu vermeiden. Ein Datum für das Inkrafttreten ist im Richtlinienentwurf derzeit noch nicht enthalten.

1.6. Änderung der Prospektrichtlinie

Am 31.12.2010 ist die Richtlinie zur Änderung der Prospektrichtlinie aus dem Jahr 2003 in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten haben nunmehr bis 1. Juli 2012 zur Umsetzung Zeit. Die Änderungen führen im Wesentlichen zu einer Erweiterung der Ausnahmebestimmungen von der Prospektspflicht sowie zu Neuregelungen bei der Nachtragspflicht, dem kapitalmarktrechtlichen Widerrufsrecht sowie bei Format und Inhalt der Prospektzusammenfassung. Daneben kommt es zum Wegfall des jährlichen Dokuments nach § 75a BörseG und zu Klarstellungen betreffend die Prospektgültigkeit.

1.7. Geplante Novellierung der MiFID-Richtlinie

Letztes Jahr wurde ein Überprüfungsprozess der MiFID-Richtlinie eingeleitet. Die europäische Wertpapierdienstleistungsrichtlinie beinhaltet einheitliche Standards für den

Anlegerschutz und zielt auf eine Stärkung des Wettbewerbs der Anbieter ab. Sie wurde im Jahr 2007 mit dem Wertpapieraufsichtsgesetz in österreichisches Recht umgesetzt. Geplant ist eine Novellierung der MiFID-Richtlinie (MiFID II), wobei ein Entwurf bereits Mitte 2011 präsentiert werden soll.

2. BANK- UND WERTPAPIERRECHT

2.1. Einlagensicherung und Anlegerentschädigung

Seit Vorliegen des Richtlinienentwurfs ist politische Bewegung in die Angelegenheit gekommen. Es zeichnet sich eine gewisse Tendenz ab, die Richtlinie mit anderen Vorhaben zu verbinden, wie dem banking resolution fund. Damit erfährt die Einlagensicherung neben ihrer Früherkennung und paybox-Funktion möglicherweise eine Erweiterung ihrer Aufgaben. Basel hat „Kernfaktoren“ für die Einlagensicherung vorgestellt, die richtungsweisend vor allem für die Stresstests der Einlagensicherung sein könnten. Der Verband wird sich mit einem eigenen Arbeitskreis der Umsetzung widmen.

Auf innerpolitischer Ebene ist das Hauptanliegen des Verbands vor allem die Schaffung einer einheitlichen und übersektoralen Einlagensicherung, aber zumindest eines Ausgleichs der sehr unausgereiften Vorschläge, denen starkes Lobbying anderer Verbände mit hoher politischer Vernetzung vorangegangen ist.

Dessen ungeachtet wird der in der Richtlinie beabsichtigte Aufbau des Fonds beträchtliche Mittel der Banken binden. Dieser Umstand wurde stark kritisiert, da auch die Belastungen aus Basel III, die zeitgleich zu erwarten sind, von den Banken zu tragen sind. Hinzu kommt noch die an anderer Stelle erwähnte Stabilitätsabgabe. Diese Bündelung von Belastungen, die auch innerorganisatorisch viele Ressourcen blockiert, schränkt den Handlungsspielraum der Banken über Gebühr ein.

Bei der Anlegerentschädigung ist ebenfalls ein Fonds der Kreditwirtschaft aufzubauen, allerdings in einem kleineren Volumen. Gemessen am eigentlichen Risiko und der

Wahrscheinlichkeit, aus der Anlegerentschädigung heraus bezogen zu werden, stehen diese Beitragsleistungen in keinem Verhältnis.

2.2. FMA-Rundschreiben über Sparurkunden

In einem Rundschreiben vom Jänner dieses Jahres widmet sich die FMA der Ausgestaltung von Sparurkunden. Unter Berufung auf eine steigende Anzahl von Angeboten, die ohne Rücksicht auf gesetzlichen Vorgaben als Sparbuch oder Sparprodukt bezeichnet werden, nimmt die Aufsicht eine Auslegung der (Bezeichnungs-) Schutz- und Informationsbestimmungen für Sparurkunden nach dem BWG vor.

Besonderes Augenmerk legt die FMA auf die jederzeitige Berechenbarkeit des Zinssatzes sowie dessen zeitgerechte Angabe. Dementsprechend dürfen Produkte mit einer Verzinsung, die von der Wertentwicklung eines Index oder einzelner Wertpapiere abhängig ist (zB ein von einem Aktienkorb abhängiger Bonus) oder Produkte mit sonstigen spekulativen/wettähnlichen Elementen nicht als Sparprodukt bezeichnet werden. Der Sparer muss jederzeit die Möglichkeit haben, das Ausmaß der Verzinsung im Vorhinein zu bestimmen. Marktübliche variable Verzinsungen unter Heranziehung eines Geldmarktzinssatzes bleiben unberührt. Darüber hinaus wurde in einer schriftlichen Beantwortung klargestellt, dass Werbeaussagen mit dem Wort „Sparen“ bei längerfristigen Veranlagungen zulässig sind, sofern nicht der spekulative Charakter im Vordergrund steht.

Grundsätzlich sind die Bemühungen der FMA zur Abgrenzung von irreführend bezeichneten Produkten aus Gründen des Vertrauens- und Anlegerschutzes zu begrüßen. Praxisrelevante Fragen zu modernen Formen von Spargeldern etwa im Zusammenhang mit Online-Sparen sind wohl wegen des engen gesetzlichen Rahmens in den Ausführungen der FMA allerdings offen geblieben.

2.3. FMA-Rundschreiben Prospektrecht

Am 6. Dezember 2010 hat die FMA ein neues Rundschreiben zu Fragen des Prospektrechts veröffentlicht. Aufgrund der Billigungspraxis in den letzten drei Jahren fasst

sie ihre Rechtsansicht über konkrete Anforderungen des KMG, BörseG und der ProspektVO zusammen. Das bisher gültige Rundschreiben aus dem Jahr 2007 wurde damit zur Gänze ersetzt. Das Rundschreiben umfasst dabei alle wesentlichen Bereiche des Prospektrechts: den Begriff des öffentlichen Angebots, Ausnahmebestimmungen von der Prospektspflicht, den Umgang mit Nachträgen, die Darstellung der Risikofaktoren, Einschränkungen von werbemäßigen Formulierungen bis hin zu abwicklungstechnischen Fragen und Erläuterungen zur Notifikation im EWR-Raum. Im Vergleich zum bisherigen Rundschreiben führt die FMA aus, unter welchen Bedingungen ein No-Offer Disclaimer Wirkung entfalten kann und interpretiert die Prospektausnahme für Daueremissionen. Produkte, die sich auf einen Basiswert beziehen, erfüllen diese Prospektausnahme nach Ansicht der FMA nicht, außer es besteht nur ein einziges Strukturierungsmerkmal in Form einer Bindung an einen (üblichen) Geldmarkt- oder Referenzzinssatz. Dies gilt auch, wenn der Kapitalrückzahlungsanspruch selbst von der Entwicklung eines Derivats unabhängig ist. Für die Prüfungspraxis aufschlussreich sind auch die Ausführungen über die gebotene Aufmachung des Prospekts und die Beispiele zur Nachtragspflicht, obwohl betont werden muss, dass einige der FMA-Vorgaben aus dem Gesetz nicht ohne weiteres abgeleitet werden können. Positiv ist die Klarstellung, wonach die KMG-Werbervorschriften erst greifen, wenn neben der Verkaufsabsicht ein Bezug auf ein bestimmtes öffentliches Angebot vorliegt. Die Bedeutung des Prospekthinweises in der Werbung wird von der FMA besonders hervorgehoben.

2.4. Überarbeitung des Standard Compliance Codes (SCC)

Die Wertpapieraufsicht in der FMA hat die Kreditwirtschaft beginnend im Frühjahr 2010 eingeladen, um über die von ihr im Rahmen der Vor-Ort-Prüfung festgestellten Defizite im Bereich Mitarbeitergeschäfte zu berichten. Um der Kritik über die Praktiken der Kreditinstitute zu begegnen, wurde eine Überarbeitung des Standard Compliance Codes (Selbstverpflichtung der Kreditwirtschaft im Bereich Wertpapieraufsichtsrecht) vereinbart. Gleichzeitig hat die FMA durch die Androhung und Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren klargemacht, dass der Bereich der Mitarbeitergeschäfte zu ihren Prüfungsschwerpunkten in der Wertpapier-Compliance zählt. Die im SCC vorgenommenen Änderungen betreffen die Richtlinie über Mitarbeitergeschäfte sowie das Modul Insiderrecht und Marktmanipulation. Sie wurden von einer Arbeitsgruppe bestehend

aus Compliance Verantwortlichen verschiedener Kreditinstitute in Abstimmung mit der FMA erstellt. Nach Zustimmung sämtlicher Kreditinstitute hat die FMA den geänderten SCC im Februar 2011 auf ihrer Website veröffentlicht. Die Neuerungen sehen vor allem eine Ausdehnung der Prüfpflichten der Compliance Officer im Hinblick auf den Kreis der zu prüfenden Mitarbeiter vor. Die FMA hat darüber hinaus betont, dass sie Bagatellgrenzen oder gesetzlich nicht vorgesehene Produktausnahmen bei den meldepflichtigen Mitarbeitergeschäften nicht akzeptiert. Die Kontrolle der Fremddepots ist ein weiteres Anliegen der FMA. Der neue SCC sieht im Einklang damit eine Meldepflicht für Fremddepots von prüfungsrelevanten Mitarbeitern vor (oder gleichwertige Feststellungsverfahren). Schließlich wurden die Kontrollmaßnahmen und -intervalle überarbeitet. Ein laufender Abgleich der Mitarbeitergeschäfte mit Sperr- und Beobachtungsliste sowie mit Meldungen über Großorders und schwerpunktmäßig mit Kundentransaktionen und Nostroorders muss sichergestellt werden. Zur Förderung der Rechtssicherheit und der Akzeptanz des SCC wäre es notwendig, dass der neugefasste Standard von der FMA auch ausdrücklich als Benchmark insbesondere für Vor-Ort-Prüfungen akzeptiert wird und den Kreditinstituten nicht im Einzelfall wieder neue Vorgaben abverlangt werden. Es ist daher bedauerlich, dass die Aufsichtsbehörde bisher diesem Wunsch der Kreditwirtschaft nicht nachgekommen ist.

2.5. Geldwäsche

Im Berichtsjahr gab es erneut gesetzliche Änderungen, mit denen die im FATF-Länderbericht festgestellten Mängel behoben werden sollten. Diese Regeln stellen für Institute abermals einen organisatorischen Mehraufwand und damit Verschärfungen dar, beispielsweise bei der Identitätsfeststellung, den Meldungen, den Transaktionsüberwachungssystemen oder den Strafbestimmungen. Gleichzeitig wurden die Änderungen des Finanzstrafgesetzes stark kritisiert, da die Zusammenhänge um die dort angeführten Tatbestände mit den Systemen der Kreditinstitute allein kaum zu eruieren sind. Es darf nicht die Aufgabe von Kreditinstituten werden, über die Geldwäschebestimmungen hinausgehende Finanzdelikte zu erkennen und zu verfolgen. Dennoch veranstaltete der Verband für die Geldwäschebeauftragten einen entsprechenden Expertenvortrag, um bestmöglich für die neuen Anforderungen vorbereitet

zu sein. Diese Schulungen finden im Herbst 2011 ihre Fortsetzung. Weiters wurde ein Erfahrungsaustausch mit einem anderen Sektor organisiert. Der verbandsinterne Leitfaden wird einer Überarbeitung unterzogen.

3. STEUERRECHT

3.1. Einführung einer Stabilitätsabgabe (Stabilitätsabgabengesetz)

Weiterer Regelungsschwerpunkt des Budgetbegleitgesetzes 2011 aus Sicht der Kreditwirtschaft ist die Einführung der Stabilitätsabgabe (Bankenabgabe). Durch die Einführung der Stabilitätsabgabe sollen sich die Kreditinstitute an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Der Gesetzgeber rechtfertigt diese Sondersteuer mit den Stabilitätsmaßnahmen, die ein Teil der österreichischen Kreditinstitute in Anspruch nehmen musste und die den Staatshaushalt belastet haben. Darüber hinaus sollen Lenkungseffekte durch die Besteuerung risikoreicherer Finanzinstrumente erzielt werden.

Die Stabilitätsabgabe wird von der unkonsolidierten Bilanzsumme vermindert um bestimmte Abzugsposten errechnet. Für die Bilanzsumme wird der Durchschnitt aus dem Jahresabschluss und den OeNB-Vermögensausweisen der ersten drei Quartale herangezogen. Zu den Abzugsposten zählen u.a. die gesicherten Einlagen. Bis 2013 ist grundsätzlich auf die Bilanzsumme des Jahres 2010 abzustellen, danach auf das jeweilige Vorjahr. Bei wesentlicher Erhöhung oder Verringerung der Bilanzsumme in den ersten drei Jahren ist die Bilanzsumme von 2011 oder 2012 heranzuziehen. Die Höhe der Abgabe beträgt 0,055 % (zwischen 1 und 20 Mrd. EUR) bzw. 0,085 % (über 20 Mrd. EUR) der Bemessungsgrundlage. Keine Abgabepflicht besteht bei unter 1 Mrd. EUR Bilanzsumme. Derivate des großen Handelsbuches werden gesondert mit 0,015 % besteuert.

Die Berechnung der Abgabe führt zu einer teilweise sehr unterschiedlichen Abgabenbelastung unter den Banken. Eine Doppelbesteuerung bei den treuhändig emittierenden Sonderinstituten HYPO-Wohnbaubank und Pfandbriefstelle konnte verhindert werden. Ein eigener Abzugsposten stellt nunmehr sicher, dass Treuhandverbindlichkeiten, für die das Kreditinstitut nur das Gestionsrisiko trägt, nicht zur

Bemessungsgrundlage zu zählen sind. Der Hypo-Sektor hat im Rahmen des Begutachtungsverfahrens aufgrund der traditionell geringeren Spareinlagenanteile seiner Mitglieder eine ausgewogenere Berechnung der Bemessungsgrundlage gefordert. Kritisch zu beurteilen ist daher die vom Gesetzgeber getroffene Auswahl der übrigen Abzugsposten, die vor allem einlagenstarke Sektoren unverhältnismäßig bevorzugt und andererseits das risikoarme Pfandbriefgeschäft, das über Deckungsausleihungen die Kreditversorgung der Realwirtschaft und der öffentlichen Hand gewährleistet, unberücksichtigt lässt. Aufgrund der unterschiedlichen sektoralen Strukturen in der österreichischen Bankenlandschaft führt außerdem die Steuerfreiheit für Institute mit einer Bilanzsumme von weniger als 1 Mrd. EUR zu ungerechtfertigten Begünstigungen.

3.2. Vermögenszuwachssteuer „KESt NEU“

Kernstück des Budgetbegleitgesetzes 2011 (BBG) ist die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer auf Finanzprodukte. Es handelt sich um eine grundlegende Neuordnung der Besteuerung des Kapitalvermögens, die eine generelle Besteuerung von Wertsteigerungen bei Wertpapieren und derivativen Finanzinstrumenten unabhängig von der Behaltdauer und dem Beteiligungsausmaß im Wege des KESt-Abzuges sicherstellen soll. Das BBG wurde am 20. Dezember vom Nationalrat beschlossen und noch vor dem Jahreswechsel veröffentlicht.

Mit dem neuen KESt-Regime wird für natürliche Personen auf Kapitalerträge (Einkünfte aus der Überlassung von Kapital, wie Zinsen und Dividenden) und nunmehr auch auf realisierte Wertzuwächse bei Wertpapieren (Substanzgewinne aus der Veräußerung von Anteils-, Forderungswertpapieren, Fonds etc.) sowie auf Einkünfte aus Derivaten ein Kapitalertragssteuerabzug von 25 % eingeführt. Voraussetzung ist, dass das Kapitalvermögen auf einem inländischen Depot gehalten wird. Die bisher für die steuerrelevante Realisation ausschlaggebende Spekulationsfrist entfällt. Auch betriebliche Kapitalanlagen natürlicher Personen unterliegen dem festen Steuersatz. Die neue Vermögenszuwachssteuer erfasst außerdem Körperschaften mit Ausnahme von Kapitalgesellschaften. Unentgeltliche Übertragungen sind vom KESt-Abzug ausgenommen.

Die Erhebung der neuen Besteuerung erfolgt im Regelfall durch Steuerabzug und ist nach den Vorstellungen des Gesetzgebers auch für die erweiterten Einkünfte von den Banken vorzunehmen. Die Kreditinstitute müssen für die Richtigkeit des einbehaltenen Steuerabzugs haften.

Die Vertreter der Kreditwirtschaft haben bereits zum Gesetzesentwurf auf den immensen Umstellungsaufwand und die massive Kostenbelastung hingewiesen, die mit dieser Einhebungsform insbesondere im Hinblick auf Substanzgewinne und Derivate für die Kreditwirtschaft verbunden sind. Die für die Berechnung erforderlichen Daten sind auch nach Auskunft von Software-Providern derzeit nicht verfügbar. Allein für die erforderliche Neugestaltung und Erweiterung der EDV-Systeme ist vorsichtigen Schätzungen der KPMG zufolge mit einmaligen Kosten von über 150 Mio. EUR für die österreichische Kreditwirtschaft zu rechnen. Der gesamte prognostizierte Aufwand liegt bei über 260 Mio. EUR an Einmalkosten und ca. 55 Mio. EUR jährlich anfallenden laufenden Kosten.

Der Gesetzgeber hat allerdings weder diese finanzielle Belastung noch die erforderlichen Vorlaufzeiten für die Umsetzung berücksichtigt. Die neuen Besteuerungsmodalitäten gelten bereits ab 1. Oktober 2011. Ab diesem Zeitpunkt sollen allerdings auch Anschaffungen von Anteilspapieren an Kapitalgesellschaften sowie Investmentfonds, die nach dem 31.12.2010 erfolgt sind, im neuen Besteuerungssystem berücksichtigt werden. Für andere Kapitalanlagen und Derivate sind Anschaffungen ab 1.10.2011 relevant. Für Wertpapiere, die vor diesen Stichtagen erworben wurden (Altbestand), gilt das bisherige System (Fristen der Spekulationsbesteuerung) weiter. Die Veräußerung von Kapitalvermögen nach dem 30.9.2011 aus dem betrieblichen Bereich soll unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt der neuen Steuerlogik unterliegen. Die Besteuerung der Substanzgewinne in Investmentfonds, die im privaten Bereich bisher nur im Ausmaß von 20 % erfasst waren, wird bis 2014 stufenweise auf 60 % angehoben.

Dieser enorm kurze Zeitraum von nur 9 Monaten zwischen Verabschiedung des Gesetzes und Wirksamwerden der Abzugsverpflichtung steht im krassen Missverhältnis zu den bis dahin notwendigen technischen und administrativen Vorkehrungen. Eine zeitgerechte Umsetzung, die auch den haftungsrechtlichen Konsequenzen standhält, würde laut

Experten mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Eine entsprechende Frist wurde etwa in Deutschland bei der Einführung der Abgeltungssteuer vorgesehen. Neuerliche gesetzliche Änderungen, die der Gesetzgeber erst kürzlich in Form des Abgabenänderungsgesetzes 2011 (AbgÄG) in Begutachtung gegeben hat, sind ab Mitte des Jahres zu erwarten.

Aufgrund dieser unzumutbar kurzen Vorlaufzeit und zahlreicher weiterer inhaltlicher Mängel hat die österreichische Kreditwirtschaft Anfang des Jahres, vertreten durch vierzehn Institute, Verfassungsbeschwerde mit dem Ziel der Gesetzesaufhebung eingebracht. Angestrebt wird eine Entscheidung des VfGH im Rahmen der Juni-Session, um zeitgerecht vor Anfang Oktober Klarheit zu schaffen. Die Umsetzungsbemühungen der Kreditinstitute wurden indes fortgesetzt.

Es ist verwunderlich, warum eine so fundamentale Reform vom Gesetzgeber im Eilzugstempo ohne angemessene Abklärung mit den betroffenen Fachkreisen eingeführt wird. Das Ergebnis sind zahlreiche Unklarheiten und Unstimmigkeiten im Gesetz, die selbst durch den neuerlichen Versuch im Rahmen des derzeit als Entwurf vorliegenden AbgÄG 2011 nicht vollständig beseitigt werden konnten.

3.3. Abschaffung der Kreditvertragsgebühr

Eine positive Maßnahme im Zuge der Budgetgesetzgebung (BBG 2011) ist die Abschaffung der Kreditvertragsgebühr per 1.1.2011. Damit wurde einer langjährigen Forderung der Kreditwirtschaft im Interesse ihrer Kunden Rechnung getragen.

In gleicher Weise wird seit Jahren vom Hypo-Sektor eine Reduzierung der Grundbuchseintragungsgebühr für grundbücherlich sichergestellte Kredite gefordert. Da auch diese Gebühr einen erheblichen Bestandteil der Nebenkosten der Kreditaufnahme darstellt, wäre eine Reduzierung von erheblicher Bedeutung. Bedauerlicherweise wurde im Gegensatz zur Kreditvertragsgebühr dieser Forderung nicht entsprochen. Durch eine hohe Grundbuchseintragungsgebühr wird der Aufbau einer Deckungsmasse erschwert

und die wertvolle Refinanzierungsquelle Pfandbrief im Vergleich zu anderen Kapitalmarktinstrumenten verteuert.

Mit dem BBG 2011 wurde außerdem die Sonderausgabenabzugsfähigkeit für Wandelschuldverschreibungen (z.B. Wohnbauanleihen) abgeschafft.

3.4. EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Die Verhandlungen über die Änderung der EU-Richtlinie im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen wurden unter ungarischer Ratspräsidentschaft zwar neu aufgenommen, haben allerdings im Berichtsjahr zu keinen Fortschritten geführt. Kern der geplanten Überarbeitung sind u.a. die Ausdehnung des Anwendungsbereiches auf juristische Personen, die Verpflichtung der Zahlstelle zur Feststellung des wirtschaftlichen Eigentümers bestimmter Einrichtungen außerhalb der Gemeinschaft für steuerliche Zwecke („look-through-Ansatz“) und die Ausdehnung des Begriffes der Zinszahlung auf mit Zinserträgen gleichwertige Erträge. Aus österreichischer Sicht spielen vor allem die Übergangsbestimmungen eine wesentliche Rolle. Der Übergang zum automatischen Informationsaustausch zu einem fixen Datum wird von österreichischer Seite abgelehnt. Österreich setzt weiterhin auf die sogenannte externe Konditionalität, d.h. dass Änderungen der Richtlinie erst wirksam werden sollen, wenn auch europäischen Drittstaaten (wie Liechtenstein, Andorra, Monaco, San Marino und die Schweiz) und die abhängigen und assoziierten Gebiete vergleichbare Regelungen anwenden. Andernfalls wäre mit einem erheblichen Abfluss von Vermögen in die genannten Drittstaaten zu rechnen.

3.5. Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Im März 2010 wurden die Regelungen des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) von den USA beschlossen. Der Zweck von FATCA ist die Erfassung des Welteinkommens von US-Steuerpflichtigen, um die Steuerhinterziehung über Konten im Ausland zu verhindern. Herzstück ist die Einführung einer Meldepflicht für ausländische Finanzinstitute über bestimmte Zahlungen aus US-Quellen. Werden Informationen über US-Kunden nicht

offengelegt, führt dies zu einem 30-prozentigen Quellensteuerabzug. Grundsätzlich treten die Regelungen am 1.1.2013 in Kraft.

FATCA soll das bisherige US-Quellensteuerregime (Qualified Intermediary (QI) - Vorschriften) ergänzen. Der Anwendungsbereich geht weit über das QI-Regime hinaus. Dies gilt sowohl für die erfassten Zahlungen (neben laufenden Erträgen auch die Erträge aus der Veräußerung von Kapitalvermögen), die betroffenen Kontoinhaber (neben US-Bürgern auch Körperschaften, an denen US-Bürger mit mehr als 10 % beteiligt sind) als auch die meldepflichtigen Finanzinstitute (Foreign Financial Institution (FFI) sind neben Kreditinstituten und Wertpapierhäusern auch Investmentfonds, Private Equity Fonds usw.). Die Umsetzung von FATCA erfolgt durch den Abschluss einer Vereinbarung zwischen FFI und US-Steuerbehörde. Die vertraglichen Pflichten des FFI sind neben der Identifikation von Konten mit US-Bezug, die Einhaltung von Due Diligence und Dokumentationspflichten betreffend die Identifikation, die jährliche Meldung über bestimmte Informationen über US-Konten, ergänzende Auskünfte auf Anfrage, Einbehaltungspflicht der Quellensteuer bei nicht kooperativen Kontoinhabern bis zur Schließung dieser Konten.

Die mit FATCA verbundene exterritoriale Anwendung von US-Rechtsvorschriften ist äußerst kritisch zu beurteilen. Das internationale Steuersystem wird dadurch erheblich verkompliziert, Rechtskonflikte mit europäischem und nationalem Recht verursacht und der Wettbewerb durch unverhältnismäßige Kosten vor allem zulasten kleinerer EU-Finanzinstitute verzerrt. Relativ spät hat die EU auf FATCA reagiert und im April 2011 erste Verhandlungen mit den USA aufgenommen. Die Europäische Kommission verfolgt das Ziel, den automatischen Informationsaustausch gemäß der EU-Zinsenbesteuerungsrichtlinie als Ersatz für die Einhaltung der FATCA-Bestimmungen zu etablieren. Aus österreichischer Sicht darf ein solcher Vorstoß allerdings nicht zur generellen Einführung des automatischen Informationsaustausches und damit zur Abschaffung des EU-Quellensteuerabzugs führen.

4. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN

4.1. Kollektivvertrag „Schema neu“

Der neue Kollektivvertrag für die Angestellten der österreichischen Landes-Hypothekenbanken wurde beschlossen und gilt ab 1.1.2011 für die rund 4.000 Angestellten der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.

Der Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken einigte sich mit der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) nach intensiven Verhandlungen auf ein neues und modernes Gehaltssystem, das den derzeitigen und künftigen Anforderungen der Landes-Hypothekenbanken Rechnung trägt. Das Ergebnis entspricht dem gemeinsamen Bekenntnis der Sozialpartner, eine nachhaltige Strukturreform zu erarbeiten, die Engagement, Erfahrung, Qualifikation und persönliche Kompetenz stärker als im bisherigen Schema berücksichtigt.

Das neue Gehaltssystem forciert die Entwicklungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verteilt das Lebenseinkommen adäquater über den gesamten Karriereverlauf. Auch die Erwartungshaltung am Bestehenden wurde in Form eines entsprechenden Erwartungsschutzes berücksichtigt. Ebenso findet die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstärkt Ausdruck im Kollektivvertrag.

Das Reformergebnis trägt den vielfältigen Veränderungen der Arbeitswelt Rechnung und wurde somit an die aktuellen und künftigen Herausforderungen des Finanzwesens angepasst.

4.2. KV-Valorisierung 2011

Ab 1.4.2011 wurden die Schemagehälter um 1,9 % plus € 9,- angehoben.

5. ZAHLUNGSVERKEHR

5.1. Zahlungsdienstegesetz – Nachbetrachtung

Auch im Jahr 2010 waren die Auswirkungen der Umsetzung des neuen Zahlungsdienstegesetzes (ab 1.11.2009) und deren Diskussion ein wesentlicher Punkt auf der Agenda der Zahlungsverkehrsexperten. Es gibt diesbezüglich auch mehr als ein Jahr nach In-Kraft-Treten immer noch Diskussionen mit Verbraucherschützern und Vertretern der Pensionistenverbände zur Überweisungsdauer. Obwohl die Banken die gesetzlichen Regelungen einhalten und die auszahlenden Stellen rechtzeitig auf die Änderungen aufmerksam gemacht haben, gibt es zu den neuen Regelungen immer noch kritische Anfragen.

5.2. SEPA-Enddatum Verordnung

Im Jahr 2010 wurde ebenfalls der Entwurf der SEPA-Enddatum-Verordnung ausführlich diskutiert. Um die SEPA-Migration erfolgreich abzuschließen, braucht es eine fixe und EU-weit einheitliche Übergangsfrist für die Umstellung auf die neuen Transaktionsformate SEPA Credit Transfer (SCT) und SEPA Direct Debit (SDD). Derzeit wird eine Übergangsfrist von 12 Monaten für SCT und 24 Monaten für SDD ab In-Kraft-Treten der Verordnung diskutiert (voraussichtlich Ende 2011).

5.3. Studie „Zahlungsverkehr in Österreich im Vergleich zu Europa“

Von der WKÖ wurde eine Studie in Auftrag gegeben mit dem Ziel, die Kosten für den Zahlungsverkehr in Österreich, verglichen mit anderen EU-Ländern, zu erheben. Damit wollte man das Ergebnis der „Kuneva-Studie“ aus dem Jahr 2009 relativieren, in der Österreich als eines der EU-Länder mit dem teuersten Zahlungsverkehr für Kunden dargestellt wurde. Die wesentlichen Unterschiede in der Darstellung ergeben sich aus den nationalen Nutzungsgewohnheiten und Besonderheiten des österreichischen Zahlungsverkehrsmarktes und den daraus resultierenden Vorteilen für die Kunden. Diese Studie wurde am 2.12.2010 von der WKÖ in einem Pressegespräch präsentiert.

6. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE

6.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria

Das Forum versteht sich als Interessensgemeinschaft für den österreichischen Pfandbrief und fundierte Bankschuldverschreibung (Covered Bond). Vor dem Hintergrund der neuen Basler Vorschriften soll das gedeckte Geschäft für die Refinanzierungsseite der Banken wieder in den Vordergrund rücken.

Das Forum wurde daher im Berichtsjahr von folgenden österreichischen Pfandbrief und Covered Bond Emittenten gegründet:

- BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG
- Erste Group Bank AG (als Spitzeninstitut des Sparkassensektors)
- Kommunalkredit Austria AG
- Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (als Spitzeninstitut der Raiffeisenbankengruppe)
- UniCredit Bank Austria AG
- Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

2011 wird auch die ÖVAG dem Forum beitreten.

Ziele / Vision:

Das Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria wurde gegründet um:

- Gedeckte Emissionen aus Österreich im Inland und Ausland verstärkt zu vermarkten
- Den Investoren die Rahmenbedingungen und die Besonderheiten des österreichischen Marktes auf einer zentralen Plattform zur Verfügung zu stellen
- Den rechtlichen Rahmen in Österreich laufend zu begleiten, mit internationalen Covered Bond Standards zu vergleichen und Novellierungsbedarf pro-aktiv zu diskutieren

- Den Aufbau und die Wartung der Homepage zu betreiben, auf der Informationen über den österreichischen Markt, den rechtlichen Rahmen und die Teilnehmer zentralisiert zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig bestehen Kooperationen mit dem Verband deutscher Pfandbriefbanken, der Schweizer Pfandbriefbank, dem European Covered Bond Council und anderen internationalen Organisationen, die sich mit gedeckten Emissionen beschäftigen.

Der Hypoverband übernimmt im Pfandbriefforum die organisatorische Rolle und stellt einen der beiden Sprecher. Für Mai ist eine erste Konferenz des Forums geplant, die mit Hilfe der OeNB ausgerichtet wird. Mehrere Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit inhaltlichen Fragen, die für die Interessenvertretung, z.B. gegenüber Ratingagenturen von Bedeutung sind.

6.2. Verbandsausschüsse

Die Ausschüsse des Verbands geben den Experten der Hypos die Gelegenheit, sich sowohl zu einem Erfahrungsaustausch zu treffen, als auch neue Inputs durch Fachvorträge von Spezialisten und anderen Sektoren sowie der Aufsicht zu erhalten. Zudem werden auch gemeinsame Dokumente wie Leitfäden oder Handbücher erstellt. Kleinarbeitsgruppen werden für die Aufbereitung von fachlichen Details zur Abrundung herangezogen.

Im Berichtsjahr gab es vor allem folgende Tagungen und Ausschüsse:

- **Buchhaltertagung** – Schwerpunkte waren heuer neben den Basler Bestimmungen die Neuerungen im Meldewesen und bei IFRS. Eine Kleinarbeitsgruppe beschäftigte sich mit den möglichen Auswirkungen der neuen Kapitalbestimmungen, eine weitere mit den Liquiditätsbestimmungen.

- **Treasurer-Runde** – Es fanden Überlegungen zur Verfolgung einer gemeinsamen Emissionspolitik statt. Durch Basel III ergeben sich Änderungen bei der Liquiditätsbeschaffung, die bei den Planungen berücksichtigt werden müssen.
- **Risikomanagementausschuss** – auch hier standen die Basler Bestimmungen im Vordergrund. Daneben wurden die bisherigen Ergebnisse aus der Einlagensicherung analysiert, vor allem die neuen Kennzahlen für die Früherkennung und die Stresstests der Einlagensicherungen. Viele der CEBS/EBA-Richtlinien zielen auf das Risikomanagement ab und determinieren dessen Rahmenbedingungen neu. Unter anderem waren dies die Stresstests, die zusammen mit *backtesting* den nächsten Themenschwerpunkt bilden.
- **Zahlungsverkehr** – Der wichtigste Themenpunkt der Zahlungsverkehrsleiter war die Nachbetrachtung der Umsetzung des neuen Zahlungsdienstegesetzes, aber ebenso auch die SEPA-Umstellung und die SEPA-Enddatumverordnung. Experten aus der STUZZA liefern dabei wichtige fachliche Beiträge und bieten eine Vorschau auf die möglichen kommenden Entwicklungen.
- **Compliance-Ausschuss** – Der Schwerpunkt für die Compliance-Officer bei den Verbandstreffen lag einerseits auf den Mitarbeiterschulungen und den dafür erforderlichen Unterlagen und Organisationsmaßnahmen, andererseits auf der korrekten Ausgestaltung von Marketingmitteilungen und den Vergütungssystemen sowie der Prospektausgestaltung. Experten der FMA und aus anderen Sektoren wurden zu Treffen des Compliance-Ausschusses eingeladen. Dabei wurden die diversen FMA-Rundschreiben hinsichtlich einer praxistauglichen Interpretation besprochen sowie die unterschiedlichen Aufbau- und Ablauforganisationen anderer Sektoren verglichen. Kritik wurde aber auch gegenüber an der vom SCC abweichenden Prüfpraxis der FMA, z. B. Mitarbeitergeschäfte betreffend, geübt.

Weiters wurden WAG-konforme Werbung, die *inducement*-Bestimmungen, das *whistleblowing* und die Zulässigkeit der öffentlichen Platzierung von Sekundärmarktemissionen von Wohnbauanleihen behandelt. Eine bereits erfolgte WAG-Prüfung in einem der Häuser wurde durchbesprochen. Das Schulungsprogramm der Hypo-Bildung zu Compliance wurde angekündigt. Bei

einem Sondertreffen wurden bestehende Hindernisse bei der Einreichung der Prospekte und die Verbesserung der innerorganisatorischen Rahmenbedingungen besprochen.

- **Geldwäschetag** – ebenfalls zu einem übersektoralen Erfahrungsaustausch wurde der Geldwäschebeauftragte der RZB eingeladen. Daneben wurde das Transparenzpaket behandelt sowie der Aufgabenbereich der Beauftragten analysiert. Schließlich wurden Erfahrungen im Hochrisikobereich besprochen. Der Prüfungsschwerpunkt der FMA für kommendes Jahr wird auf die Geldwäsche gelegt.
- **Rechtsausschuss** - Schwerpunkt der fünf Ausschusssitzungen im Berichtsjahr war insbesondere die Umsetzung des VerbraucherkreditG. Darüber hinaus wurden Workshops über die Reform der Unternehmensinsolvenz (InsolvenzrechtsänderungsG 2010) und zum Pfandbriefrecht sowie eine Einführung zur Novelle des FinanzsicherheitenG durchgeführt.
- **Personalausschuss** – der Personalausschuss befasste sich im Jahr 2010 sowohl in Groß- als auch Kleingruppen insbesondere mit der kompletten Überarbeitung des bestehenden Kollektivvertrages, der mit Wirkung 1.9.2010 gesamthaft in Kraft gesetzt wurde sowie mit dem per 1.1.2011 in Kraft getretenen neuen Kollektivvertrag mit dem modernen neuen Verwendungsgruppenschema.

6.3. Ombudsmann

Neben der gemeinsamen Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft hat die sektorale Ombudseinrichtung vorrangig die Aufgabe, die im eigenen Sektor aufgetretenen Probleme in der Beziehung Bank/Kunde außergerichtlich zu bereinigen (siehe dazu auch unsere Homepage unter www.hypoverband.at, Unterpunkt Ombudsmann). Die gemeinsame Schlichtungsstelle ist Mitglied des FIN-NET.

Die Schlichtungsstelle hatte neben ihrer originären Aufgabe vor allem eine Vielzahl von Anfragen zu bewältigen, die als Teil ihrer Arbeit zur Vermeidung von Gerichtsverfahren zu verstehen sind. Als Schiedsstelle ist sie dabei unabhängig, weisungsfrei und neutral mit

bindendem Schlichtungsspruch ausgestaltet. Insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs und elektronischer Dienstleistungen wurde sie mit Problemen und Fragen befasst.

Die gemeinsame Schlichtungsstelle existiert seit Jänner 2003. Zum selben Zeitpunkt wurde die sektoreigene Schlichtungsstelle gegründet. Wie auch im Jahr davor konnten fast alle Verfahren für beide Seiten zufriedenstellend gelöst werden. Die Ombudseinrichtungen stellen daher im Sinne einer kundenfreundlichen und unbürokratischen Lösung eine sinnvolle Ergänzung zur ordentlichen Gerichtsbarkeit dar.

II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD

Die Konjunkturerholung im Euro-Raum war im Jahr 2010 stärker als erwartet. Innerhalb des Euro-Raums war die Wachstumsdynamik sehr unterschiedlich, in Österreich lag sie vergleichsweise im Durchschnitt. Österreichs Wirtschaft wuchs 2010 um 1,9 %. Günstige Export- und Investitionserwartungen stellen eine Fortsetzung dieses Trends auch für 2011 in Aussicht.

Die meisten Länder sind mit einer hohen Staatsverschuldung und Arbeitslosenquoten konfrontiert. Die Zinsen befinden sich auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Inflation ist im Verlauf des Jahres 2010 sehr niedrig, doch gegen Ende des Jahres im Ansteigen begriffen. Da dieser Anstieg hauptsächlich durch steigende Rohstoffpreise und nicht konjunkturbedingt begründet ist, erwartet man für das Jahr 2011 eher eine Stagnation.

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit ist nach vorläufigen Zahlen mit 4,1 % des BIP 2010 deutlich unter Plan zu liegen gekommen (öffentliche Gesamtverschuldung: knapp unter 70 % des BIP). Durch das stärkere Wirtschaftswachstum könnte bereits 2011 bei Einhaltung des bisher geplanten Konsolidierungsvolumens die Maastricht-Grenze von 3 % des BIP unterschritten werden. Damit befindet sich Österreich in einer im internationalen Vergleich durchaus vorteilhaften Situation.

Nachdem sich die Refinanzierungsaufschläge für einige Länder deutlich erhöht haben, trug die Errichtung des EU-EURO-Rettungsschirmes, ebenso wie die Einführung von glaubhaften Maßnahmen zur Budget-Konsolidierung dazu bei, dass die Aufschläge für diese Länder wieder geringer wurden. Dennoch konnte man einen sog. „Flight to Quality“, also Vermögensumschichtungen hin zu Anleihen von Staaten höchster Kreditwürdigkeit, beobachten.

Auch in Österreich verbesserte sich die Gewinnsituation der heimischen Unternehmen wieder. Die Kreditvergabe an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen stagnierte.

1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute³

Die Folgen der angespannten Lage auf den Finanzmärkten sind auch in Österreich weiterhin deutlich spürbar. Die unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute belief sich Ende Dezember 2010 auf rd. € 979 Mrd. Wie bereits im Jahr 2009 ist aufgrund von Umstrukturierungen die Bilanzsumme auch 2010 um rd. € 50 deutlich zurückgegangen. Die Top-Ten Banken in Österreich halten einen Marktanteil von 50,0 % - gemessen an der Bilanzsumme. Der Stand der Direktkredite stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % an und beläuft sich im Dezember 2010 auf € 311,09 Mrd. Das Fremdwährungskreditvolumen geht – in einer wechselkursbereinigten Betrachtungsweise – weiter zurück. Der Wertberichtigungsbedarf für Kreditrisiken ist im Jahr 2010 im Vergleich zur Vorperiode leicht angestiegen. Das Verhältnis der Kundenforderungen zu den Wertberichtigungen steigt auf 3,3 %, was einen Höchststand seit Anfang 2006 darstellt.

Einlagenseitig ist das Wachstum gegenüber den Direktkrediten vergleichsweise gering (+ 2,38 Mrd. oder 0,9 %), es ist jedoch eine starke Umschichtung von Spareinlagen hin zu Sicht- und Termineinlagen festzustellen.

Ende 2010 beläuft sich der Anteil der Auslandsaktiva an der Bilanzsumme auf durchschnittlich 32,6 %, passiv-seitig ist der Auslandsanteil an der Bilanzsumme 24,4 %.

Eigenmittel

Der unkonsolidierte Eigenmittelstand betrug € 92,16 Mrd. gegenüber € 93,3 Mrd. im Vorjahr. Während die anrechenbaren Eigenmittel im Jahr 2009 stark anstiegen, gingen sie

³ Quelle: Böck/Fleischhacker/Simhandl: Österreichs Kreditinstitute im Jahr 2010. In: Bankarchiv, 59. Jahrgang, April 2011, Seite 209-216

2010 um 1,2 % zurück. Von der Summe der anrechenbaren Eigenmittel entfielen rund 79 % auf das Kernkapital. Die unkonsolidierte Eigenmittelausstattung in Prozent der Bemessungsgrundlage (solvency ratio) betrug 18,6 %.

Ertragslage

Das vorläufige Betriebsergebnis beträgt € 8,16 Mrd. Nach einem drastischen Rückgang im Jahr 2009 ist 2010 ein Wachstum von 20,5 % zu verzeichnen. Den stark ansteigenden Betriebserträgen stehen ebenfalls leicht ansteigende Betriebsaufwendungen gegenüber. Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich auf durchschnittlich 58,6 %. Bei den Landes-Hypothekenbanken beträgt die CIR durchschnittlich 64,3 %.

Die unkonsolidierten Betriebserträge nahmen im Vergleich zum Gesamtjahr 2009 um € 1,86 Mrd. bzw. 10,4 % zu. Der Nettozinsertrag wuchs um 4,0 % auf € 9,12 Mrd. und stellt somit die Haupteinnahmequelle der österreichischen Banken dar. Ebenfalls hatte ein Anstieg des Saldos aus Provisionsgeschäften (+9,6 % oder € 0,34 Mrd.) einen positiven Effekt auf die Betriebserträge. Die unkonsolidierten Betriebsaufwendungen erhöhten sich auf € 11,55 Mrd. Dieser Anstieg wurde im Wesentlichen durch ansteigende allgemeine Verwaltungsaufwendungen verursacht.

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erwarten ein Jahres-Betriebsergebnis von € 8,16 Mrd. (€ 6,77 Mrd. im Jahr 2009). Erwähnenswert ist die starke Reduktion der Risikokosten um deutlich mehr als die Hälfte (€ -5,19 Mrd. oder -61,0 %). Die Banken rechnen insgesamt mit einem geprüften Jahresüberschuss von € 4,23 Mrd. (Vergleichswert 2009: € 0,04 Mrd.).

1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors

Aufgrund der stark unterschiedlichen Ergebnisentwicklung unserer einzelnen Institute wird auf die nachfolgende Einzeldarstellung im Kurzabriss verwiesen.

Das für den Sektor historisch wertvolle Refinanzierungsinstrument „Pfandbrief“ hat im Berichtsjahr eine Steigerung im Umlauf erfahren. Der Gesamtumlauf des Sektors betrug im Berichtsjahr € 6,018 Mrd. (2009: € 5,581 Mrd.). Davon entfielen auf den öffentlichen Pfandbrief € 4,168 Mrd. (2009: € 3,721 Mrd.) und auf den Hypothekenspfandbrief € 1,85 Mrd. (2009: € 1,86 Mrd.).

Die Neuemissionen sanken um € 511 Mio. von € 1,905 Mrd., im Jahr 2009 auf € 1,394 Mrd. Der öffentlichen Pfandbrief ging von € 1,646 Mrd. auf heuer € 1,195 Mrd. zurück. Beim Hypothekenspfandbrief betrug das Volumen € 199 Mio. gegenüber € 260 Mio. im Vorjahr.

HYPO-VERBAND 2010

DIE KREDITWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro		Veränderung zum Vorjahr	in %
	2010	2009		
AKTIVA				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	311.092,15	302.263,54	8.828,61	2,92%
hievon Fremdwährungskredite	57.324,81	52.315,21	5.009,60	9,58%
Auslandsaktiva	319.081,96	337.577,99	-18.496,03	-5,48%
PASSIVA				
Einlagen inländischer Nichtbanken	281.601,57	279.223,57	2.378,00	0,85%
hievon Spareinlagen	156.240,17	158.987,61	-2.747,44	-1,73%
Eigene Emissionen (in- und ausländisch)	258.270,80	265.718,67	-7.447,87	-2,80%
BILANZSUMME	978.635,72	1.029.043,46	-50.407,74	-4,90%
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG				
Betriebsaufwendungen	11.547,10	11.080,41	466,69	4,21%
hievon Personalaufwand	5.802,35	5.697,35	105,00	1,84%
Nettozinsertrag	9.123,27	8.768,95	354,32	4,04%
Betriebserträge	19.705,63	17.849,95	1.855,68	10,40%
Betriebsergebnis	8.158,54	6.769,54	1.389,00	20,52%
EGT	4.855,26*)	-1.781,42*)	6.636,68	372,55%
*) erwartet				
EIGENMITTEL				
Solvabilität	39.853,19	40.222,77	-369,58	-0,92%
Eigenmittelkoeffizient	18,64%	18,65%	-0,01	-0,05%
Cost/Income Ratio	58,60%	62,08%	-3,48	-5,61%

HYPO-VERBAND 2010

DER HYPO-SEKTOR IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro		Veränderung zum Vorjahr	in %
	2010	2009		
AKTIVA				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	34.425,19	33.173,14	1.252,05	3,77%
hievon Fremdwährungskredite	6.994,68	6.480,30	514,38	7,94%
Auslandsaktiva	36.550,85	40.671,82	-4.120,97	-10,13%
PASSIVA				
Einlagen inländischer Nichtbanken	11.839,70	11.491,84	347,86	3,03%
hievon Spareinlagen	5.772,75	6.020,31	-247,56	-4,11%
Eigene Emissionen (in- und ausländisch)	54.225,83	54.644,51	-418,68	-0,77%
BILANZSUMME	92.547,23	95.596,07	-3.048,84	-3,19%
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG				
Betriebsaufwendungen	675,20	615,35	59,85	9,73%
hievon Personalaufwand	313,88	314,45	-0,57	-0,18%
Nettozinsertrag	729,24	621,54	107,70	17,33%
Betriebserträge	1.050,41	969,67	80,74	8,33%
Betriebsergebnis	375,22	354,32	20,90	5,90%
EGT	-363,69*)	-1.829,92*)	1.466,23	80,13%
				*) erwartet
EIGENMITTEL				
Solvabilität	3.737,36	3.965,37	-228,01	-5,75%
Eigenmittelkoeffizient	12,20%	12,73%	-0,53	-4,16%
Cost/Income Ratio	64,28%	63,46%	0,82	1,29%

2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2010

Auf den nächsten Seiten haben wir unseren Mitgliedsinstituten die Möglichkeit gegeben, die wesentlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2010 darzustellen.



2.1. HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft

Die HYPO-BANK Burgenland Aktiengesellschaft (Bank Burgenland) ist Teil der GRAWE-Gruppe, an deren Spitze eines der größten österreichischen Versicherungsunternehmen steht. Die Bank Burgenland fokussierte im Geschäftsjahr 2010 die Strategie darauf, die Kunden durch den Ausbau von Geschäfts- und Qualitätssynergien sowie durch eine Effizienzsteigerung in der Ablauforganisation innerhalb der Bankengruppe zu überzeugen. Das Ziel der Bank Burgenland, eine Verbesserung der Ertragslage zu schaffen, konnte erreicht werden.

Im Berichtszeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2010 wurde die Bilanzsumme mit EUR 3.675,2 Mio. stabil gehalten. Diese Maßnahme stand im Einklang mit der im Berichtsjahr verfolgten strategischen Ausrichtung der Bank durch den Vorstand.

Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten lagen mit EUR 542,1 Mio. um EUR 177,6 Mio. unter dem Vorjahr. Der Gesamtstand der Forderungen an Kunden (nach Wertberichtigungen) betrug rd. EUR 2.374,7 Mio. (Vj. EUR 2.255,6 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 5,3 %. Die vorsichtige Bewertung des Kreditportefeuilles wurde auch 2010 beibehalten.

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten lag zum 31.12.2010 mit EUR 263,2 Mio. um EUR 107,0 Mio. unter dem Vorjahr. Zum Jahresende betrugen die verbrieften Verbindlichkeiten EUR 1.732,9 Mio. gegenüber EUR 1.725,0 Mio. im Vorjahr.

Das Volumen der Spareinlagen konnte neuerlich gesteigert werden. Zum 31.12.2010 wurde ein Bestand in Höhe von EUR 465,3 Mio. erreicht. Insgesamt geht der Trend aufgrund der anhaltenden Turbulenzen auf den Kapitalmärkten weiterhin zum Sparbuch beziehungsweise zu konservativen Veranlagungsformen im Retailbereich, insbesondere zu Wohnbauanleihen.

Der Nettozinsertrag in Höhe von EUR 43,5 Mio., die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen von EUR 2,6 Mio., das Provisionsergebnis mit EUR 10,1 Mio. und das Ergebnis aus Finanzgeschäften von EUR 1,5 Mio. führten zu Betriebserträgen von EUR 58,4 Mio. Dem gegenüber stehen Betriebsaufwände von EUR 32,6 Mio., sodass ein Betriebsergebnis von EUR 25,8 Mio. erzielt wurde.

Unter Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses konnte im Berichtsjahr ein Jahresüberschuss von EUR 11,6 Mio. erzielt werden.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 27.10.2010 erfolgte der Beschluss über die Ausschüttung einer Sachdividende in Höhe von EUR 30 Mio. Der Gewinnvortrag beträgt zum Jahresende somit EUR 94,5 Mio., der Bilanzgewinn des Berichtsjahres wird mit EUR 106,1 Mio. (Vj. EUR 124,5 Mio.) ausgewiesen.

Mit Wirksamkeit ab 2011 werden österreichische Banken zur Leistung einer Stabilitätsabgabe (Bankensteuer) verpflichtet. Der Bank Burgenland erwächst daraus 2011 ein zusätzlicher Aufwand von EUR 1,1 Mio. p.a.

Durch die bis Frühjahr 2010 abgeschlossene Neustrukturierung der Marktbereiche in der Bank Burgenland wurden die ersten Maßnahmen zur Effizienzsteigerung im Vertrieb gesetzt. Mit der Neustrukturierung setzt die Bank Burgenland auf ein neues Betreuungsmodell. Der Geschäftsbereich Privat- und Geschäftskunden umfasst seit Mitte des Jahres 2010 wie bisher das Filialgeschäft mit Privatkunden, Freiberuflern und Landwirten. Neu hinzugekommen ist das Segment der nunmehr in den Filialen vor Ort betreuten Geschäftskunden, sodass auch dieses Kundensegment die Vorteile eines All-Finanz-Anbieters genießt.

Im Geschäftsbereich Firmenkunden erfolgte unter anderem eine Konzentration des Firmenkunden-Know-how's an den Standorten Eisenstadt, Wien und Graz sowie die Gründung eines eigenen Anlagecenters für Firmen- und Immobilienkunden.

Der im Geschäftsjahr 2010 neu geschaffene Bereich "Immobilien und Projektfinanzierungen" entstand durch Zusammenlegung der Abteilungen "Real Estate Finance" und "Immobilien und Bauträger" unter einheitlicher Leitung, um den Markterfordernissen besser entsprechen zu können. Damit wird auf das klassische Ursprungsgeschäft, den deckungsstockfähigen Hypothekarkredit, wieder vermehrt der Fokus gelegt.

Der Personalstand betrug zum Ende des Wirtschaftsjahres 2010 335 MitarbeiterInnen, davon 260 Vollbeschäftigte und 75 Teilzeitbeschäftigte (hievon 23 ArbeiterInnen).

Die Attraktivität der Bank Burgenland als Arbeitgeber drückt sich vor allem in der niedrigen Fluktuationsrate aus. Durch die stabile Eigentümerstruktur wurde das klare Bekenntnis der Belegschaft zum Unternehmen weiter gefestigt. Die mitgebrachten Eigenschaften und Fähigkeiten werden durch gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen permanent gefördert.

Die Bank Burgenland erreicht mit derzeit 14 Filialen, davon 12 im Burgenland, 1 Filiale in Wien, sowie einem Bankshop in Parndorf die erwünschte räumliche Präsenz im regionalen Marktgebiet. Verstärkt wurde die Marktpräsenz durch die im Jänner 2011 eröffnete Filiale in Graz. Der westungarische Raum ist mit 20 Filialen der Sopron Bank abgedeckt.

Capital Bank – GRAWE Gruppe AG

Die Capital Bank ist ein auf Privat- und Investment Banking spezialisiertes Geldinstitut und als Tochtergesellschaft der HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft ein Teil des Konzerns der Grazer Wechselseitigen Versicherung AG. Die Zielgruppe der Capital Bank besteht aus vermögenden Privaten, Familien und Stiftungen sowie Firmen und institutionellen Kunden. Das Spektrum der angebotenen Serviceleistungen reicht von einer

einmaligen oder kontinuierlichen Beratung bis hin zur ganzheitlichen Vermögensverwaltung.

Die Brüll Kallmus Bank AG ist innerhalb der GRAWE Bankengruppe als Spezialinvestmentbank mit dem Geschäftsschwerpunkt Fixed Income Sales verankert.

Die Security KAG ist eine auf Vermögensveranlagung und Fondsmanagement spezialisierte Kapitalanlagengesellschaft.

Die Schaffung einheitlicher Stabs- und Servicebereiche für die Bankbeteiligungen der Grazer Wechselseitigen Versicherung AG wurde mit 1. Juli des Jahres umgesetzt. Die Stabs- und Servicefunktionen sind nun bei der Muttergesellschaft der Capital Bank, der Hypo-Bank Burgenland Aktiengesellschaft, organisatorisch angesiedelt und erbringen Leistungen auch für die Capital Bank und die übrigen Kreditinstitute und Gruppenmitglieder.

SOPRON Bank Burgenland ZRt

Für die Sopron Bank, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Bank Burgenland, war das Jahr 2010 von schwierigen makroökonomischen Rahmenbedingungen geprägt. Die Einführung einer Bankensondersteuer im Ausmaß von rund 0,5 % der Bilanzsumme führte zu einer wesentlichen Belastung, und weitere Maßnahmen wie die Übernahme der privaten Pensionsversicherung durch den Staat trugen zur allgemeinen Verunsicherung bei. Aufgrund der Schwäche des HUF bzw. der Stärke des CHF wird auch die angespannte finanzielle Lage vieler Haushalte noch weiter belastet, nachdem viele Privatkunden in EUR oder CHF verschuldet sind.

Bereinigt um die Kursentwicklung hat die Sopron Bank rund EUR 10 Mio. an Kreditwachstum verzeichnet und somit den vorsichtigen Weg weiter fortgesetzt. Nominell ist das Volumen der Kundenforderungen durch Kurseffekte jedoch von EUR 263 Mio. auf rund EUR 295 Mio. angestiegen, die Bilanzsumme hat sich von EUR 299 Mio. in 2009 auf EUR 349 Mio. in 2010 erhöht.

HYPO-VERBAND 2010

Der Jahresüberschuss beträgt 2010 EUR 2,2 Mio. Unter Berücksichtigung der Bankensteuer in der Höhe von EUR 900.000 wurde ein EGT von EUR 1,3 Mio. erzielt.

BB Leasing GmbH

Für die Geschäftsentwicklung der BB Leasing GmbH waren auch im Jahr 2010 die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar.

Die Tätigkeit der BB Leasing GmbH liegt in der Vergabe von Leasing- sowie Mietkaufverträgen, vor allem im KFZ-, Mobilien- und Immobilienbereich. Der landwirtschaftliche Bereich und die Medizintechnik werden weiterhin forciert. Das Neugeschäft konnte im Vergleich zum Jahr 2009 wieder eine Steigerung verzeichnen, das Jahresergebnis war belastet von einem erhöhten Vorsorgebedarf.

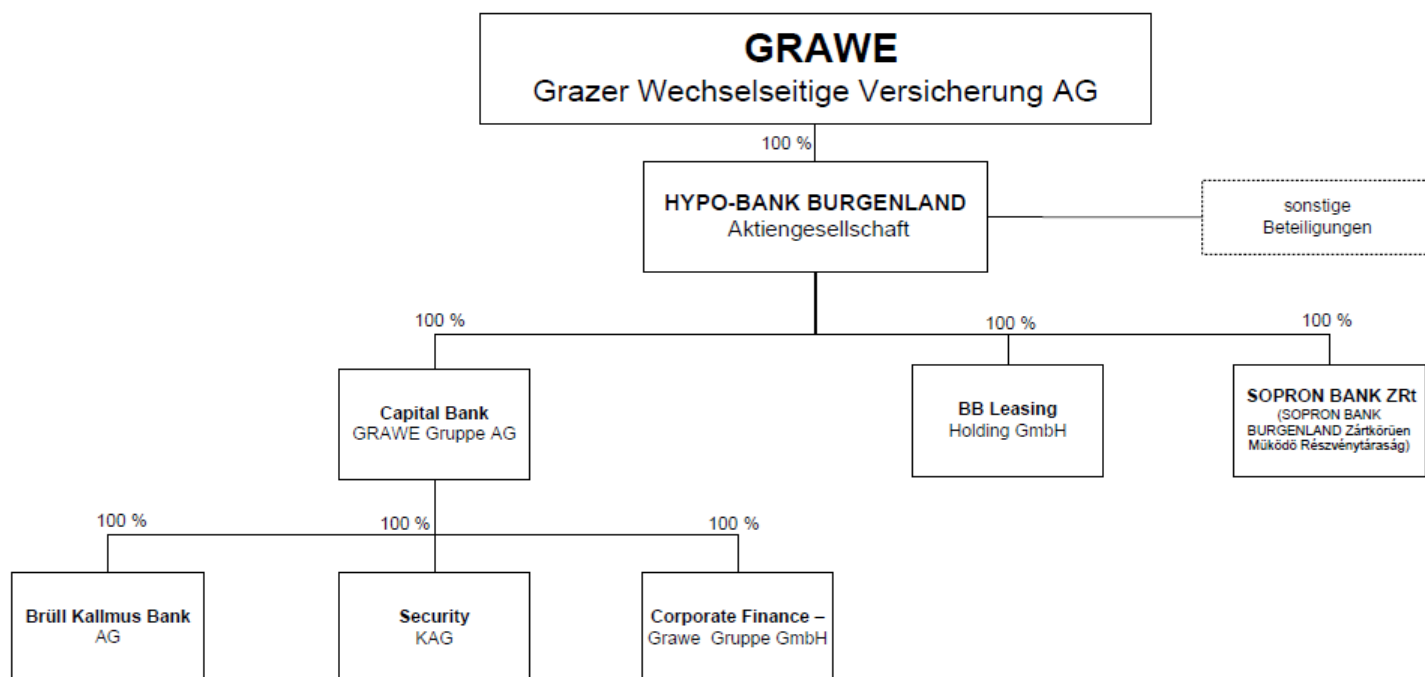
Der Jahresüberschuss zum Bilanzstichtag 31.12.2010 betrug EUR 201.000. Das Leasingportfolio umfasst rund 3.300 Verträge, wobei im Jahr 2010 Verträge mit einem Gesamtvolumen von rund EUR 52,9 Mio. abgeschlossen wurden.

AUSBLICK 2011

Die Strategie der Bank, eine weiterhin kostenoptimale Refinanzierung sicherzustellen, ist der massive Ausbau des Veranlagungsgeschäfts in Form der Fokussierung auf Primärmittel und Retailemissionen. Hierzu sind der Ausbau der Anlagecenter in Wien und Graz sowie eine verstärkte Marktpräsenz in beiden Städten geplant.

Eine große Herausforderung für das Geschäftsjahr 2011 ist die durch einen Rechenzentrumswechsel bedingte EDV-Umstellung des Kernbanksystems, bei dem die derzeit in der Bank Burgenland verwendeten EDV-Systeme durch die Systeme eines neuen IT-Dienstleisters abgelöst werden. Damit werden die Systeme innerhalb der Bankengruppe vereinheitlicht, wodurch zahlreiche Synergiepotenziale gehoben werden sollen. Die Umstellung auf die neuen Systeme ist für den Spätsommer 2011 geplant.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	3.675	3.701
Eigenmittel	395	392
EGT	12	19
Spareinlagen	465	455
Ø Mitarbeiteranzahl	289	301
Anzahl Filialen	14	13
Return on equity	2,7%	n.a.
Cost Income Ratio	55,8%	51,2%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.2. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Als Steuerungsholding für alle Gesellschaften der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) lenkt die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG unter anderem acht Banken sowie auch sämtliche Konzern-Leasinggesellschaften, welche von der Hypo Alpe-Adria-Leasing Holding GmbH gehalten werden.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ist über ihre Tochtergesellschaften vor allem in zwei Geschäftssegmenten – Bank und Leasing – grenzüberschreitend in zwölf Ländern in der erweiterten Alpen-Adria-Region tätig.

Die räumliche Ausdehnung der Aktivitäten des Finanzkonzerns erstreckt sich auf Wirtschaftsräume mit sehr unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Entwicklung: von Staaten im europäischen Kernraum (Österreich, Deutschland, Italien) über die „neuen“ EU-Mitgliedsländer (Slowenien, Ungarn, Bulgarien) bis hin zu jenen Ländern, die im künftigen Erweiterungsraum der EU stehen (Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien und die Ukraine).

Die Republik Österreich wurde im Dezember 2009 Alleineigentümer der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, deren Eigentümerstruktur im Geschäftsjahr 2010 unverändert blieb.

EU-Verfahren / Umstrukturierungsmaßnahmen

Die Kommission der Europäischen Union hat mit Entscheidung vom 12. Mai 2009 die Einleitung eines gemeinsamen Verfahrens betreffend die Bayerische Landesbank (BayernLB) und die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG beschlossen. In diesem

Verfahren werden aktuell die in den Jahren 2008 bis 2010 gewährten staatlichen Beihilfen einer tief greifenden Prüfung unterzogen.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der Hypo Alpe Adria wurden alle Märkte, in denen die Gruppe derzeit tätig ist, einer Evaluierung unterzogen. Als Ergebnis daraus wurde der Kommission der Europäischen Union im April 2010 ein Umstrukturierungsplan für den Zeithorizont bis 2014 vorgelegt. Der Plan sieht vor, dass sich die Hypo Alpe Adria aus bestimmten geografischen Regionen und Geschäftsfeldern zur Gänze zurückziehen wird.

Seitens der Europäischen Kommission wurden die Maßnahmen der Republik Österreich am 23. Dezember 2009 für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten vorläufig genehmigt. Am 22. Juni 2010 erfolgte die unbefristete Verlängerung der vorläufigen Genehmigung der staatlichen Beihilfen bis zum Abschluss der Prüfung des Umstrukturierungsplanes.

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2010 die Umsetzung des Restrukturierungsplanes konsequent vorangetrieben und führt gemeinsam mit dem Eigentümer einen intensiven und konstruktiven Dialog mit der Europäischen Kommission.

Mit Entscheidung vom 4. August 2010 hat die Europäische Kommission das neben dem beihilfenrechtlichen Verfahren zweite Rechtsverfahren, die kartellrechtliche Prüfung des Erwerbs der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG durch die Republik Österreich, positiv beendet und die Genehmigung hierzu erteilt.

Bürgschaftsvereinbarung mit der Republik Österreich

Die Ende 2009 abgeschlossene Haftungsvereinbarung im Volumen von EUR 100 Mio. wurde einvernehmlich mit dem Bund Mitte 2010 ohne Inanspruchnahme seitens des Bundes aufgelöst. Mit 28. Dezember 2010 wurde zwischen der Republik Österreich und der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG eine neuerliche Bürgschaftsvereinbarung im Haftungshöchstausmaß von EUR 200 Mio. abgeschlossen. Im Gegenzug dazu hat sich die Bank verpflichtet, die Haftung der Republik Österreich durch Rückkauf von Government guaranteed Bonds zu reduzieren. Diese Verpflichtung hat die Bank mit einem

Rückkauf im Februar 2011 erfüllt. Die Ende 2010 abgeschlossene und bis 30. Juni 2013 laufende Vereinbarung verfolgt den Zweck, den Wert eines nach bestimmten Kriterien festgelegten Finanzierungs-Portfolios abzusichern. Die Bank hat zum 31. Dezember 2010 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und damit andernfalls vorzunehmende Abwertungen in Höhe von EUR 163,7 Mio. vermieden.

EUR 600 Mio. Kapitalzufuhr

Ende Juni 2010 erfolgte plangemäß die bereits im Zuge der Verstaatlichung im Dezember 2009 vereinbarte Rekapitalisierung der Bank im Volumen von EUR 600 Mio. an Partizipationskapital. Mit EUR 150 Mio. entfiel dies auf die Einzahlung des von einem ehemaligen Aktionär bereits im Dezember 2009 gezeichneten Partizipationskapitals. EUR 450 Mio. entfielen auf den nunmehrigen Alleinaktionär, die Republik Österreich, die am 28. Juni 2010 9.000 auf Inhaber lautende Partizipationsscheine mit einem Gesamtnennbetrag von EUR 450 Mio. zeichnete.

Wechsel im Vorstand und im Aufsichtsrat

Im Zuge der Umstrukturierung der Hypo Alpe Adria vollzog sich zur Mitte des 1. Halbjahres auch ein kompletter Wechsel im Vorstand der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, der gleichzeitig von fünf auf vier Mitglieder verkleinert wurde. Zum neuen Vorsitzenden des Vorstands der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG hat der Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. April 2010 Dr. Gottwald Kranebitter ernannt. Mit 19. April 2010 hat Mag. Wolfgang Edelmüller als stellvertretender Vorstandsvorsitzender die Funktionen des Chief Risk Officers (CRO) und Mag. Johannes Proksch die des Chief Financial Officers (CFO) übernommen. Mit 7. Juni 2010 hat Dipl.-Kfm. Rainer Sichert, M.A., als Chief Operations and Market Officer (COMO) den Konzernvorstand komplettiert. Mit diesem Vorstandsteam, das über umfassende und langjährige Erfahrung verfügt, hat die Bank die Weichen für eine fokussierte Neuausrichtung der Hypo Alpe Adria gestellt. Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 21. Jänner 2010 wurden seitens der Republik Österreich als Alleineigentümer der Bank die Herren Dr. Johannes Ditz, Dr. Rudolf Scholten, DI Dr. Helmut Draxler und Mag. Alois Steinbichler in den Aufsichtsrat entsandt. In der kurz darauf abgehaltenen ersten Sitzung hat der Aufsichtsrat Dr. Johannes Ditz zum Vorsitzenden gewählt.

Aufarbeitung der Vergangenheit (Projekt „CSI Team Hypo“)

Im Auftrag der Republik Österreich wurde im Jahr 2010 ein Projekt implementiert, das gemeinsam von Finanzprokurator und Bank vorangetrieben wird. Ziel des Projektes ist es einerseits, eine Post-Due Diligence durchzuführen, andererseits die Ursachen für den Vermögensverfall aufzuklären. Das Projektteam setzt sich aus Mitarbeitern der Bank, der Finanzprokurator, Anwälten und Wirtschaftsprüfern zusammen. Die erfolgreiche Arbeit des Projektes „CSI Team Hypo“ und die damit verbundene rigorose Aufarbeitung der Vergangenheit sind die essentielle Grundlage für die gute Zukunft der Gruppe.

Dabei werden zahlreiche Geschäftsfälle in acht definierten Teilgebieten einer systematischen und tiefgehenden Überprüfung unterzogen. Aus diesen Untersuchungen haben sich bereits zahlreiche Verdachtsmomente, mehr als 50 Fälle wurden bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht, ergeben. In einer Reihe von Fällen wurde der Anschluss eines Hypo Alpe Adria-Instituts als Privatbeteiligte im Strafverfahren erwirkt, zudem werden zivilrechtliche Ansprüche vorangetrieben. Besonders im Fokus stehen dabei die Vorkommnisse rund um die Ausgabe in den Jahren 2004 und 2006 sowie die Weiterveräußerung von Vorzugsaktien der Hypo Alpe-Adria-Leasing Holding AG (nunmehr Hypo Alpe-Adria-Leasing Holding GmbH) im Nominale von EUR 200 Mio., die in den Konzernabschlüssen 2004 bis 2007 als Minderheitenkapital (Kernkapital) dargestellt wurden. Für die Konsequenzen, die sich aus einer rückwirkenden Nichtanrechnung dieser Mittel als Kernkapital ergeben könnten, wurde im Jahresabschluss 2010 im erwarteten Ausmaß bereits Vorsorge getroffen. Weiters wurden auch die noch anfallenden geschätzten Kosten, die der Gruppe für die Untersuchungstätigkeiten und die Betreuung der Verfahren voraussichtlich noch entstehen werden, entsprechend abgegrenzt. Die Bank ist zuversichtlich, den Prozess der internen Erhebungstätigkeiten im Geschäftsjahr 2011 abschließen zu können.

Reorganisation der Sanierungs- und Verwertungseinheiten/“Review Rush“

Die zentrale Priorität des neuen Managements der Hypo Alpe Adria lag im Geschäftsjahr 2010 in einer umfassenden Überprüfung des Kredit-Portfolios, um die dem Finanzierungs-Portfolio inhärenten Risiken zu identifizieren. Dies erfolgte im 1. Halbjahr 2010 unter Mitwirkung einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und wurde im 2. Halbjahr

durch eine risikobegrenzende Überwachungsaktion („Review Rush“), mit der ein vertiefter Einblick in das Portfolio aller Tochtergesellschaften und eine noch größere Transparenz über dessen Risikostruktur gewonnen wurde, intensiviert.

Der kontinuierliche Anstieg des Non-Performing-Portfolios und die damit verbundenen Wertberichtigungserfordernisse der Hypo Alpe Adria verlangten nach einer Neuausrichtung und Refokussierung der Markt-, Marktfolge- und Sanierungsbereiche. Den erhöhten Anforderungen an das Group Risk Office wurde daher mit der im Geschäftsjahr 2010 gestarteten und 2011 noch andauernden umfassenden gruppeninternen Reorganisation der Sanierungs- und Verwertungseinheiten Rechnung getragen.

Wirtschaftliche Entwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG

Bilanzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die Bilanzsumme Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, die innerhalb der Hypo Alpe Adria Gruppe als zentrale Steuerholding die Haupt-Refinanzierungsfunktion ausübt, leicht reduziert werden. Dazu trugen die geringere Neugeschäftstätigkeit einiger Konzerngesellschaften, die wiederum hohen Risikovorsorgen auf konzernfremde und konzerninterne Kreditausleihungen und der Neugeschäftsstopp für das Drittkunden-Portfolio der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG sowie einiger Abbau-Konzerngesellschaften bei.

Die Bilanzsumme reduzierte sich dennoch in Summe betrachtet während des Geschäftsjahr nur marginal um 2,1 %. Dies ist jedoch ausschließlich auf den Aufbau von Liquiditätsreserven zurückzuführen, die zur Bedienung mittelfristig fällig werdender Verbindlichkeiten vorgehalten werden. Insgesamt reduzierte sich im Geschäftsjahr 2010 die Bilanzsumme von EUR 26,9 Mrd. auf EUR 26,4 Mrd. (EUR -0,5 Mrd.).

Mit EUR 9,2 Mrd. lagen die Forderungen an Kunden, die auch die Finanzierungslinien an die Konzern-Leasing-Gesellschaften umfassen, um EUR 1,7 Mrd. bzw. 15,3 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres (EUR 10,9 Mrd.).

Die zentrale Priorität des neuen Managements lag im Geschäftsjahr 2010 in einer umfassenden Überprüfung des Kredit-Portfolios, um die dem Finanzierungs-Portfolio inhärenten Risiken zu identifizieren. Die tief greifende Analyse erfolgte im 1. Halbjahr 2010 unter Mitwirkung externer Berater. Im Rahmen einer risikobegrenzten Überwachungsaktion („Review Rush“, durchgeführt im 2. Halbjahr 2010) wurde erstmals ein detaillierter Einblick in die Portfolien aller Tochtergesellschaften gewonnen und damit Transparenz über die Risikostruktur hergestellt.

Im Ergebnis kam es im Geschäftsjahr zu einem weiteren Anstieg der Risikovorsorgen von EUR 1,2 Mrd. auf EUR 1,6 Mrd. Neben diesen waren auch Eigenkapitalmaßnahmen zugunsten von Tochterunternehmen, die zu einer Reduktion der Fremdkapitalfinanzierungen führten, verantwortlich für den Rückgang der Forderungen an Kunden.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Geschäftsjahr 2010 von EUR 11,3 Mrd. auf EUR 12,3 Mrd., was einer Erhöhung um EUR 1,0 Mrd. bzw. 9,2 % entspricht. Diese signifikante Steigerung ist auf den Anstieg der Liquiditätsreserven zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und eigene Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 19,2 Mrd. (2009: EUR 19,9 Mrd.) und lagen damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Damit entspricht der Anteil dieser Positionen an der Bilanzsumme rund 73 % (Vorjahr rund 73 %).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten blieben mit EUR 4,2 Mrd. ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres (EUR 4,3 Mrd.).

Eigenmittel

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 erreichten die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß österreichischem Bankwesengesetz (BWG) EUR 1.797 Mio., das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von EUR 206 Mio. (2009: EUR 1.591 Mio.). Das gesetzliche Mindestfordernis lag bei EUR 1.437 Mio. (2009: EUR 1.570 Mio.), was einer

Überdeckung von EUR 360 Mio. (2009: EUR 21 Mio.) bzw. einem Deckungsgrad von 125,0 % (2009: 101,3 %) entspricht.

Durch die Zuführung von Partizipationskapital im 1. Halbjahr 2010 durch die Republik Österreich und einen Altaktionär in Höhe von EUR 0,6 Mrd. konnten die Verluste, die während des Geschäftsjahres zu verzeichnen waren, mehr als ausgeglichen werden, sodass es insgesamt zu einer Steigerung der Position Eigenkapital kam. Zum Bilanzstichtag 2010 betrug das gesamte Eigenkapital EUR 1,1 Mrd., während es zum 31. Dezember des Vorjahres noch bei EUR 0,9 Mrd. lag. Zum 31. Dezember 2010 ergab sich eine Kernkapitalquote in Höhe von 5,9 % bzw. eine gesamte Eigenmittelquote von 10,0 %, die damit über der in Österreich gesetzlich erforderlichen Mindestquote von 8,0 % lag.

Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisentwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Geschäftsjahr 2010 war wie bereits im Vorjahr geprägt von Abwertung und Vorsorgen im Beteiligungsbereich sowie signifikant gestiegenen Kreditrisikovorsorgen, die gemeinsam mit anderen bestehenden Faktoren zu einem negativen Jahresergebnis von EUR -463 Mio. führten.

Vor allem bedingt durch die Anpassung der Refinanzierungskosten der Konzernunternehmen sowie durch das im 2. Quartal 2010 zugeführte Eigenkapital und die damit verbundenen niedrigeren Zinsaufwendungen erhöhte sich der Nettozinsertrag im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreswert um EUR 64 Mio. auf EUR 104 Mio. (2009: EUR 40 Mio.).

Das Provisionsergebnis, als Saldo zwischen Provisionserträgen (EUR 29 Mio.) und Provisionsaufwendungen (EUR -8 Mio.), erreichte im Jahr 2010 EUR 21 Mio. und lag gering über dem Wert des Vorjahres (EUR 18 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR 17 Mio. um EUR 6 Mio. über dem Wert des Vorjahres von EUR 11 Mio. und resultieren im Wesentlichen aus der

Weiterverrechnung von den an die Konzerntöchter erbrachten Leistungen. Insgesamt erhöhten sich die Betriebserträge im Geschäftsjahr 2010 von EUR 132 Mio. auf EUR 212 Mio., was einer Steigerung um EUR 80 Mio. bzw. 60,7 % entspricht.

Der Anstieg der Mitarbeiterzahl um 44 im Jahresdurchschnitt 2010 im Vergleich zum Durchschnittswert 2009 mit 47 Mitarbeitern, ist im Wesentlichen auf die organisatorische Eingliederung der zuvor als rechtlich selbständiger Geschäftsbereich geführten Hypo Alpe-Adria-Immobilien GmbH zurückzuführen. Weiters kam es zu Umstrukturierungen in den Kredit- und Kreditrisikobereichen innerhalb der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG und als Konsequenz auch zur Aufstockung der Mitarbeiterzahl, um den gestiegenen Anforderungen im Rahmen der Umstrukturierung gerecht zu werden.

Bei den Betriebsaufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG lagen die Personalaufwendungen mit EUR 44 Mio. nur knapp über jenen des Vorjahres (2009: EUR 42 Mio.). Begründet ist dies durch den gestiegenen Personalstand sowie die 2010 getätigten Abfertigungszahlungen an das ehemalige Management der Bank.

Die übrigen Sachaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreswert um EUR 12 Mio. auf EUR 98 Mio. Zurückzuführen ist dieser Anstieg vor allem auf die in dieser Position ausgewiesenen Haftungsaufwendungen in Höhe von EUR 18 Mio. (2009: EUR 8 Mio.), die mit der Begebung einer staatsgarantierten Anleihe (GGB), die im 2. Halbjahr 2009 emittiert wurde, im Zusammenhang stehen. Die zum Bilanzstichtag im Zusammenhang mit dem teilweisen Rückkauf dieser Anleihe im Jahr 2011 vorzunehmende Bewertung dieser Verbindlichkeiten führte 2010 zu entsprechenden Belastungen, die ebenfalls unter dieser Position ausgewiesen werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr mit EUR 27 Mio. weit über den Aufwendungen des Vorjahres (2009: EUR 13 Mio.). In dieser Position sind dabei wesentliche Vorsorgen für eine etwaige rückwirkende aufsichtsrechtliche Nicht-Anrechnung der im Zusammenhang mit den seitens der Hypo Alpe-Adria-Leasing Holding AG (nunmehr: Hypo Alpe-Adria-Leasing Holding GmbH) begebenen EUR 200 Mio. Vorzugsaktien getroffen worden.

In Summe verbesserte sich im Geschäftsjahr 2010 das Betriebsergebnis der Bank als Saldo von Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen von EUR -11 Mio. auf EUR 41 Mio. Dies entspricht einer deutlichen Verbesserung um EUR 52 Mio. gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres.

Das Ergebnis aus der Veräußerung und der Bewertung von Forderungen und Wertpapieren des sonstigen Umlaufvermögens betrug im Geschäftsjahr 2010 EUR -366 Mio. (2009: EUR -913 Mio.). Diese Position beinhaltet auch einen Ertrag aus der Auflösung einer Derivatposition. Die Auflösung des Zinshedges, die auf einer detaillierten Analyse beruht, resultierte in einer signifikanten Reduktion des Zinsänderungsrisikos.

Die Ursachen für die erneut notwendige Dotierung von Kreditrisikovorsorgen in Höhe von EUR 309 Mio. lagen im Wesentlichen in der inadäquaten und mangelhaften Identifizierung und Bemessung der Risiken. Verstärkt wird dieser Umstand durch eine teilweise sehr volatile Währungskursentwicklung, die vielerorts dazu führte, dass Kredite in Fremdwährungen nicht bedient werden konnten. In Kombination mit den derzeit niedrigen Wertansätzen für Sicherheiten aufgrund der schwierigen Verwertungsmöglichkeiten wirkt sich dies nach wie vor in einer Steigerung der notwendigen Risikovorsorgen aus.

Entgegen den Effekten aus früheren Jahren waren 2010 die Belastungen aus dem Wertpapier-Portfolio des Bankbuch-Umlaufvermögens relativ gering. Insgesamt betrug die auf die Bewertung des Wertpapierbestands des Umlaufvermögens entfallende Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung rund EUR -16 Mio. (2009: EUR -11 Mio.).

Das Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Finanzanlagen, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen betrug im Jahr 2010 EUR -103 Mio. (2009: EUR -1.419 Mio.). Wie bereits im Vorjahr betrafen die negativen Effekte mit EUR 45 Mio. vor allem auch Belastungen im Bereich der Leasing-Beteiligungen. Ursache hierfür waren die durch die Ausläufer der Wirtschaftskrise verursachten negativen Ergebnisse bei den in- und ausländischen Leasing-Gesellschaften, die dazu führten, dass es zur Verlustabdeckung der betreffenden Gesellschaften Kapitalzuschüsse seitens der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG bedurfte.

Kompensiert wurden diese Belastungen durch die positiven Bewertungseffekte im Bereich der Bankenbeteiligungen, die per Saldo EUR 111 Mio. betragen. Nach den im Vorjahr ausgewiesenen Belastungen in Höhe von EUR -573 Mio., konnten bis auf zwei Ausnahmen Zuschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte (in Summe EUR 209 Mio.) durchgeführt werden. Die negativen Effekte resultierten im Wesentlichen aus der erforderlichen Abwertung der Beteiligung an der österreichischen Tochterbank.

Die sich aus dem übrigen Beteiligungs-Portfolio ergebenden Belastungen in Höhe von EUR -152 Mio. betrafen im Wesentlichen Beteiligungen im Industrie-, Immobilien- und Tourismusbereich.

Unter Berücksichtigung obiger Effekte ergab sich daher ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von EUR -427 Mio. (2009: EUR -2.343 Mio.).

Die Position außerordentliche Aufwendungen in Höhe von EUR -18 Mio. beinhaltet die Aufwendungen für „CSI Team Hypo“, die einerseits die bis dato angefallenen Aufwendungen sowie auch die geschätzten Kosten, die in diesem Zusammenhang noch auf die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG zukommen werden, umfassen. Die geschätzten zukünftigen Kosten beinhalten die Aufwendungen für das Projektmanagementoffice, den IT-Datenraum und die Kosten für juristische Beratungen.

Nach Berücksichtigung der Ertragssteueraufwendungen in Höhe von EUR -17 Mio., die im Wesentlichen auf die Steuerumlage der inländischen Steuergruppe sowie auf ausländische Quellensteuer zurückzuführen war, betrug der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010 EUR -463 Mio. (2009: EUR -1.282 Mio.).

Nach Berücksichtigung des Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr 2009 in Höhe von EUR -352 Mio. weist die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Jahr 2010 einen Bilanzverlust von EUR -815 Mio. aus.

Prognosebericht

Das neue Management der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG verfolgt eine klare Zukunftsstrategie für die redimensionierte Gruppe, die sich künftig auf das SEE-Netzwerk, bestehend aus den Banken in Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro konzentriert. Das Leasing-Geschäft in diesen Märkten wird künftig unter der Governance der Banken geführt. Das SEE-Netzwerk mit der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG als Holding zeichnet sich durch entsprechende Relevanz auf den jeweiligen Heimmärkten, erhebliche Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Finanzplätze sowie durch nachhaltige Profitabilität aus.

Die italienische Einheit HBI, bislang auch eine stets profitable Einheit der Gruppe, weist Schwachpunkte im Fundingbereich auf, die derzeit durch gezielte Maßnahmen bearbeitet und damit beseitigt werden sollen. Die österreichische Bank HBA hat ein umfassendes Restrukturierungsprogramm gestartet, das im 2. Quartal 2011 ausgerollt wird; die Restrukturierung sieht eine Verkleinerung der Bank und eine Konzentration auf gewachsene Stärken (gehobenes Privatkundensegment, Public) vor. Beide Einheiten werden für eine Reprivatisierung vorbereitet.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ist aufgrund der Abhängigkeit der Tochterbanken vom zentralen Funding sowie aufgrund zentraler Steuerungserfordernisse in den essentiellen Bereichen Risiko, Markt und Organisation auf absehbare Zeit ohne gleichwertige Alternative. Diese Situation ist im Übrigen vergleichbar mit dem Wettbewerb: 90 % der größten Banken der Region werden als Teil eines Netzwerks von Banken betrieben.

Alle anderen Einheiten werden schrittweise abgebaut oder verkauft. Sie sind gesellschaftsrechtlich und organisatorisch bereits weitgehend gebündelt, die für den Abbau notwendigen Strukturen sind etabliert. Der Abbau erfolgt dem derzeitigen Marktumfeld entsprechend und soll – bei Verbesserung der Liquidität des Markts – auch in Portfolien erfolgen.

Der Vorstand ist überzeugt davon, dass durch die klare Fokussierung auf die geografische Kernkompetenz der Gruppe, nämlich den SEE-Raum, bei gleichzeitiger forcierter Vorbereitung und Durchführung von Abbau- und Verkaufsmaßnahmen für Geschäftsfelder eine bestmögliche Ausgangssituation für die Reprivatisierung zu einem geeigneten Zeitpunkt geschaffen werden kann.

Die SEE-Kernländer der in Zukunft redimensionierten Gruppe haben nach dem krisenbedingten Konjunkturerinbruch im Jahr 2009 im Vorjahr die Talsohle durchschritten und mit einem BIP-Wachstum positive Zeichen dafür setzen können, dass die Wirtschaftskrise in diesen Ländern beendet ist. Allein Kroatien hatte 2010 noch einen Rückgang der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Getrieben durch die wieder kräftige deutsche Volkswirtschaft hat die Exportwirtschaft in den Kernländern für die zügige Erholung gesorgt, die sich auch ins Jahr 2011 fortsetzt. Wirtschaftsforscher gehen für die SEE-Länder in den nächsten Jahren von einem Wachstum aus.

Im Bereich der Tourismusbranche, die aufgrund der Gruppe-Regionalität von großer Bedeutung für das Institut ist, konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr – insbesondere in Kroatien – eine Trendumkehr erreicht werden. Ein anhaltender Aufschwung im Adria-Tourismus wird bei dem geplanten Portfolio-Abbau unterstützend wirken.

In unserem wichtigsten Auslandsmarkt Kroatien wird eine stabile Währungsentwicklung der kroatischen Kuna zum Euro erwartet, demgegenüber wird – insbesondere aufgrund der Inflationserwartungen für den serbischen Dinar eine weitere Abwertung gegenüber dem Euro prognostiziert. Der Schweizer Franken dürfte nach den stetigen Aufwertungen der vergangenen Jahre auch 2011 auf einem gegenüber dem Euro sehr hohen Niveau verbleiben.

Die Immobilienmärkte in der SEE-Region haben sich im 2. Halbjahr 2010 stabilisiert. Die Neubautätigkeit, die Anzahl der großvolumigen Verkaufstransaktionen sowie die Immobilienpreise blieben auf niedrigem Niveau. 2011 wird mit einer leichten Erholung im Bereich der Tourismusimmobilien gerechnet, für das Jahr 2012 wird ein deutlicher Anstieg der Immobilientransaktionen und damit eine nachhaltige Erholung des Markts erwartet. Bis

dahin wird sich die Gruppe auf das wertstabilisierende bzw. wertsteigernde Immobilienmanagement konzentrieren.

Nach sehr schwierigen Jahren besteht die Herausforderung für das laufende Jahr darin, die Bank wieder voll marktfähig zu machen, nachhaltig in die Gewinnzone zu führen und Imageverluste wettzumachen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die systematische und zügige Aufarbeitung von Verdachtsfällen und Verlustursachen im Rahmen des Projekts „CSI Team Hypo“, die die Republik Österreich im Rahmen der Notverstaatlichung beauftragt hat und die gemeinsam mit der Finanzprokuratur durchgeführt wird. Die Bank will damit sicherstellen, dass jegliche Geschäftstätigkeit strengen Governance- und Compliance-Grundsätzen folgt. Geschäfte, die gegen diese Richtlinien verstoßen, werden nicht toleriert. Die erwarteten Aufwendungen für die umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit wurden zur Gänze im Jahresabschluss 2010 bevorsorgt. Ein weiterer wesentlicher Schritt hin zu einer umfassend restrukturierten SEE-Bankengruppe wird 2011 der Abschluss der im Vorjahr eingeleiteten Reorganisation des gesamten Group Risk Offices sein. Neben der risikotechnischen Integration der Leasing-Einheiten in die jeweilige bankbetriebliche Organisation bildet der für Mitte des Jahres geplante gruppenweite Roll-out wesentlicher strategischer Risikoprojekte den Schwerpunkt für 2011.

Die in den vergangenen Geschäftsjahren zu verzeichnenden hohen Verluste führten insgesamt zu einem deutlichen Rückgang der vorhandenen Eigenmittel. Zur Rekapitalisierung wurden Mitte 2010 EUR 600 Mio. an Partizipationskapital zugeführt. Durch die mit der Republik Österreich (Bund) Ende 2010 getroffene Bürgschaftsvereinbarung zur Absicherung eines Kredit-Portfolios konnte eine weitere Absicherung der Eigenmittelbasis erreicht werden. Unter Berücksichtigung einer deutlichen Reduktion der risikogewichteten Aktiva (RWA) 2010 um rund EUR 1,7 Mrd. auf EUR 17,5 Mrd. ergibt sich zum Jahresende eine Eigenmittelquote von 10,0 %. Durch den geplanten Abbau von Unternehmen und Portfolien rechnet die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG im Planungszeitraum mit einer signifikanten Reduktion ihrer unterlegungspflichtigen Risikoaktiva. Bei der Eigenmittelplanung werden die ab 2013 schrittweise in Kraft tretenden neuen Richtlinien (Basel III) beachtet.

Im vergangenen Jahr hat sich die Gruppe bereits gänzlich aus dem Neugeschäft für Cross-Border-Finanzierungen und dem Asset-Based-Lending zurückgezogen. Dieser Schritt wird auch 2011 weiterverfolgt und das Bestandsgeschäft in besonders risikoträchtigen Bereichen durch Verwertungsaktivitäten konsequent abgebaut, um die Neustrukturierung des Finanzierungs-Portfolios voranzutreiben. Dabei werden jene Finanzierungs-Portfolien auf Abbau gestellt, die aus lokaler Sicht – sowie auch jene, die aus Konzernsicht – in Summe ein zu hohes Konzentrationsrisiko aufwiesen. Die zukünftige Ziel-Portfolio-Struktur orientiert sich dabei an dem definierten Sustainable-Target-Portfolio und wird verbindlich durch die neue Credit Policy 2011 vorgegeben werden.

Durch ein rigoroses Soft-Collection-Management und ein umfassendes Corporate-Monitoring, das heißt ein installiertes Frühwarnsystem und ein konsequentes Watch-Loan-Management, soll der Migration vom Performing- zum Non-Performing-Loan 2011 Einhalt geboten werden. Aufgrund der spezifischen Struktur des Finanzierungs- und Leasing-Portfolios, das hinsichtlich der zugrunde liegenden Sicherheitenwerte eine hohe Konzentration im Immobilienbereich aufweist, und aufgrund des hohen Portfolio-Anteils an Non-Performing-Loans (NPLs), verbleiben auch für die Geschäftsplanung des Jahres 2011 entsprechende Unsicherheiten hinsichtlich der Prognostizierbarkeit. Ein ausgeglichenes Jahresergebnis 2011 setzt unter anderem eine gesamtwirtschaftliche Erholung im SEE-Raum voraus, die sich vor allem durch eine Reduktion der NPL-Portfolien durch Rückmigration in den lebenden Bereich und durch höhere Liquidität am Immobilienmarkt zur Aufnahme von Immobiliensicherheiten aus unserem NPL-Portfolio zeigt.

Die Bestands- und Neukundenbeziehung vor allem im Retail- und SME-Bereich wird 2011 durch zielgruppenorientierte Produktgestaltung sowie ein verbessertes Serviceangebot intensiviert. Der Schwerpunkt wird zukünftig in Märkten mit gewachsenen Kompetenzen und Wertsteigerungspotenzial liegen, um so einen gesunden Geschäftsmix für die Zukunft sicherzustellen. Damit einhergehend erfolgt eine stärker vertriebsorientierte Ausrichtung der Gruppe und die Hebung von kostenseitigen Synergien und Cross-Selling-Potenzialen, insbesondere auch durch die Integration der Leasing-Aktivitäten in die Bankorganisation. Fokus im Firmenkundengeschäft wird das kleinvolumige Kreditgeschäft sein, verbunden

mit der Ausschöpfung der Gesamtkundenbeziehung auch auf der Einlagenseite und mit unserem Serviceangebot zum Beispiel im Cash-Management. Daneben wollen wir unsere Kompetenz im Bereich Public Finance nutzen, um dieses Geschäftsfeld weiter auszubauen.

Ein Ziel der reorganisierten Gruppe ist die stärkere Konzentration auf den Retailbereich und das Firmenkundengeschäft mit kleineren und mittleren Unternehmen, was durch die Generierung von Kundeneinlagen zur Sicherstellung einer nachhaltigen Fundingstruktur der Gruppe beitragen soll. Unterstützt wird dies durch den gezielten Ausbau des Filialnetzes insbesondere in Kroatien und Serbien sowie einen „Soft Relaunch“ der Marke Hypo Alpe Adria, welche die Kundenverbundenheit der Bank und den einzigartigen Fokus auf die Alpen-Adria-Region hervorheben soll.

Sämtliche Neugeschäftsaktionen erfolgen jedoch nur innerhalb des hierfür definierten risikobegrenzenden Rahmens der Credit Policy 2011. Sie sieht für die Kundengruppen Private Individuals, SME, Corporate sowie Public eigene Kreditvergabe- bzw. Ratingtools vor, mit deren Unterstützung höher besicherte Geschäfte mit einer risikoangepassten Preisbildung erreicht werden sollen. Nur durch Realisierung von Neugeschäftszielen und gleichzeitig konsequente Einhaltung der Risikokostenbudgets wird es – unter Ausschöpfung der Kundenpotenziale – möglich sein, die nachhaltige Profitabilität der Gruppe wiederherzustellen.

AUSBLICK 2011

2011 wird die Hypo Alpe Adria ihre Aktivitäten, die eine umfassende Neuorganisation und eine angepasste Marktstrategie vorsehen, zügig vorantreiben.

Für die Folgejahre wird auf Basis des Umstrukturierungsplans mit einer signifikanten Reduktion der Bilanzsumme der Hypo Alpe Adria gerechnet. Im Zusammenhang mit diesem Rückzug ist auch mit Restrukturierungs- bzw. Ausstiegskosten zu rechnen, die sich – abhängig vom Zeitpunkt des Marktausstiegs und dem dann gegebenen Marktumfeld – belastend auf die zukünftigen Perioden auswirken können.

Diese für die Hypo Alpe Adria sehr einschneidenden Maßnahmen, die das Bild der Gruppe maßgeblich verändern werden, sind integraler Bestandteil des Umstrukturierungsplans, der der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. Die Bank und ihr Eigentümer stehen im intensiven und konstruktiven Dialog mit der Europäischen Kommission. Sie wird letztlich beurteilen, ob die langfristige Rentabilität des Konzerns auf Grundlage der geplanten Maßnahmen wiederhergestellt werden kann, in welcher Form ein angemessener Eigenbeitrag geleistet wird und welche Maßnahmen zu treffen sein werden, um beihilfebedingte Wettbewerbsverzerrungen zu kompensieren. Die Umsetzung und das Erreichen der Ziele des Umstrukturierungsplans werden entscheidend sein für die geplante Neuausrichtung der Hypo Alpe Adria.

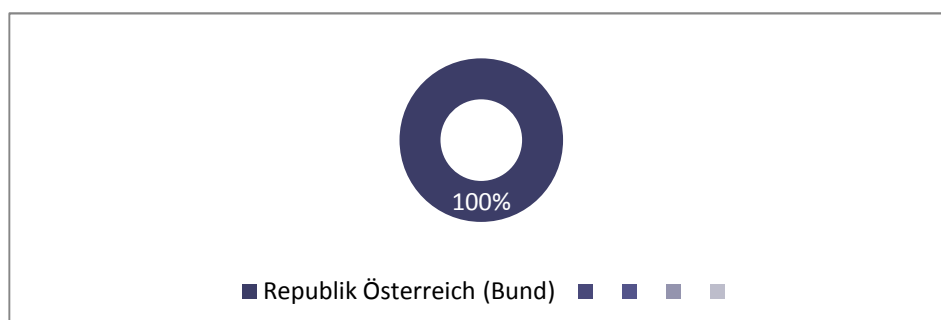
Nach den hohen Verlusten infolge aggressiver Expansionsstrategie ohne adäquate Kontroll- und Risikomanagementinstrumente in den vergangenen Jahren sowie mangelnder Orientierung auf das Retail- und SME-Geschäft, was zu einem unbalancierten und risikoreichen Geschäftsmodell und einer substantiellen Fundingschwäche geführt hat, blickt der 2010 neu bestellte Vorstand nach intensiven gemeinsamen Anstrengungen aller nunmehr vorsichtig optimistisch auf die weitere Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr 2011, für das der Vorstand ein ausgeglichenes Ergebnis für die Gruppe anstrebt.

Das laufende Jahr stellt eine Übergangsperiode zum Jahr 2012 dar, in dem planmäßig die volle Profitabilität der Hypo Alpe Adria wiederhergestellt sein wird.

Eigentümerstruktur:

Eigentümerstruktur

per 31.12.2010



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	26.354	26.933
Eigenmittel	1.797	1.591
EGT	-427	-2.343
Spareinlagen	0,1	0,1
Ø Mitarbeiteranzahl	432	388
Anzahl Filialen	1	1
Return on equity	n/a	n/a
Cost Income Ratio	80,4%	108,2%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.

2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ist Teil der Hypo Group Alpe Adria, die im Jahr 1896 in Kärnten als Regionalbank gegründet wurde und heute zu den führenden Finanzdienstleistungsunternehmen im Südosteuropäischen Raum zählt. Die im Alleineigentum der Republik Österreich (Bund) stehende Hypo Alpe-Adria-Bank International AG ist 100% Eigentümer der Hypo Alpe-Adria-Bank AG.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG positioniert sich als regionale Universalbank mit einer starken Verankerung am Kärntner Markt und einer klaren Nischenstrategie an den Standorten Wien und Salzburg. Die strategischen Geschäftsbereiche unterteilen sich in die Segmente Retail & Private Banking, Corporate Banking und Public Finance.

Insgesamt verfügte die Hypo Alpe-Adria-Bank AG zum Stichtag 31. Dezember 2010 in Österreich über 16 Standorte in Kärnten sowie Filialen in Wien und Salzburg und beschäftigt 522 Mitarbeiter.

Wirtschaftliche Entwicklung und finanzielle Leistungsindikatoren

Ausgehend von nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der weiteren konsequenten Verfolgung der Konsolidierung der Bank hat die Hypo Alpe-Adria-Bank AG im Geschäftsjahr 2010 das umfangreiche Restrukturierungsprojekt fortgesetzt, um in Zukunft auf ertragsstarke und nachhaltige Geschäftsbereiche ausgerichtet zu sein. Obwohl das Ergebnis 2010 noch von hohen Vorsorgemaßnahmen für Kreditrisiken beeinflusst ist, sind bereits operativ Verbesserungen erkennbar, die auf die Neuausrichtung im Geschäfts- und Betriebsmodell zurückzuführen sind.

Im Bereich Retail & Private Banking lag ein Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2010 auf der Optimierung des Filialnetzes und die Konzentration auf dem Kernmarkt Kärnten und ausgewählte Standorte außerhalb Kärntens. So wurden die Landesgeschäftsstellen Oberösterreich und Tirol geschlossen und die Kunden durch die Landesgeschäftsstelle Salzburg übernommen. Im Großraum Lavanttal wurden die Kleinfilialen St. Michael und St. Margarethen in die Hauptfiliale Wolfsberg integriert.

Auf der Finanzierungsseite betrug das Ausleihungsvolumen rund EUR 810 Mio. und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert. Der Bereich Wohnbaufinanzierungen erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein anteiliges Volumen von EUR 343,3 Mio. und blieb damit annähernd auf dem Niveau des Vorjahres.

Auch im Jahr 2010 legte die Bank ihren Fokus auf konservative Veranlagungsprodukte und legte Garantiesparbücher in den Laufzeitbereichen von 12 - 48 Monaten auf, wobei speziell das im 4. Quartal vertriebene "Klammer-Sparbuch" mit einer Laufzeit von 21 Monaten von Kundenseite sehr gut angenommen wurde. Das Gesamtvolumen der Spareinlagen der Hypo Alpe-Adria-Bank AG zum Stichtag 31. Dezember 2010 erreichte rund EUR 821 Mio., wovon EUR 773 Mio. dem Segment Retail & Private Banking zuzuordnen waren. Neben einer erfolgreichen Pfandbriefemission mit einer Laufzeit von fünf Jahren lag der Schwerpunkt im Vertrieb eigener Emissionen bei vier Bankanleihen mit einem Platzierungsvolumen von rund EUR 20 Mio.

Das Gesamtportfolio Corporate Banking wurde einer umfassenden Risikoüberprüfung und einer Regelung nach strategischen Zielvorgaben unterzogen. Trotz des schwierigen Marktumfeldes ist es der Bank im vergangenen Wirtschaftsjahr gelungen, die Kundenbindung in den Zielsegmenten zu stärken, die Kundeneinlagen um rund 50 % zu steigern und eine Reduktion der Risk Weighted Assets über den geplanten Zielvorgaben zu erreichen. Als Highlight im Geschäftsjahr 2010 ist die Finanzierungstransaktion für die kroatische Hrvatske Autoceste in Höhe von EUR 100 Mio. hervorzuheben, die über das Kompetenzzentrum Project Finance & Syndication der Hypo Alpe-Adria-Bank AG erfolgreich arrangiert und syndiziert wurde. Insgesamt haben die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells Mittelstand und die laufende Mitarbeiterentwicklung einen wesentlichen Beitrag hierzu geleistet.

Der Bereich Public Finance konnte trotz des weiterhin schwierigen Marktumfeldes an die Erfolge der Vorjahre anschließen und erzielte auch im Jahr 2010 wiederum ein sehr gutes Jahresergebnis. Damit bestätigte sich, wie auch schon in der Vergangenheit, seine Rolle als stabile Größe der Bank. Das Neufinanzierungsvolumen reduzierte sich zwar, der Strategie des Hauses Rechnung tragend von EUR 188 Mio. im Jahr 2009 auf EUR 84 Mio. im Jahr 2010. Dennoch konnte, u.a. durch die gestiegene Margensituation, das zweitbeste Jahresergebnis seit 2000 erwirtschaftet werden. Auf der Veranlagungsseite gelang es, die gesteckten Ziele zu erreichen bzw. sogar leicht zu übertreffen.

Bilanzentwicklung

Zum 31.12.2010 konnte die Hypo Alpe-Adria-Bank AG eine Bilanzsumme von EUR 5.967 Mio. (31.12.2009 EUR 6.672 Mio.) vorweisen. Der Rückgang in Höhe von EUR 705 Mio. oder 10,5% steht im Einklang mit der Restrukturierung und der strategischen Neuausrichtung der Bank.

Aktivseitig erreichte das Kreditvolumen EUR 5,15 Mrd. (31.12.2009 EUR 5,64 Mrd.), und konnte gemäß den internen Vorgaben um 8,7 % abgebaut werden. Der Bilanzposten Schuldtitel öffentlicher Stellen sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere dienen ausschließlich der Liquiditätsreserve und reduzierten sich um EUR 124 Mio. gegenüber dem Vorjahr und weisen damit einen Stand von EUR 494 Mio.

zum 31.12.2010 auf. Der Rückgang resultiert aus Tilgungen von Wertpapieren zur Endlaufzeit. Die Primäreinlagen (Kundeneinlagen sowie eigene Emissionen) erreichten EUR 3,72 Mrd. (31.12.2009 EUR 3,60 Mrd.), was einen Anteil an der Bilanzsumme von rund 62 % ausmacht. Damit konnte das Primärvolumen gegenüber dem Vorjahr um EUR 125 Mio. oder 3,3 % gesteigert werden. Davon entfielen EUR 821 Mio. auf Spareinlagen, was in etwa dem Vorjahreswert entspricht. Der deutliche Rückgang der Bankverbindlichkeiten in Höhe von EUR 0,7 Mrd. auf EUR 2,0 Mrd. (31.12.2009 EUR 2,7 Mrd.) resultiert zur Gänze aus dem Rückgang der Aktiva, wonach die kurz- bis mittelfristigen Refinanzierungen von Banken zurückgezahlt wurden.

Eigenmittel

Im ersten Halbjahr 2010 hat die Hypo Alpe-Adria-Bank AG von ihrem Alleingesellschafter, der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, einen Gesellschafterzuschuss in Höhe von EUR 50 Mio. zur Stärkung der Kapitalbasis erhalten. Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel gemäß Bankwesengesetz (BWG) betragen per 31.12.2010 EUR 265 Mio. (per 31.12.2009 EUR 340 Mio.). Das gesetzliche Mindestfordernis lag bei EUR 211 Mio., dies entspricht einer Überdeckung von EUR 54 Mio. bzw. einem Deckungsgrad von 125,6 %. Die Eigenmittelquote bezogen auf das Bankbuch (Kreditrisiko) erreichte mit 31.12.2010 11,06 % (31.12.2009 12,23 %). Die Kernkapitalquote (TIER 1 – Ratio) lag mit 6,16 % etwas unter dem Niveau zum 31.12.2009 (7,19 %). Bezogen auf die gesamte Eigenmittelbemessungsgrundlage (inkl. Markt- u. operat. Risiko) ergibt sich zum 31.12.2010 eine Eigenmittelquote von 10,05 % (31.12.2009 11,36 %), welche deutlich über der in Österreich gesetzlich vorgeschriebenen Mindestquote von 8,0 % liegt.

Ergebnisentwicklung

Die Ergebnisentwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der strukturellen Verbesserung im operativen Ergebnis von den weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den deutlich erhöhten Kreditrisikovorsorgen geprägt. Aber auch notwendige Restrukturierungsmaßnahmen, wie beispielsweise Filialschließungen und die Neuordnung von Geschäftsfeldern waren noch im Berichtsjahr negative Einflussfaktoren.

Vor diesem Hintergrund erreichten die Betriebserträge (Nettozinsertrag, Provisionsergebnis, Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, sonstige Erträge) im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 83,1 Mio. nach EUR 99,6 Mio. im Jahr 2009. Dies war vor allem auf eine deutliche Reduktion des Nettozinsertrages auf EUR 52,6 Mio. zurückzuführen, was einem historischen Tiefststand entspricht. Diese Entwicklung spiegelt einerseits die erhöhten Kreditausfälle und die damit verbundenen Zahlungsausfälle sowie die gestiegenen Zahlungsstundungen wider. Die erhöhten Zinsfreistellungen auf das Kreditportfolio, aber auch ein geringeres Neugeschäft, Veränderungen der Refinanzierungsstruktur und der Zinskurve waren weitere Hauptgründe des Rückganges im Nettozinsergebnis.

Das Provisionsergebnis, als Saldo zwischen Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen, erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR 15,4 Mio. nach EUR 24,3 Mio. im Jahr 2009. Dieser massive Rückgang von EUR 8,9 Mio. resultierte maßgeblich aus dem deutlich zurückgegangenen Geschäftsvolumen im Kredit- und Wertpapiergeschäft. Auch strategisch angestrebte Limitierungen beim Neugeschäftsvolumen führten zu einem geringeren Provisionsertrag. Im Provisionsaufwand spiegeln sich Sonderausgaben in Höhe von EUR 2,5 Mio. wider, welche im Zuge von eingegangenen Bürgschaften und Haftungen von Dritten einmalig aufzuwenden waren.

Die operativen Betriebsaufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank AG blieben mit EUR 69,1 Mio. deutlich unter dem Vorjahr (2009 EUR 81,1 Mio.). Dies ist in erster Linie bereits als Erfolg auf die eingeleiteten Restrukturierungen zurückzuführen, was sich in der Reduktion des Personalaufwandes um EUR 8,7 Mio. auf EUR 38 Mio. (31.12.2009 EUR 46,7 Mio.) widerspiegelt, andererseits aber auch auf ein starkes Kostenbewusstsein im Sachaufwand hinweist.

In Folge erreichte das Betriebsergebnis als Saldo von Betriebserträgen und Betriebsaufwendungen EUR 14 Mio.

Das negative Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Forderungen, Eventualverbindlichkeiten sowie Wertpapieren des Umlaufvermögens betrug im Jahr 2010 EUR 122,5 Mio.

Vor dem Hintergrund des anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes auf die wirtschaftliche Entwicklung der von der Hypo-Alpe-Adria-Bank AG finanzierten Unternehmen, waren auch im Berichtsjahr nochmals Sonderbelastungen bei Einzelengagements zu bilden. Im Herbst 2010 wurde zudem das risikorelevante Kreditportfolio der Bank einer intensiven Überprüfung in Form eines sogenannten „Review Rush“ unterzogen, der durch Spezialisten in dafür eigens eingerichteten „Task Force“ Einheiten der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG durchgeführt wurde. Das Ergebnis dieser Prüfung und die weiterhin verschärfte Risikopolitik der Bank machten die Kreditvorsorgen in dieser Höhe notwendig.

Unter Einbeziehung obiger Effekte wies die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von minus EUR 108,5 Mio. aus. Nach Berücksichtigung der Steuern und Steuereffekte aus der Gruppenbesteuerung von EUR 6,2 Mio. betrug der Jahresfehlbetrag des abgelaufenen Geschäftsjahres EUR 102,3 Mio.

AUSBLICK 2011

Die weitere Entwicklung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG wird wesentlich von den Ergebnissen der Prüfung der EU-Kommission beeinflusst. Darüber hinaus wird durch die Alleineigentümerin der Bank gemeinsam mit einer internationalen Investmentbank die Möglichkeit einer Reprivatisierung evaluiert. Ziel hierbei ist, mit einem neuen Investor und der beschrittenen strategischen Neuausrichtung eine Grundlage zu erreichen, die die Zukunft der Bank absichert.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG hat durch verstärkte Forcierung ihrer Kernkundensegmente und Konzentration auf das Marktgebiet Kärnten in den operativen Bankgeschäften generell eine positive Entwicklung aufzuweisen. Erste Zwischenergebnisse im Jahr 2011 zeigen sowohl im Retail & Private Banking als auch im Corporate Banking signifikante

HYPO-VERBAND 2010

Verbesserungen als im Vorjahreszeitraum. Ebenso ist eine deutliche Reduktion des Risikoergebnisses absehbar, sodass aus Sicht des Vorstandes mit dem aktuellen Geschäftsjahr der Turnaround erreicht und mit der Erzielung eines positiven Jahresergebnisses gerechnet werden kann.

Eigentümerstruktur:

100%-Eigentümer der HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG ist die HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG, deren Eigentümer die Republik Österreich (Bund) ist.

Beträge in Mio. Euro *)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	5.967	6.672
Eigenmittel	265	340
EGT	-109	-258
Spareinlagen	821	869
Ø Mitarbeiteranzahl	522	622
Anzahl Filialen	18	22
Return on equity	n/a	n/a
Cost Income Ratio	83,1%	81,4%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.4. HYPO NOE GRUPPE BANK AG

Die ehemalige Niederösterreichische Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft kann auf eine lange Tradition und Erfahrung zurückblicken. Im Jahr 2010 setzte die HYPO Investmentbank-Gruppe ihr neues Dachmarkenkonzept um und präsentiert sich seit Herbst in einem neuen Erscheinungsbild und unter neuem Namen:

Die HYPO NOE Gruppe Bank AG (ehemals HYPO Investmentbank AG) betreut als Mutterinstitut im Konzernverbund mit HYPO NOE Leasing GmbH und HYPO NOE Real Consult GmbH vorwiegend Großkunden im Landes- und Gemeindebereich primär in Österreich, sowie auch selektiv international mit Schwerpunkt EU-Mitgliedsstaaten. Sie verfügt über Repräsentanzen in Prag und Budapest.

Die HYPO NOE Landesbank AG (ehemals Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft) ist in den Kernmärkten Niederösterreich und Wien eine Universalbank für Private, Freiberufler und Kommerzkunden mit Schwerpunkten in den Bereichen Wohnbaufinanzierung und Private Banking. Über 61.000 Kunden vertrauen der Landesbank, die sich durch Regionalität und Kundennähe auszeichnet. 28 Filialen in Niederösterreich und Wien sind die Drehscheibe und Basis für eine erfolgreiche Kundenbeziehung.

Die HYPO NOE Gruppe hat es trotz des weiterhin turbulenten Marktumfeldes durch ihre Strategie basierend auf Stabilität, Kundennähe und selektivem Wachstum geschafft, den bereits im Jahr 2009 eingeschlagenen Erfolgsweg fortzusetzen. Die Säulen dieser Strategie sind u.a. das Land Niederösterreich als starker Eigentümer, die stetige Entwicklung innovativer und maßgeschneiderter Finanzlösungen und Finanzierungsleistungen sowie die kundenorientierte Ausrichtung der Konzerngesellschaft mit dem jeweils passenden Produktportfolio.

Die Weichen für diese Strategie wurden von der HYPO NOE Gruppe bereits 2007 durch die Spaltung der Bank in die HYPO Investmentbank AG und die Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft gestellt, 2008 durch die Neupositionierung und Neustrukturierung verstärkt und 2009 trotz Finanzkrise der qualitätsorientierte Wachstumskurs beibehalten. 2010 wurde durch die Schaffung der neuen Dachmarke HYPO NOE-Gruppe das Komplettangebot und der gemeinsame Auftritt der Konzerngesellschaften geschärft.

Der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg wird - unter Berücksichtigung der zu erwartenden Auswirkungen der geänderten regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – fortgeführt. Qualitätsorientiertes, risikoadäquates Wachstum und die Sicherstellung der nachhaltigen Ertragssituation waren und sind weiterhin erklärtes Ziel des Bankkonzerns. Die HYPO NOE Gruppe hat in diesem Sinn auch ihr Risiko-Management durch die Bestellung des neuen Risikovorstandes Mag. Nikolai Leo de Arnoldi per 1.1.2011 verstärkt und geht gemäß dem Konzernmotto „Sicherheit und Exzellenz“ gut aufgestellt in das neue Geschäftsjahr.

Die Erfolgsentwicklung des IFRS Konzerns der HYPO NOE Gruppe war im Jahr 2010 durch ein weiterhin hohes stabiles Nettozinsergebnis geprägt, aber auch durch hohe einmalige Aufwendungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis der HYPO NOE Gruppe Bank AG. Infolge des weiterhin niedrigen Zinsniveaus im Berichtsjahr erreichte der Zinsüberschuss wieder ein hohes Niveau und reduziert sich nur um EUR 3,5 Mio. auf EUR 135,1 Mio. Die Risikokosten verringerten sich von EUR 34,1 Mio. auf EUR 17,7 Mio., vor allem bedingt durch günstige Entwicklungen im Kreditportefeuille in der HYPO NOE Gruppe Bank AG.

Mit dem Land Niederösterreich als starkem Eigentümer konnte die HYPO NOE Gruppe, die per 31.12.2010 insgesamt 638 MitarbeiterInnen beschäftigte, wichtige Projekte wie etwa im Infrastrukturbereich für Wirtschaft, Gemeinden und die Bevölkerung des Landes Niederösterreich ermöglichen und im Kommerzbereich maßgeschneiderte Finanzlösungen anbieten. Die Konzernbilanzsumme stieg 2010 von EUR 11,6 Mrd. auf EUR 12,0 Mrd. an und die Kernkapitalquote befindet sich mit 11,5 Prozent (2009: 11,1 Prozent) weiter auf

hohem Niveau. Das Provisionsergebnis wies mit EUR 7,3 Mio. ein nahezu unverändertes Ergebnis aus.

AUSBLICK 2011

Die HYPO NOE Gruppe geht nach einem erfolgreichen Geschäftsjahr mit Optimismus und klar formulierten Schwerpunkten in ein neues Geschäftsjahr. Nach einer Zeit der Konsolidierung und Stabilisierung steht das Thema Optimierung im Mittelpunkt. Vor allem die Kunden der HYPO NOE Gruppe werden dabei eine noch zentralere Rolle spielen. Darüber hinaus wird durch die Etablierung der neuen Dachmarke die Fokussierung auf Stärkefelder im Konzernverbund ausgebaut und der eingeschlagene Weg des Wachstums hinsichtlich Qualität und nachhaltigem Erfolg verstärkt gemeinsam fortgesetzt:

- Im Segment **Public Finance** sieht die HYPO NOE Gruppe trotz des wettbewerbsintensiven Umfelds mit einer Vielzahl von Referenzprojekten einer erfolgsversprechenden Zukunft entgegen. Durch das fachliche Know-how der Mitarbeiter und das kundenfreundliche Projektmanagement werden bestehende Kooperationen intensiviert und neue Partnerschaften eingegangen. Im Fokus des Public Finance-Geschäfts der HYPO NOE Gruppe Bank AG stehen 2011, neben der direkten Finanzierung der Länder, Städte und Gemeinden, die Branchen Infrastruktur, Gesundheitswesen, Bildung, Kultur und Immobilien. Der regionale Fokus liegt neben dem niederösterreichischen Landesgebiet auf dem gesamtösterreichischen Markt und der Donauraumregion.
- Der Geschäftsbereich **Real Estate Finance** – als seriöser und professioneller Immobilienfinanzierer sowohl in Österreich als auch selektiv international tätig – konzentriert sich im Folgejahr intensiv auf seine Kernmärkte und –zielgruppen, nämlich institutionelle Investoren, Fonds und Immobilienentwickler.
- Das strategische Geschäftsfeld **Treasury** bietet kundenspezifische Geld- und Kapitalmarktprodukte sowie Gesamtlösungen im Aktiv-/Passiv-Management für alle Geschäftsbereiche. Diese Kernkompetenzen werden durch profunde Financial Engineering-Expertise auf Fachexperten-Ebene abgerundet.

- Die **HYPO NOE Landesbank AG** bedient ihre rund 61.000 Kunden in gewohnter Manier im klassischen Retailgeschäft, bei dem Privat- und Firmenkunden, Ärzte und Freiberufler im Vordergrund stehen. Die Kernländer Niederösterreich und Wien sind auch 2011 die primären Zielgebiete der Landesbank – im Speziellen die Assets Wohnbaufinanzierung, Mittelstandsfinanzierung (KMU) und Private Banking.
- Die **HYPO NOE Real Consult GmbH** versteht sich als umfassender Immobiliendienstleister und kompetenter, unabhängiger Partner bei der Betreuung von Immobilien über den gesamten Lebenszyklus. Die langjährigen Erfahrungen in den Bereichen Baumanagement und Immobilienbewirtschaftung sind Garantien dafür, auch in Zukunft den hohen Ansprüchen der Kunden gerecht zu werden und als Trendsetter zu fungieren.
- Zielsetzung der **HYPO NOE Leasing GmbH** ist ein kontinuierliches Geschäftswachstum wie in den vergangenen Jahren. Dies soll durch den weiteren Ausbau der Geschäftsfelder Gesundheit und Krankenhausbereich sowie durch weitere Produktentwicklungen für Gemeinden erreicht werden.

Klar definierte Ziele und das nähere Zusammenrücken im Konzernverbund durch das neue Dachmarkenkonzept der HYPO NOE Gruppe sollen Topleistungen garantieren, den hohen Sicherheitsfaktor betonen und auch in Zukunft die Kunden deutlich in den Mittelpunkt stellen. Die starke Performance des letzten Jahres unterstreicht einmal mehr die anhaltende Gültigkeit und Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells der HYPO NOE Gruppe, das sich nicht zuletzt auf das starke Engagement seiner über 600 MitarbeiterInnen stützt. 2011 wird ein herausforderndes und dynamisches Jahr werden, eine Herausforderung, der sich die HYPO NOE Gruppe aber gerne stellt und kontinuierliches Wachstum durch Konzentration auf das Kerngeschäft trotz schwierigem realwirtschaftlichem Umfeld anstrebt.



2.5. HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB)

Die HYPO NOE Gruppe hat auch im Geschäftsjahr 2010 ihren Auftrag als „regionaler Finanzversorger“ über ihre 100-Prozent-Tochter HYPO NOE Landesbank AG (Bilanzsumme 2010: EUR 2,34 Mrd.) erfüllt. So konnten zahlreiche Projekte erfolgreich fortgesetzt, abgeschlossen und neu aufgesetzt werden. Im Rahmen einer Qualitätsoffensive wurde Ende September das äußere Erscheinungsbild aller 28 Filialstandorte in Niederösterreich und Wien auf die neue Marke umgestellt.

Wesentliche Maßnahmen 2010:

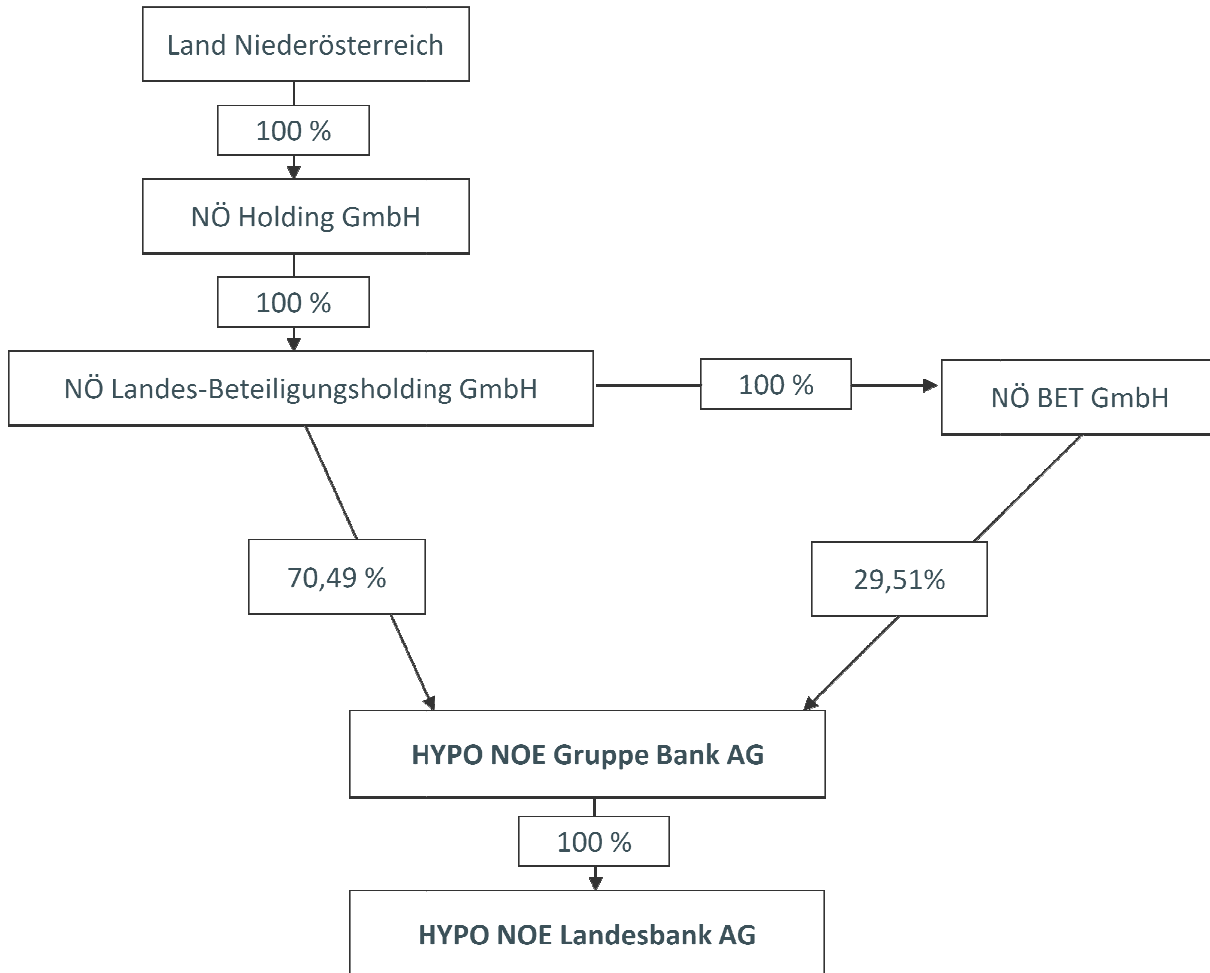
- Der neue Markenauftritt der HYPO NOE Gruppe bedeutete für die HYPO NOE Landesbank AG eine klare und deutliche Neupositionierung.
- Die fokussierte Ausrichtung auf die definierten Kernzielgruppen, sowohl im Privat- als auch im Firmenkundenbereich, erschloss weitere neue Kundenschichten.
- Durch die etablierten HYPO Wohnbau-Center konnte das Geschäftsvolumen im Kerngeschäft Wohnbau weiter erhöht werden und durch das große Know-how der Kundenbetreuer auf die spezifischen Kundenbedürfnisse eingegangen werden.
- Die im Vorjahr neu implementierte Vertriebsstruktur führte zu einem weiteren Ausbau der Kompetenz im Bereich Private Banking sowie der Geschäftsfelder Firmenkunden und Freie Berufe. Gleichzeitig wurde durch spezielle Angebote und Aktivitäten für KMUs (z.B. Fördercheck, Ratingberatung etc.) sowie für Ärzte und Freiberufler (z.B. Praxisgründerseminar) die Erreichung der Ziele unterstützt.
- Trotz schwieriger Rahmenbedingungen hat die HYPO NOE Landesbank AG Niederösterreichs Wirtschaft bei Finanzierungsfragen wachstumsorientiert

unterstützt und konnte im Großwohnbau und Firmenkundengeschäft ein überdurchschnittliches Wachstum erzielen.

Entwicklungen Geschäftstätigkeit:

- In ihrer Kernkompetenz – Ausleihungen für die Wohnraumschaffung – ist die HYPO NOE Landesbank AG laut OeNB-Statistik um rund 50 Prozent stärker gewachsen (+14 %) als der Gesamtmarkt in Österreich (+9 %).
- An Neu-Kreditvolumen konnten 2010 im Bereich Kommerzkunden rund EUR 149 Mio. vergeben werden.
- Im Veranlagungs- und Wertpapierbereich ist es im gesamten Jahresverlauf gelungen, durch den verstärkten Ausbau von Beratungskompetenzen und ein gestiegenes Kundeninteresse das Depotvolumen um knapp 9 % zu erhöhen.
- Markant sind auch die 12-prozentige Steigerung der Betriebserträge (2010: EUR 52,9 Mio.) und das Zwei-Drittel-Plus im Betriebsergebnis (von EUR 9,4 Mio. auf EUR 15,7 Mio.).

Eigentümerstruktur:



Konzern der HYPO NOE Gruppe Bank AG (IFRS):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	12.004	11.645
Eigenmittel	682	658
EGT	8	25
Spareinlagen	775	854
Ø Mitarbeiteranzahl	604	582
Anzahl Filialen	28	28
Return on equity	1,9%	6,8%
Cost Income Ratio	76,4%	57,3%

Definitionen

EGT = Periodenüberschuss vor Steuern der Gesamt-Ergebnisrechnung der HYPO NOE Gruppe

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (mit Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on equity vor Steuern = Periodenüberschuss vor Steuern / Ø Konzerneigenkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge

HYPO NOE LANDESBANK AG (Einzelabschluss nach UGB):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	2.344	2.163
Eigenmittel	150	152
EGT	-3,6	-1,8
Spareinlagen	775	854
Ø Mitarbeiteranzahl	276	315
Anzahl Filialen	28	28
Return on equity	15,60%	9,36%
Cost Income Ratio	70,32%	79,97%

Definitionen

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (ohne Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on equity = Betriebsergebnis / Ø Kernkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge



2.6. OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Die HYPO Oberösterreich blickt auf ein erfolgreiches und insgesamt sehr zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2010 zurück. Das konservative Geschäftsmodell mit der Konzentration auf das klassische Bankgeschäft war einmal mehr ein Garant für Stabilität und Sicherheit. Daher konnte sich die HYPO Oberösterreich auch in einem weiterhin herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld sehr gut behaupten.

Die HYPO Oberösterreich hat ihren Kurs der Geschäftsausweitung und Intensivierung in den definierten Zielgruppen konsequent fortgesetzt. Die Bilanzsumme erhöhte sich geringfügig auf EUR 8,5 Milliarden. Während das Interbankengeschäft zurück genommen wurde, konnten im klassischen Kundengeschäft quer über alle definierten Zielgruppen - Ärzte und Freie Berufe, Großwohnbau, Kirche und Soziales, Öffentliche Institutionen sowie Privatkunden - Zuwächse erzielt werden. Die HYPO hat damit ihre führende Marktposition in Oberösterreich als Wohnbaubank und Ärztebank weiter festigen können.

Der Jahresüberschuss vor Steuern erhöhte sich von EUR 27 Millionen im Jahr 2009 auf EUR 28,9 Millionen im Jahr 2010. Das ist eine Steigerung um sieben Prozent. Zurückzuführen sind die Ertragssteigerungen auf eine Ausweitung der operativen Kundengeschäfte und auf die traditionell geringen Kreditrisiken der Bank.

Das Kredit- und Darlehensvolumen wurde auf hohem Niveau über alle Geschäftsfelder hinweg um fast vier Prozent von EUR 4,9 Mrd. auf EUR 5,1 Mrd. gesteigert. Damit hat sich das Ausleihungsvolumen in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Trotz des hohen Ausleihungsvolumens und der nach wie vor durchwachsenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen weist die HYPO Oberösterreich im Bankenvergleich weiterhin sehr gute Kreditrisikokennzahlen auf. So müssen lediglich 1,02 Prozent des gesamten Kreditvolumens vorgesorgt werden.

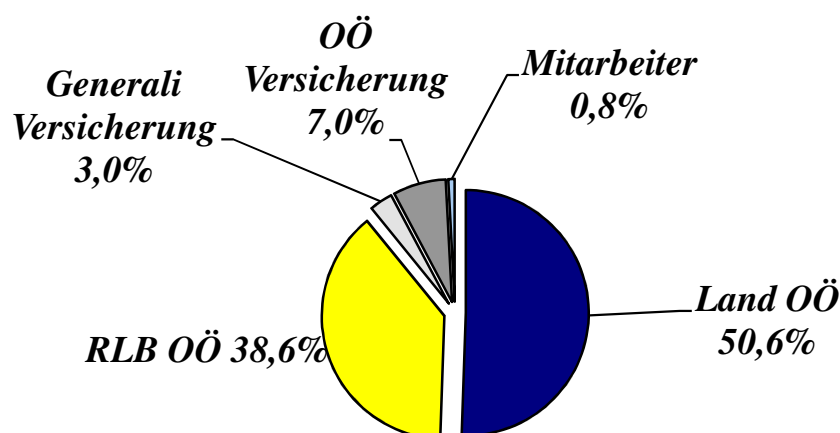
Sicherheit und Bonität einer Bank rückten in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Die HYPO Oberösterreich als Bank des Landes Oberösterreich ist und bleibt ein sicheres Institut. So hat die international renommierte Ratingagentur Standard & Poor's das Top-Rating der Bank – Single A – erneut bestätigt.

Die HYPO Oberösterreich hat vom Magazin Konsument eine besondere Auszeichnung erhalten. Die HYPO ist in der Anlageberatung für Senioren die beste Bank Österreichs. Das hat ein Test der Konsumentenschützer unter 23 österreichischen Banken ergeben. Mit in das Ergebnis eingeflossen sind dabei die Qualität der Beratung, der Analyse, der Produktauswahl und des Beratungsumfeldes.

AUSBLICK 2011

Die HYPO Oberösterreich hat sich 2011 zum Ziel gesetzt, die gute Marktposition in den definierten Zielgruppen - Ärzte und Freie Berufe, Großwohnbau, Kirche und Soziales, Öffentliche Institutionen sowie Privatkunden – weiter auszubauen. Vor allem im Privatkundengeschäft wird aufgrund der Positionierung als Wertpapier- und Wohnbaubank noch Wachstumspotential gesehen. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und der aktuellen Prognosen erwartet die HYPO Oberösterreich für das laufende Geschäftsjahr wieder ein stabiles und zufriedenstellendes Ergebnis.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	8.529	8.524
Eigenmittel	415	389
EGT	28,85	27,02
Spareinlagen	1.326	1.311
Ø Mitarbeiteranzahl	447	449
Anzahl Filialen	18	18
Return on equity	11,1%	10,1%
Cost Income Ratio	59,9%	54,2%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.



2.7. SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Die HYPO Salzburg konnte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die gesteckten Ziele im Kundengeschäft erreichen und blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück. Die in ihrer Strategie verankerte konsequente Kundenorientierung und die klare Zielgruppenfokussierung mit attraktiven Produkten finden im Bilanzergebnis 2010 ebenso ihren Niederschlag wie der verantwortungsvolle Umgang mit Kosten und Risiken.

Die Bilanzsumme der HYPO Salzburg erhöhte sich im Geschäftsjahr 2010 um 1,52 % und erreichte einen Wert von EUR 4.940,6 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme planmäßig moderat gestiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die zum Bilanzstichtag Spareinlagen von EUR 746,3 Mio. und Sicht- und Termineinlagen von EUR 1.109,2 Mio. betreffen,

entwickelten sich sehr erfreulich auf einen Stand von EUR 1.855,5 Mio.; saldiert konnte eine Steigerung um 5,70 % erreicht werden. Die Stärkung der Einlagen durch Generierung von Primärmitteln, eines der Ziele der HYPO Salzburg, wurde im Jahr 2010 konsequent weitergeführt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten veränderten sich im Jahresvergleich um -28,66 % auf einen Stand von EUR 191,4 Mio. Davon sind EUR 40,1 Mio. täglich fällig und EUR 151,2 Mio. mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, die als Refinanzierungsmittel für die HYPO Salzburg dienen. Diese resultieren hauptsächlich aus abgelaufenen Verbindlichkeiten in Fremdwährung mit vereinbarter Laufzeit.

Die Emissionen bestehen aus verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.564,2 Mio., den nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 40,0 Mio. und dem Ergänzungskapital im Ausmaß von EUR 79,0 Mio. Insgesamt betragen die Emissionen per Stichtag EUR 2.683,2 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Stand um 1,69 % oder absolut um EUR 44,6 Mio.

Das Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn konnte erfreulicherweise um 8,32 % auf EUR 157,7 Mio. gesteigert werden.

Zum Bilanzstichtag 2010 erreichten die Forderungen an Kunden ein Volumen von EUR 2.703,7 Mio. Wie in den Vorjahren stand das qualitative Wachstum unter Zugrundelegung einer vorausschauenden, dynamischen Risikopolitik im Vordergrund. Im Geschäftsjahr 2010 wurden Ausleihungen in Höhe von EUR 300,0 Mio. in börsennotierte Wertpapiere umgeschichtet. Dies hat eine Umgliederung von der Bilanzposition "Forderungen an Kunden" auf "Wertpapiere" zur Folge. Unter Berücksichtigung dieser Transaktion konnte das Ausleihungsgeschäft erfreulicherweise um rund 5,00 % gesteigert werden.

Die Position Wertpapiere setzt sich zum 31.12.2010 aus EUR 300,1 Mio. Schuldtitel öffentlicher Stellen, EUR 434,0 Mio. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und EUR 276,6 Mio. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zusammen. In der Position Aktien befinden sich vor allem Spezialfonds für die HYPO

Salzburg, die bei der Kepler-Fonds KAG, einer Tochter der Raiffeisenlandesbank OÖ AG, veranlagt sind. Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich der Wertpapierbestand im Wesentlichen aus dem Zugang der Schuldtitel öffentlicher Stellen in Höhe von EUR 300,1 Mio. und des Verkaufes eines Spezialfonds in Höhe von EUR 68,2 Mio.

In Folge einer starken Ausweitung des operativen Geschäftes wurde daraus ein deutlich verbessertes Zinsergebnis verzeichnet. Beim Zinsergebnis inklusive Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen in Höhe von EUR 48,2 Mio. konnte bedingt durch eine flache Zinskurve und durch geringere Erträge bei den eigenen Veranlagungen der Vorjahreswert nicht zur Gänze erreicht werden.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich sehr erfreulich und erreichte einen Wert von EUR 12,9 Mio., dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 7,50 %. Entsprechend ihren strategischen Zielen ist wiederum eine Ausweitung der Dienstleistungssparten gelungen. Hervorzuheben sind insbesondere die Bereiche Zahlungsverkehr, Valuten- und Devisengeschäft und Wertpapiergeschäft. Der Anteil des Dienstleistungsergebnisses an den Betriebserträgen stieg von 18,39 % auf 20,40 %.

Durch ein effizientes Kostenmanagement – die Betriebsaufwendungen in Höhe von EUR 40,7 Mio. lagen um EUR 0,2 Mio. unter dem Vorjahreswert – konnte ein Betriebsergebnis in Höhe von EUR 22,3 Mio. als Saldo der Betriebserträge und Betriebsaufwendungen knapp unter dem Vorjahreswert erreicht werden.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen und der Wertpapierbewertungen EUR 14,0 Mio. und konnte gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel gesteigert werden.

Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel der HYPO Salzburg gemäß Bankwesengesetz erreichten per Stichtag EUR 256,8 Mio. Das gesetzliche Eigenmittelerfordernis lag bei EUR 161,9 Mio. Somit konnte zum Bilanzstichtag ein Eigenmittelüberhang von EUR 94,9 Mio. erzielt werden.

Mit einer Kernkapitalquote von 7,62 % und einer Eigenmittelquote von 12,69 % liegen die Werte deutlich über den Mindestquoten.

Die HYPO Salzburg betreut 61.607 Kunden, hauptsächlich im Bundesland Salzburg und den angrenzenden Regionen. Die Gesamtkundenanzahl setzt sich aus 7.572 Firmenkunden (Vorjahr: 7.489) und 54.035 Privatkunden (Vorjahr: 54.037) zusammen. Die Privatkunden lassen sich in 6.973 Privatkunden außerhalb Salzburgs und in 47.062 Kunden mit Wohnsitz in Salzburg unterteilen. Gemessen an der Einwohnerzahl (Stand 2009) betreut die HYPO Salzburg einen Kundenanteil von Privatkunden im Bundesland Salzburg von 8,88 %.

Den Erfolg ihres Beziehungsmanagements misst die Bank mit der Cross-Selling-Rate, dem Verhältnis aus Produkten durch Anzahl ihrer Kunden, die kontinuierlich gesteigert wird.

AUSBLICK 2011

Die vorliegenden Kurz- und Mittelfrist-Plandaten lassen für das Jahr 2011 eine kontinuierliche Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Weiterentwicklung der HYPO Salzburg erwarten.

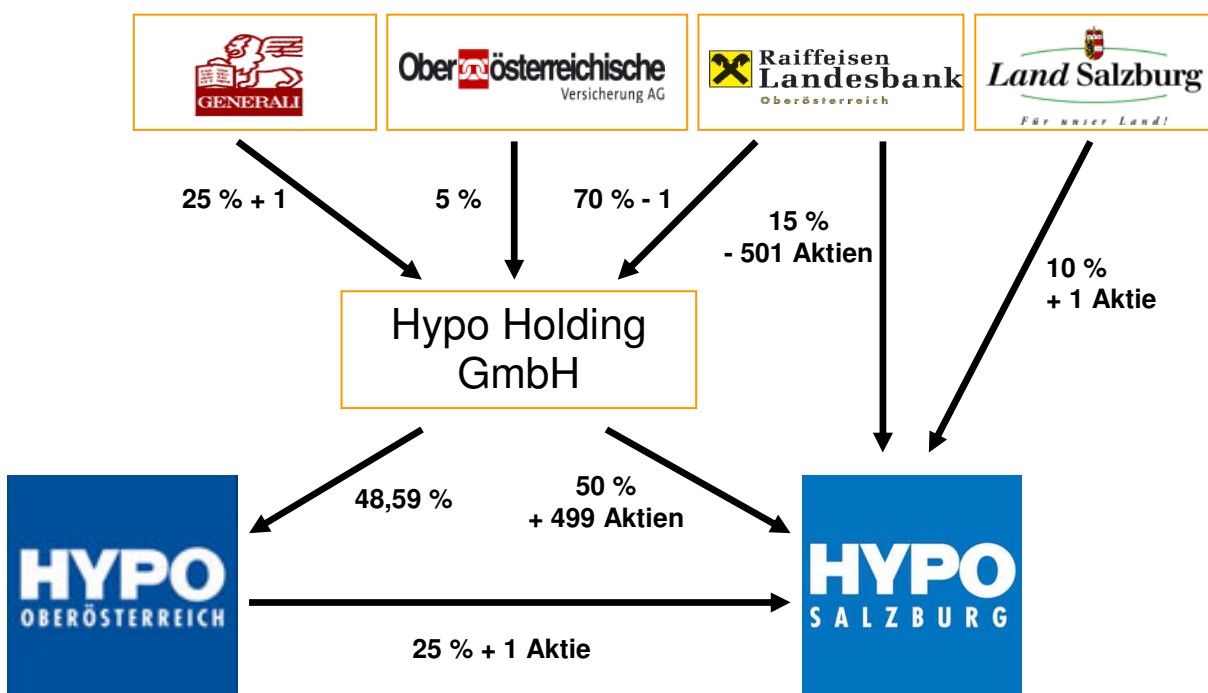
Der Fokus im Jahr 2011 liegt unverändert im risikobewussten Wachstum, in der Vertiefung der bestehenden Geschäftsbeziehungen, im Ausbau des Cross-Sellings sowie in einer weiteren Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes, speziell im Wertpapierbereich.

Im Filialbereich liegt der Schwerpunkt auf der umfassenden Beratung der Kunden, wobei sowohl auf die Betreuung der Bestandskunden als auch auf die Neukundengewinnung Wert gelegt wird. Von der passenden Kontolösung, ertragreichen Sparkonten und Veranlagungen, einer sicheren Vorsorge bis hin zur Finanzierung von Wohnwünschen reicht die Angebotspalette. Im Private Banking liegt der Fokus auch im Jahr 2011 auf der Ausweitung der Kundenmandate durch Neukundengewinnung.

HYPO-VERBAND 2010

Bei Bauträgerfinanzierungen steht der selektive Ausbau ihrer guten Position unter Beachtung der Risikosituation im Vordergrund. Das Firmenkundengeschäft soll unter Berücksichtigung einer vorsichtigen Risikobeurteilung weiter wachsen. Im Bereich der Öffentlichen Hand sollen zusätzlich zu klassischen Finanzierungsmodellen auch alternative Modelle verstärkt eingesetzt werden. In diesen Geschäftszweigen nutzt die Bank Synergien mit ihrem Partner, der Raiffeisenlandesbank OÖ AG.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	4.941	4.867
Eigenmittel	257	239
EGT	14	11
Spareinlagen	746	743
Ø Mitarbeiteranzahl	341	345
Anzahl Filialen	25	25
Return on equity	9,4%	8,3%
Cost Income Ratio	64,6%	62,6%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.8. LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

In konsequenter Fortsetzung der eingeschlagenen Geschäftsstrategie hat sich die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG auch im Geschäftsjahr 2010 als primär auf Kunden und Vertrieb orientiertes Finanzdienstleistungsinstitut präsentiert.

Die Bilanzsumme von EUR 5.349 Mio. ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 282 Mio. oder 5,6 % gestiegen. Die Forderungen an Kunden konnten mit EUR 3.132 Mio. um EUR 208 Mio. oder 7,1 % höher ausgewiesen werden.

Die aktuell verfolgte Regionalbankstrategie der Landes-Hypothekenbank Steiermark spiegelt sich traditionell im Geschäftsfeld Privatkundengeschäft und Gewerbekunden am deutlichsten wider. In diesem Bereich wurde ein Geschäftsvolumen von rund

EUR 1,219 Mrd. erwirtschaftet, wovon sich rund EUR 173 Mio. auf den Bereich Freie Berufe und rund EUR 366 Mio. auf den Gewerbekundenbereich verteilen.

Im Geschäftsfeld Immobilienprojektfinanzierungen inklusive Kommerzgeschäft im engeren Sinne wurde im Geschäftsjahr 2010 ein Geschäftsvolumen von EUR 499 Mio. erreicht. Im Bereich der Projektfinanzierung mit einem Geschäftsvolumen von EUR 242 Mio. konnte eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielt werden, wobei zusätzlich noch einiges großvolumiges Neugeschäft abgeschlossen wurde, welches erst im Jahr 2011 aktiviert werden wird. Im Bereich des klassischen Kommerzgeschäftes, welches in der HYPO Steiermark im KMU-Bereich angesiedelt ist, konnte die Marktposition gehalten und ein Ausleihungsvolumen von EUR 257 Mio. ausgewiesen werden.

Durch eine konsequente und intensive Marktbearbeitung im Geschäftsfeld der öffentlichen Hand konnte 2010 ein Geschäftsumfang von rund EUR 1,042 Mrd. erreicht werden. Ein deutliches Wachstum wurde im Bereich der Wohnbaugenossenschaften mit EUR 43 Mio. auf ein Gesamtvolumen von EUR 345 Mio. erzielt. Im sehr stark umworbene Bereich der öffentlichen Hand wurde ein Geschäftsvolumen von EUR 698 Mio. erreicht.

Finanzierungen mit dem Verwendungszweck Schaffung, Erneuerung und Verbesserung von Wohnraum beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf rund EUR 721 Mio. oder 23 % des gesamten Ausleihungsvolumens.

Die konsequente Verfolgung der Neuausrichtung der Leasingaktivitäten auf Märkte in Österreich und Westeuropa auf Grundlage einer qualitätsvollen Risikoorientierung zeigt mit einem Anstieg des Geschäftsvolumens auf EUR 257 Mio. weiterhin einen positiven Trend.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen EUR 584 Mio. gegenüber EUR 166 Mio. im Vorjahr, gegenüber Kunden sind sie mit EUR 1.680 Mio. ausgewiesen. Der Gesamtbetrag der Verbrieften Verbindlichkeiten belief sich auf EUR 2.701 Mio.

Die Bestandsveränderungen bei den Verbrieften Verbindlichkeiten betreffen Zugänge von EUR 142 Mio. in Form von Neuemissionen und Abgänge von EUR 158 Mio. in Form von

Tilgungen zum Laufzeitende, Umlaufverminderungen und Kündigungen. Die Neuemissionen betreffen mit EUR 80 Mio. HYPO-Wohnbaubankanleihen, mit EUR 55 Mio. Pfandbriefe bzw. öffentliche Pfandbriefe und mit EUR 7 Mio. eine nicht fundierte Anleihe.

Im Berichtsjahr erfolgte die Umgliederung der Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 1.100 Mio. (im Vorjahr ausgewiesen unter dem Passivposten 3b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten) mit EUR 275 Mio. in Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit EUR 825 Mio. in Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Der Zinssaldo konnte um EUR 8,6 Mio. oder 18,8 % gegenüber dem Vorjahr auf EUR 54,4 Mio. gesteigert werden. Die Beteiligungserträge in Höhe von EUR 1,7 Mio. sind mit dem Vorjahresbetrag von EUR 3 Mio. aufgrund der im Vorjahr darin enthaltenen Erlöse von EUR 1,5 Mio. aus Einlagenrückgewähr nicht direkt vergleichbar.

Das Provisionsergebnis aus dem Dienstleistungsgeschäft liegt mit EUR 9,9 Mio. auf Höhe des Vorjahres. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen EUR 8,3 Mio. gegenüber EUR 13,1 Mio. im Vergleichszeitraum. Der Vorjahreswert enthält Einmaleffekte wie Entschädigungszahlungen von Versicherungen oder die Auflösung von Rückstellungen.

Der Personalaufwand wird mit EUR 22,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,9 Mio. höher ausgewiesen. Ursache dafür ist ein höherer Rückstellungsbedarf für Abfertigungs- bzw. Pensionsverpflichtungen. Durch gezielte Umsetzung von Sparpotentialen konnte der im Berichtsjahr mit EUR 30,1 Mio. bilanzierte Sachaufwand gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,6 Mio. gesenkt werden. Somit erreichen die Betriebsaufwendungen in Summe EUR 53,9 Mio. gegenüber EUR 53,7 Mio. in 2009 und liegen damit etwas über dem Vorjahreswert.

Das Betriebsergebnis errechnet sich durch Saldierung der Betriebserträge mit den Betriebsaufwendungen. Es beträgt EUR 21,5 Mio. und übertrifft die Vorperiode um EUR 3,0 Mio. oder 16,5 %.

Der Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Kundenforderungen und Wertpapieren des Umlaufvermögens beläuft sich auf EUR 9,9 Mio. gegenüber EUR 10,4 Mio. im Vorjahr. Darin enthalten ist eine Teilauflösung von EUR 12,9 Mio. der pauschalen Wertberichtigung gemäß § 57 Abs. 1 BWG. Der Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen beträgt EUR 3,5 Mio. gegenüber EUR 4,5 Mio. im Vorjahr.

Damit erreicht das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit EUR 8,1 Mio. und liegt um EUR 4,5 Mio. über dem Wert des Vorjahres.

Ausgehend von einem Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung in Höhe von EUR 8,0 Mio. werden im heurigen Bilanzjahr EUR 8 Mio. der freien Gewinnrücklage zugeführt. Als Bilanzgewinn verbleiben TEUR 54.

Die anrechenbaren Eigenmittel betragen EUR 247 Mio. gegenüber EUR 257 Mio. im Vorjahr. Die Eigenmittelquote beträgt 12,01 % nach 13,04 %. Das anrechenbare Kernkapital konnte nach Rücklagendotierung aus dem Jahresüberschuss von EUR 135 Mio. auf EUR 143 Mio. angehoben werden. Die darauf bezogene Kernkapitalquote liegt bei 6,96 % (Vorjahr: 6,87 %). Die ergänzenden Eigenmittel wurden hingegen zum Bilanzstichtag mit EUR 104 Mio. gegenüber EUR 122 Mio. um EUR 18 Mio. niedriger ermittelt. Ursachen dafür sind die Rücknahme der in Kundenforderungen durch Bildung einer pauschalen Wertberichtigung nach § 57 Abs. 1 BWG enthaltenen stillen Reserven auf EUR 4 Mio. sowie die laufzeitbedingte Abnahme von anrechenbarem Ergänzungskapital bzw. nachrangigem Kapital.

Seit 1.1.2008 wendet die Bank zur Berechnung der erforderlichen Eigenmittel den Kreditrisiko-Standardansatz gemäß § 22a BWG an. Für kreditrisikomindernde Techniken wurde die einfache Methode gemäß § 22g Abs. 3 Z 1 BWG gewählt. Das Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko wird mit dem Basisindikatoransatz gemäß § 22j BWG berechnet. Das Gesamteigenmittelerfordernis ist von EUR 158 Mio. auf EUR 164 Mio. gestiegen.

Dem Gesamtbankrisiko der HYPO Steiermark werden die zur Verfügung stehenden Deckungsmassen (Erträge, stille Reserven, Eigenkapital) gegenübergestellt und mit den Risikolimiten abgeglichen. Ziel dieser Berechnung ist die Ermittlung der nach § 39a BWG angemessenen Eigenkapitalausstattung.

Ergänzend dazu erfolgt auf Jahresbasis mit einem Konfidenzniveau von 95 % eine Risikoermittlung nach dem „Going-Concern“-Prinzip.

Von der Gesamtbankrisikoposition entfallen 79 % auf Kreditrisiko, 4 % auf Marktrisiko, 11 % auf operationelle Risiken und 6 % auf sonstige Risiken.

Der NPL-Anteil am Kreditportfolio betrug zum Jahresende 3,37 % (Vorjahr 3,63 %).

AUSBLICK 2011

Im Jubiläumsjahr 2011 – die HYPO Steiermark wird 80 Jahre alt - stehen für die HYPO-Bank weiterhin die anspruchsvollen Ziele ihres Leitbildes im Vordergrund. Sie umfassen alle Werte und Standards, die ihr Selbstverständnis prägen. Dieses bringt sie nicht nur hausintern, sondern vor allem ihren Kundinnen und Kunden gegenüber ständig zum Ausdruck.

Im Privatkundenbereich setzt die HYPO Steiermark verstärkt auf ganzheitliche Beratung, wobei sie ihren Fokus zunehmend auf Nachhaltigkeit legt. Dem Kundenwunsch entsprechend wird sie den 2010 gesetzten Schwerpunkt „Ethisch-nachhaltige Investments“ 2011 fortsetzen. Es handelt sich hier um mittel- bis längerfristige Veranlagungsmöglichkeiten, die ökologischen und sozialen Aspekten hohe Priorität einräumen.

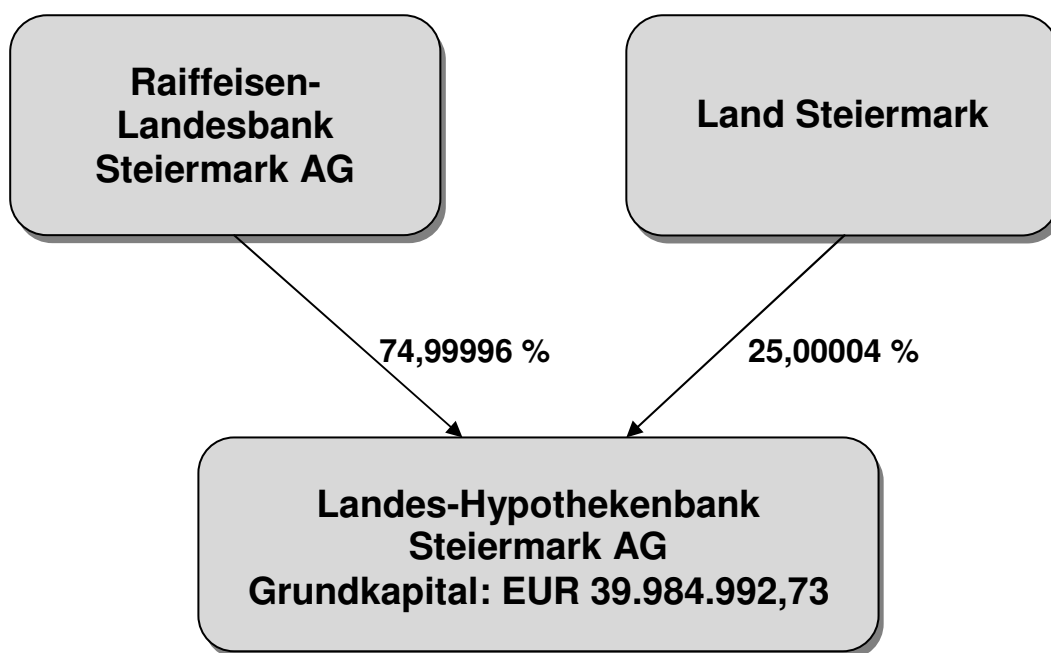
2009 hat die HYPO Steiermark ein flexibles Beratungskonzept implementiert, das Bankberatung auch außerhalb der Schalteröffnungszeiten ermöglicht. Aufgrund der großen Nachfrage wird sie diesen Service für ihre Kundinnen und Kunden 2011 fortsetzen und ausbauen.

HYPO-VERBAND 2010

Die HYPO Steiermark LEASING bleibt auch 2011 ihrer Ausrichtung treu und verbindet regionale Verankerung mit der Tätigkeit auf internationalem Niveau. Für 2011 steht die Entwicklung vom Allfinanzanbieter hin zum Nischenplayer im Bereich der Leasing-Immobilienprojektfinanzierung im Vordergrund.

In der Betreuung institutioneller Kunden kann die HYPO Steiermark auf eine lange Tradition verweisen. Diese Kontinuität will sie 2011 fortsetzen und somit demonstrieren, dass die HYPO Steiermark dank ihrer Professionalität und jahrzehntelanger Kontakte ein stabiler Partner für alle institutionellen Kunden sowie öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Institutionen ist.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	5.349	5.067
Eigenmittel	247	257
EGT	8	4
Spareinlagen	389	432
Ø Mitarbeiteranzahl	247	251
Anzahl Filialen	16	16
Return on equity	5,2%	2,4%
Cost Income Ratio	71,5%	74,4%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.9. HYPO TIROL BANK AG

Die HYPO TIROL BANK AG versteht sich aus der Historie heraus als Partner des Landes Tirol, in dessen Mittelpunkt die Menschen der Region stehen. Diese seit ihrer Gründung 1901 gewachsene Verbundenheit spiegelt sich nicht nur in der unternehmerischen Ausrichtung, sondern auch im wirtschaftlichen und sozialen Engagement wider. Im Fokus stehen dabei die Bedürfnisse der Kunden und Partner – an ihren Erwartungen richten sich das Leistungs- und Produktangebot und deren Qualität aus. Die unmittelbare Marktnähe und die Unabhängigkeit des Unternehmens tragen einen wesentlichen Teil zur Erfüllung dieser Anforderungen bei.

Als modernes und innovatives Unternehmen mit gehobener Bank- und Finanzstruktur ist die Hypo Tirol Bank sowohl in Österreich als auch in Italien tätig. Das strategische

Engagement als Universalbank liegt einerseits klar auf dem Kernmarkt Tirol. Darüber hinaus werden Südtirol, das Trentino und Verona sowie der Großraum Wien mit einem differenzierten Kunden- und Produktfokus bedient. Der Hypo Konzern umfasst 20 Geschäftsstellen in Tirol, 3 Geschäftsstellen sowie 2 Beratungszentren in Südtirol/Trentino sowie im Veneto und eine Geschäftsstelle in Wien. Weiters wird den Firmenkunden an 4 Standorten in Tirol und Wien sowie in 3 Centern in Norditalien umfassende Beratung geboten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag die Bilanzsumme mit 11,7 Mrd. EUR um rund 2,1 % bzw. unter der Bilanzsumme des Vorjahres (Vorjahr: 12,0 Mio. Euro). Gegenläufige Entwicklungen haben zu dieser Veränderung beigetragen.

Reduzierend auf die Bilanzsumme wirkte die Konsolidierungsstrategie im Wertpapierbereich. Im Rahmen der planmäßigen Bestandsreduktion war der Rückgang vorwiegend auf Tilgungen von Schuldverschreibungen zurückzuführen. Der Buchwert der Wertpapierbestände verringerte sich dadurch insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 798,2 Mio. Euro von 3,1 Mrd. Euro auf 2,3 Mrd. Euro.

Demgegenüber war – in geringerem Umfang im Vergleich zum Abbau im Wertpapierbereich – ein Anstieg der Forderungen an Kunden in Höhe von 229,6 Mio. auf 7,4 Mrd. Euro zu verzeichnen (Vorjahr: 7,2 Mrd. Euro). Die Veränderung der Wechselkurse, insbesondere zwischen dem Schweizer Franken und dem Euro, trug wesentlich zu diesem Anstieg des Forderungsvolumens bei. Aber nicht nur währungsbedingte Effekte zeichneten für die Zuwächse der Kundenforderungen verantwortlich. Erste Zeichen unserer strategischen Neuausrichtung waren beispielsweise in einer Ausweitung des Pfand- und Kommunalbriefdeckungsgeschäftes erkennbar.

Weiters war ein Anstieg der Handelsaktiva und Derivate von 177,1 Mio. Euro auf 636,5 Mio. Euro (Vorjahr: 459,4 Mio. Euro) sowie der finanziellen Vermögenswerte – designated at Fair Value von 230,0 Mio. Euro auf 832,7 Mio. Euro (Vorjahr: 602,7 Mio. Euro) zu verzeichnen. Diese Veränderungen waren nicht auf eine Bestandsausweitung, sondern hauptsächlich auf positive Barwertveränderungen zurückzuführen.

Passivseitig spiegelt sich der Rückgang der Bilanzsumme im Wesentlichen in einem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, gegenüber Kunden sowie einem Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten wieder.

Hinsichtlich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erklärt insbesondere der Rückgang der Geldhandelsgeschäfte die Abnahme um 112,1 Mio. Euro auf 649,7 Mio. Euro (Vorjahr: 761,9 Mio. Euro).

Ausschlaggebend für den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 106,0 Mio. Euro auf 2,9 Mrd. Euro (Vorjahr: 3,0 Mrd. Euro) war im Wesentlichen die Abnahme der Spareinlagen.

Durch die Begebung von Emissionen in Höhe von 141,6 Mio. Euro, Tilgungen in Höhe von 345,4 Mio. Euro und dem Einfluss von sonstigen Veränderungen insbesondere von Wechselkursschwankungen, die einen Anstieg der Buchwerte in Höhe von 1,3 Mio. Euro verursachten, verringerte sich der Stand der verbrieften Verbindlichkeiten um 202,5 Mio. Euro. Der Buchwert der verbrieften Verbindlichkeiten beläuft sich zum Bilanzstichtag daher auf 1,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,0 Mrd. Euro).

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Bankwesengesetz des Konzerns haben sich gegenüber dem Vorjahr um 18,3 Mio. Euro verringert und betragen unter Berücksichtigung der Abzugsposten zum 31.12.2010 646,0 Mio. Euro (Vorjahr: 664,3 Mio. Euro). Die erforderlichen Eigenmittel haben sich in diesem Zeitraum um 17,0 Mio. Euro verringert. Die Eigenmittelquote beträgt daher zum Bilanzstichtag 11,39 % (Vorjahr: 11,29 %) und erhöhte sich zum Vorjahr um 0,10 %. Der Konzern der HYPO TRIOL BANK AG erfüllt damit die Eigenmittelvorschriften des Bankwesengesetzes. Der Eigenmittelüberschuss beträgt 192,4 Mio. Euro (Vorjahr: 193,6 Mio. Euro).

Das Kernkapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 418,7 Mio. Euro (Vorjahr: 414,0). Die ergänzenden Eigenmittel unter Berücksichtigung der Abzugsposten gemäß BWG betragen 227,3 Mio. Euro (Vorjahr: 250,3 Mio. Euro). Darin ist Ergänzungskapital mit einem Nominalwert von 80,9 Mio. Euro sowie nachrangiges Kapital mit einem anrechenbaren

Wert von 147,3 Mio. Euro enthalten. Die Kernkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 7,38 % (Vorjahr: 7,04 %).

Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen haben das Geschäftsjahr 2010 geprägt. Hauptsächlich im Kreditgeschäft war die angespannte Lage der Realwirtschaft auch im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich spürbar und das Ergebnis wurde wie im Vorjahr merklich durch die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belastet. Ebenso waren das Provisionsergebnis sowie das Handelsergebnis aufgrund der angespannten Marktbedingungen rückläufig.

Positive Ergebnisentwicklungen im Zinsüberschuss und vor allem im Verwaltungsaufwand führten zu einem Ausgleich der negativen Ergebnisbeiträge, wodurch ein Ergebnis vor Steuern auf Vorjahresniveau in Höhe von 2,1 Mio. Euro erwirtschaftet werden konnte.

Die nachfolgenden Erläuterungen zeigen die wesentlichen Veränderungen der Gewinn- und Verlustrechnung:

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich der Zinsüberschuss um 7,4 % bzw. 8,6 Mio. Euro auf 124,3 Mio. Euro (Vorjahr: 115,7 Mio. Euro). Nach Abzug des Vorsorgebedarfs für Kreditausfälle im Kundengeschäft in Höhe von 71,6 Mio. Euro (Vorjahr: 72,5 Mio. Euro) lag der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge bei 52,7 Mio. Euro (Vorjahr: 43,2 Mio. Euro).

Durch das Ausschöpfen von Einsparungspotentialen konnte der Verwaltungsaufwand um 5,4 Mio. Euro bzw. um 6,0 % auf 84,9 Mio. Euro (Vorjahr: 90,3 Mio. Euro) gesenkt werden. Insbesondere Einsparungen im Sachaufwand bei den Rechts- und Beratungskosten bewirkten diese Entwicklung.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklungen im Zinsüberschuss und im Verwaltungsaufwand belasteten im Wesentlichen ein rückläufiges Provisions- und Handelsergebnis sowie ein rückläufiges sonstiges betriebliches Ergebnis das Gesamtergebnis des Konzerns.

HYPO-VERBAND 2010

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 4,3 % bzw. um 1,2 Mio. Euro auf 27,2 Mio. Euro (Vorjahr: 28,4 Mio. Euro). Rückläufige Provisionserträge aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr und erhöhte Provisionsaufwendungen aus dem Wertpapiergeschäft waren vorwiegend für den Rückgang verantwortlich.

Im Handelsergebnis war ein Rückgang um 6,9 Mio. Euro auf 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,8 Mio. Euro) zu verzeichnen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 7,5 Mio. Euro) verringerte sich zum Vorjahr um 4,1 Mio. Euro.

Insgesamt zeigt sich somit im Geschäftsjahr 2010 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro). Nach Abzug von Steuern in Höhe von 82 Tsd. Euro verbleibt ein Ergebnis im Konzern von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro).

AUSBLICK 2011

Das Jahr 2010 hat trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der vielfach negativen medialen Präsenz auch zukunftsweisende Richtungsentscheidungen für die HYPO TIROL BANK AG mit sich gebracht, die mit Optimismus nach vorne blicken lassen. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich in ihrer nunmehr geänderten Zusammensetzung einen Neuanfang zum Ziel gesetzt, der im Sinne des Eigentümers den Auftrag der HYPO TIROL BANK AG als Tiroler Landesbank wieder in den Mittelpunkt rückt – und damit eine klare strategische Leitlinie geschaffen, an der sich künftig sowohl die Führungskräfte in ihren unternehmerischen Entscheidungen als auch die Mitarbeiter in ihrem täglichen Handeln ausrichten.

Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Zuge der Jahresplanung 2011 die Fokussierung auf den Kernmarkt Tirol und Südtirol/Trentino berücksichtigt. Weiters wurden für alle Geschäftsbereiche die Stärkung des Provisionsgeschäfts sowie die Steigerung der Kosteneffizienz als Schwerpunkte für 2011 definiert und mit quantitativen Planwerten

versehen. Die genannte Erhöhung der Kosteneffizienz soll durch Einsparungen im Bereich Sachaufwand sowie die Reduktion der Planstellen-Zahl und die Optimierung des Einsatzes der Mitarbeiter erreicht werden. Aufgrund des durch die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise ungewissen wirtschaftlichen Umfelds wird jedoch auch im Geschäftsjahr 2011 von schwierigen Rahmenbedingungen im Kreditgeschäft ausgegangen und dieser Einschätzung wurde in der Planung durch eine entsprechend hohe Risikovorsorge Rechnung getragen. Demgegenüber sollte die erwartete günstige Entwicklung der Finanz- und Aktienmärkte das Finanzanlageergebnis positiv beeinflussen. In Ergänzung der quantitativen Planung 2011 wurden pro Geschäftsbereich qualitative Ziele zu jenen Maßnahmen festgelegt, die für die Erreichung der finanziellen Planwerte erforderlich sein werden. Über die Vorhaben für das Jahr 2011 hinaus befasste sie sich für die Folgejahre auch mit den neuen Anforderungen aus Basel III und der Bankenabgabe und erste Szenariorechnungen unter Berücksichtigung der künftigen Kapital- und Liquiditätsvorschriften wurden erstellt.

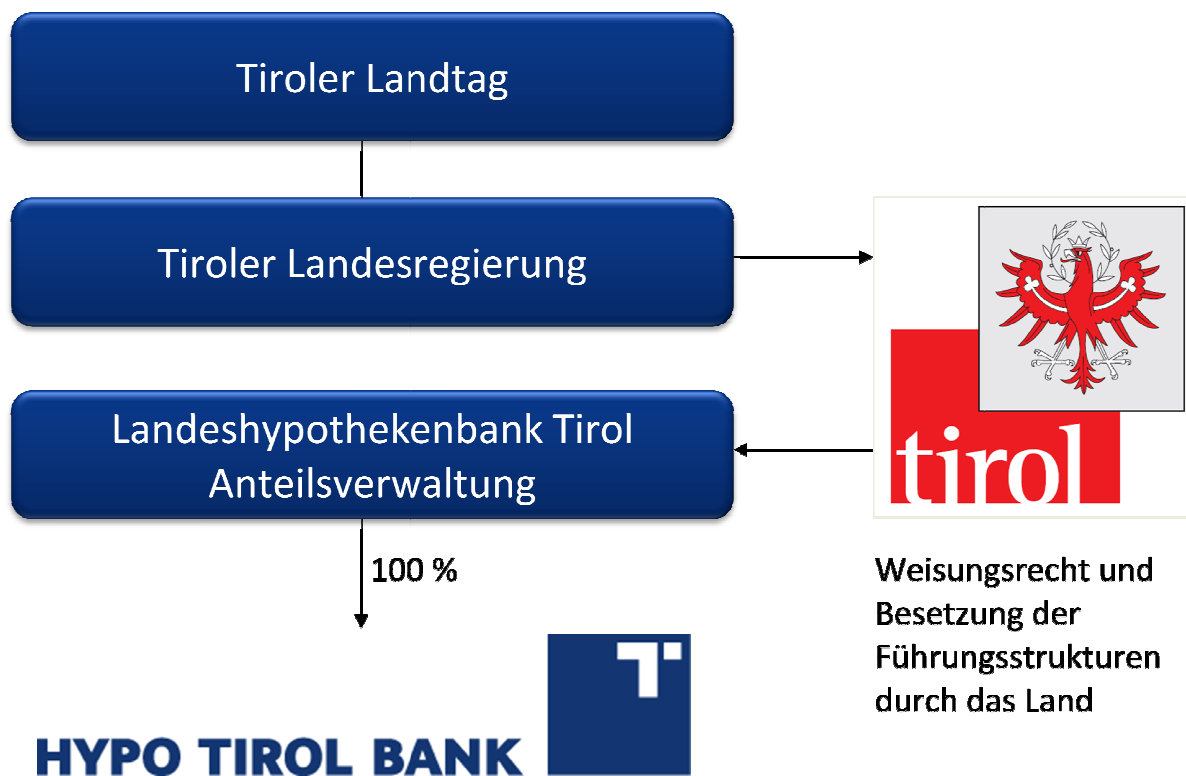
Durch die erfolgreiche Umsetzung der quantitativen und qualitativen Ziele will die Hypo-Bank 2011 auch erreichen, der Verunsicherung entgegen zu treten, die aufgrund der Ereignisse und Ergebnisse der vergangenen Geschäftsjahre bei Kunden und Mitarbeitern entstanden ist. Es ist das erklärte Ziel, das Vertrauen der Kunden durch qualitätsvolle Arbeit zu stärken. Nachdem die Erreichung dieses Vorhabens nur durch den engagierten Einsatz der Mitarbeiter/-innen gelingen kann, wird auch der Förderung der Mitarbeitermotivation und -zufriedenheit in diesem Jahr besonderes Augenmerk geschenkt.

Durch die strategische Neuausrichtung als Landesbank mit Konzentration auf den Kernmarkt wurde ein wichtiger erster Schritt in eine erfolgreiche Zukunft der HYPO TIROL BANK AG gesetzt. Die Hypo-Bank ist sich aber auch bewusst, dass der Weg der Strategieumsetzung erst zu gehen ist und neben dem ganzen Engagement auch Konsequenz, Flexibilität und Bereitschaft zu Neuem erfordern wird. So werden sich 2011 zahlreiche und nicht immer einfache Veränderungen ergeben. Ihre Umsetzung wird die zielorientierte Zusammenarbeit aller Unternehmensteile erfordern. In diesem Sinn steht das Jahr 2011 unter dem Motto „Miteinander“. Mit der Zuversicht, dass die gemeinsame Anstrengung auch zum gemeinsamen Erfolg führen wird – damit die

HYPO-VERBAND 2010

HYPO TIROL BANK AG als Bank der Tirolerinnen und Tiroler ihre Kunden auch künftig als verlässlicher Finanzpartner begleiten kann.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	11.462	11.993
Eigenmittel	631	647
EGT	14	9
Spareinlagen	1.075	1.183
Ø Mitarbeiteranzahl	589	618
Anzahl Filialen	22	22
Return on equity	3,4%	2,2%
Cost Income Ratio	52,1%	53%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.10. VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

2010 war für die Hypo Landesbank Vorarlberg auf allen Ebenen ein besseres Jahr als erwartet. Mit einem Ergebnis vor Steuern von 76,5 Millionen Euro hat die Hypo Landesbank Vorarlberg das sehr gute Vorjahresergebnis nochmals um 33,5 Prozent übertroffen.

Die positive Entwicklung auf der Ertragsseite mit Zuwächsen beim Zins- und Provisionsüberschuss wurde komplettiert durch eine günstige Kostenentwicklung. Das sehr gute Ergebnis ist dem kundenorientierten Geschäftsmodell, der allgemein guten Konjunktur und Auslastung der Wirtschaft, der Erholung der Börsen und nicht zuletzt der seit Jahren vorbildlichen Ertrags- und Kostenstruktur zu verdanken.

Die wesentlichen Gründe für das sehr gute Ergebnis der Hypo Landesbank Vorarlberg:

- ✓ Stabile Ertragslage:
Kunden- und Zinsgeschäft mit überdurchschnittlichen Kunden- und Volumenzuwächsen in den Filialen Wien, Graz und Wels
- ✓ Erfolgreiches Wertpapier- und Dienstleistungsgeschäft
- ✓ Stabile Konjunktur und weniger Kreditausfälle
- ✓ Günstige Kostenstruktur: Verwaltungsaufwendungen unter Plan
- ✓ Ausreichend Liquidität

Auf Basis dieser positiven Geschäftsentwicklung hat der Vorstand der Hauptversammlung vorgeschlagen, an die Aktionäre 10,255 Millionen Euro an Dividenden auszuschütten. Vom sehr guten Ergebnis der Hypo Landesbank Vorarlberg wird auch der Fiskus mit insgesamt 16,8 Millionen Euro an Körperschaftssteuer ordentlich profitieren.

Die Bilanzsumme stieg 2010 um 2,4 Prozent auf 13,7 Milliarden Euro. Sowohl auf der Aktiv- als auch Passivseite konnte das Kundengeschäft überdurchschnittlich zulegen: Die Ausleihungen an Kunden stiegen um 7,7 Prozent auf 8,1 Milliarden Euro, wobei ein Teil des Zuwachses auf den Anstieg des Schweizer Franken zurückzuführen ist.

Vom Gesamtausleihungsvolumen entfallen 4,6 Milliarden Euro auf Firmenkunden – mit einem Zuwachs von 352 Millionen Euro oder 8,3 Prozent ist die Hypo Landesbank damit weiterhin klarer Marktführer in Vorarlberg. Das Ausleihungsvolumen an Private ist 2010 um 207 Millionen Euro gestiegen, was einer Steigerung von 15 Prozent entspricht. Viele Kunden haben das niedrige Zinsniveau für den Bau, Kauf oder Sanierung von Immobilien genutzt. Zu beobachten ist auch, dass Kunden verstärkt ihre Schulden tilgen.

Beim Sparen und Anlegen sei 2010 eine differenzierte Haltung der Kunden zu beobachten gewesen: Zum einen habe das niedrige Zinsniveau zu Investitionen in Sachwerte wie Immobilien geführt, zum anderen hätten Kunden ihre Anlageentscheidungen verstärkt nach Sicherheitsaspekten getroffen und Anlagestrategien mit Wertsicherung den Vorzug gegeben. Insgesamt sind die Kundengelder bei der Hypo Landesbank Vorarlberg um 10,4 Prozent gestiegen. Über 3.200 Kunden lassen sich ihr Vermögen von der Hypo Landesbank Vorarlberg professionell managen.

Im Private Banking hat sich die Bank in den letzten Jahren einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Ziel ist es, zu den Top 5 Privatbanken Österreichs zu gehören. Mit neuen, auf die aktuell herausfordernden Marktbedingungen sowie auf die Wertpapier-KEST angepassten Vermögensverwaltungsstrategien wird in den nächsten Monaten die Produktpalette erweitert.

Durch die sehr gute Geschäftsentwicklung wird die Kapitalausstattung der Hypo Landesbank Vorarlberg weiter gestärkt: Mit einer Eigenmittelquote von 13,61 Prozent und einer Kernkapitalquote von 9,04 Prozent hat die Bank eine gesunde Basis, braucht aber auch jedes Jahr ein gutes Ergebnis, um die Anforderungen von Basel III zu erfüllen und die Eigenständigkeit der Bank langfristig zu sichern.

HYPO-VERBAND 2010

Über Tochtergesellschaften bietet die Hypo Landesbank Vorarlberg Leasing, Versicherungen, Eigenkapital und Immobilien Know-how an. Der Beteiligungsbereich hat auch 2010 zum Konzernergebnis der Hypo Landesbank Vorarlberg einen ordentlichen Beitrag geleistet.

Trotz der Zuwächse im Kreditbereich und der konservativen Vorsorge sind die Risikokosten dank der guten Wirtschaftslage deutlich gesunken.

AUSBLICK 2011

Für 2011 ist die Hypo Vorarlberg grundsätzlich optimistisch, da die ersten Monate zufriedenstellend verlaufen sind. Insgesamt wird die Hypo Vorarlberg an ihrem bewährten Geschäftsmodell festhalten und sich wie bisher auf das Kundengeschäft konzentrieren. Trotz anhaltendem wirtschaftlichen Aufschwung ist aber nicht mehr mit einer Wachstumsdynamik wie 2010 zu rechnen.

Eigentümerstruktur:

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	74,9997%	74,9997%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	25,0003%	25,0003%
- Landesbank Baden-Württemberg	16,6669%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	8,3334%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

HYPO-VERBAND 2010

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2010	31.12.2009
Bilanzsumme	13.561	13.276
Eigenmittel	997	929
EGT	77	57
Spareinlagen	1.444	1.447
Ø Mitarbeiteranzahl	705	719
Anzahl Filialen	25	25
Return on equity	14,62%	12,25%
Cost Income Ratio	39,15%	47,13%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.

2.11. RATING DER HYPOS

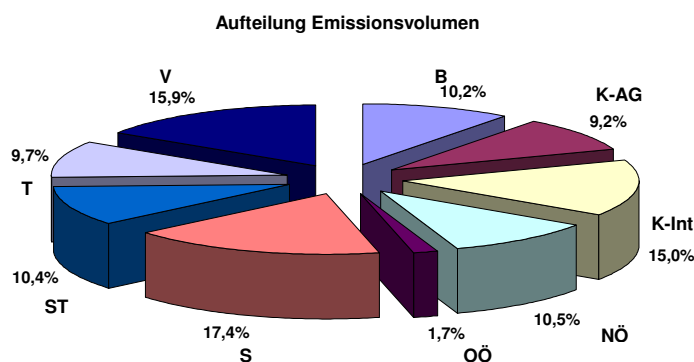
RATING HYPOS		
	Ratingagentur	Rating
HYPO-BANK BURGENLAND AG	—	—
HYPO GROUP ALPE ADRIA	Moody's	Baa3
HYPO NOE Gruppe Bank AG	Standard & Poor's	A/neg./A-1
ÖBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG	Standard & Poor's	Single A (Stabil)
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	—	—
LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	—	—
HYPO TIROL BANK AG	Moody's	A2
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	Moody's	A1

3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN

3.1. Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Als gemeinsames Emissionsinstitut der Hypo-Banken weist die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken derzeit ein Emissionsvolumen von EUR 10,037 Mrd. auf (Vorjahr EUR 9,429 Mrd.). Die Steigerung des Emissionsvolumens ergibt sich lediglich aufgrund von Währungsschwankungen. Es ist jedoch vorherzusehen, dass dieses angesichts der Einstellung der Geschäfte im ungedeckten Bereich in den kommenden Jahren weiter schrumpfen wird.

Das bestehende Emissionsvolumen verteilt sich auf die Hypo-Banken wie folgt:



Die Pfandbriefstelle hat bis 01.04.2007 ausschließlich ungedeckte Emissionen begeben, die von der Rating Agentur Moody's mit AAA bewertet wurden. Diese Emissionen fallen auf Grund der Übergangsbestimmungen im Pfandbriefstelle-Gesetz (2004) weiterhin unter die bestehende solidarische Haftung der Mitglieder und deren Gewährträger, da die Laufzeiten nicht über den 30.09.2017 hinausgehen.

Seit 01.04.2007 wurden keine Emissionen begeben.

Im Jahr 2010 trat die Pfandbriefstelle bei zwei Anleihen der Novomatic AG (5 und 7 Jahre) als Co Lead auf. Die Gesamtorder der Hypo-Banken beliefen sich auf EUR 5,5 Mio. (Gesamt volumina EUR 200 Mio.) sowie EUR 14,5 Mio. (Gesamt volumina EUR 150 Mio.).

Derzeit wird versucht, ein neues Geschäftsmodell für die Pfandbriefstelle zu entwerfen, um in Zukunft im Sektor gemeinsam Pfandbriefe emittieren zu können. Mit Neuemissionen der Pfandbriefstelle am Pfandbriefmarkt ist frühestens 2012 zu rechnen.

3.2. Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.

Die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. wurde im Jahr 1977 von den österreichischen Landes-Hypothekenbanken als Holding-Gesellschaft für dauernde Beteiligungen gegründet, welche im Interesse aller oder mehrerer Landes-Hypothekenbanken gelegen sind.

Die Gesellschaft hält für alle österreichischen Hypo-Banken Beteiligungen an den Gesellschaften PayLife Bank GmbH., Wiener Börse AG, STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H., an der seit 1.7.2006 ausgegliederten Hypo-Bildung GmbH. sowie indirekt an der Österreichische Lotterien Ges.m.b.H. Weiters ist sie an der Oesterreichischen Clearingbank AG (OeCAG) beteiligt. Die OeCAG wurde während der Finanzmarktkrise gegründet, um das Vertrauen in den österreichischen Interbankmarkt auf Grundlage des entsprechenden Bundesgesetzes zu stärken. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in Liquidation und wurde zu diesem Zweck vorerst in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt und firmiert nun bis zur ihrer Auflösung als OECLB Holding GmbH.

3.3. Hypo-Wohnbaubank AG

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist eine Spezialbank zur Finanzierung des Wohnbaus in Österreich. Die Bank wurde im Jahre 1994 von acht Landes-Hypothekenbanken gegründet. Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Finanzierung von Wohnbauten.

Rechtliche Grundlage des Handelns der Wohnbaubanken ist das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“ (1993 vom österreichischen Nationalrat beschlossen). Es sieht vor, dass die durch Emissionen der Wohnbaubanken aufbrachten langfristigen Mittel – sowohl Anleihen als auch Aktien – für die Errichtung von erschwinglichen Wohnungen verwendet werden. Um dies für die

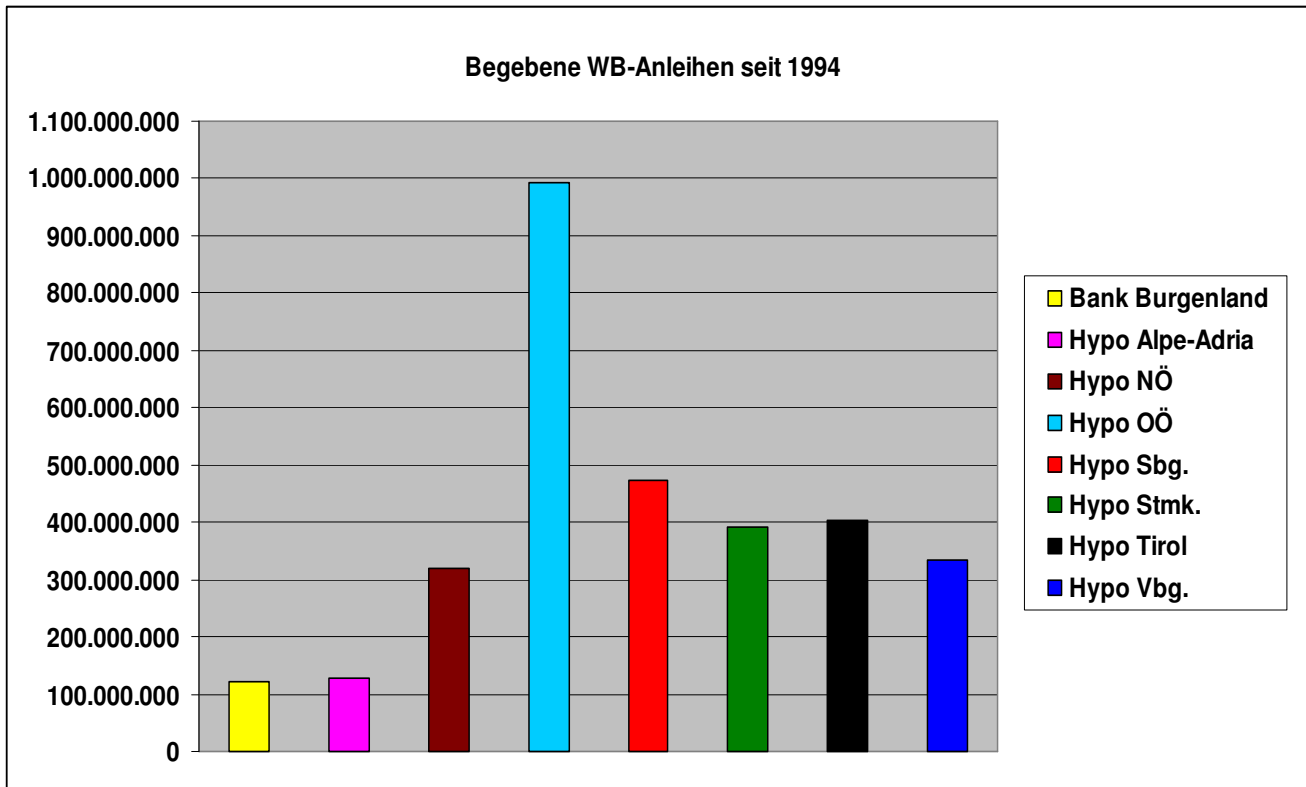
Anleger attraktiv zu machen, hat man die Wohnbuanleihen mit einem doppelten Steuervorteil ausgestattet:

Die Zinsen von bis zu 4 % sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Der Erstanschaffungspreis konnte bis 31.12.2010 im Rahmen der Sonderausgabenregelung von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

Die Anleihen müssen außerdem zweckgewidmet eingesetzt werden. Das damit aufgebrachte Kapital wird zur Finanzierung der Errichtung und Sanierung von Wohnbauten verwendet, welche überwiegend durch Hypotheken sichergestellt sind. Dadurch ist für die Anleihezeichner besondere wirtschaftliche Sicherheit gegeben.

Der Emissionsabsatz 2010 ist gegenüber dem Vorjahr etwas schwächer geworden. Das Emissionsvolumen für das Jahr 2010 betrug rund EUR 204 Mio. (Vorjahr: EUR 266 Mio.). Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Neugeschäft erschweren noch immer den Absatz von Wohnbuanleihen, da diese nicht von staatlichen Sicherungsmaßnahmen umfasst sind. Darüber hinaus verringern Inflationsängste den Absatz langfristiger Anleihen.

Insgesamt wurden von der Hypo-Wohnbaubank AG bisher rund 4,2 Mrd. emittiert. Mit einem Marktanteil von ca. 24 % befindet sich die Hypo-Wohnbaubank AG im Branchenvergleich an zweiter Stelle hinter der durch Fusion entstandenen Bank Austria Wohnbaubank AG. Die Hypo-Wohnbaubank AG geht davon aus, dass im Jahr 2011 das Emissionsgeschäft knapp über dem Vorjahresergebnis sein wird.



3.4. Hypo-Bildung GmbH.

Nach zwei sehr guten Bildungsjahren 2008 und 2009 verzeichnete die HYPO-Bildung GmbH im abgelaufenen Jahr einen erheblichen Rückgang der Teilnehmerzahlen auf rund 2.800 Teilnehmertage. Die Finanzkrise hat somit mit Verzögerung auch die HYPO-Bildung getroffen: aufgrund von bankinternen Umstrukturierungen, Stagnation der Mitarbeiterzahlen und Budgetkürzungen wurden 2010 wesentlich weniger Bildungsleistungen nachgefragt.

Schwerpunkt der Bildungsaktivitäten waren wie in den Vorjahren die standardisierten Ausbildungswege samt den dazugehörigen Prüfungen.

Die 2008 erstmals gestartete Fachlaufbahn "Risikomanagement", die eine sehr kompakte und strukturierte Spezialausbildung für Risikomanager unter starker Einbeziehung der quantitativen Methoden darstellt, wurde 2010 zum zweiten Mal angeboten und wird im Juni 2011 mit der 2. Teilprüfung abgeschlossen.

Im Winter 2010/2011 begann der erste Durchgang der neu entwickelten Fachlaufbahn für "Wohnbaufinanzierer". Damit bietet die HYPO-Bildung eine hochwertige Ausbildung in einem traditionellen Geschäftsfeld der HYPO-BANKEN, nämlich der Finanzierung von Wohnbau und Wohnraumsanierung, an.

Der Bereich "e-learning", der traditionell ein Schwerpunkt der HYPO-Bildung ist, wurde konsequent ausgebaut. Neben der laufenden Anpassung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben wie beim Lernprogramm "Abwehr von Geldwäsche" wurde ein neues Lernprogramm zum Thema "Wertpapier-Compliance" entwickelt.

Das HYPO-BANK-Kompendium - ein umfassendes Informationssystem - wird laufend erweitert und aktualisiert. Es steht allen Mitarbeitern sowohl am Arbeitsplatz wie auch von "extern" - und damit auch "mobil" mittels internet-tauglicher Handies - zur Verfügung.

Neben dem langjährigen Geschäftsführer Mag. Wolfgang Wild wurde mit Juni 2010 ein zweiter gleichberechtigter Geschäftsführer bestellt. Herr Mag. (FH) Paul Heckermann bringt seine umfangreiche Erfahrung aus dem Bankenvertrieb ein und engagiert sich besonders für den Ausbau des Angebotes im Bereich Verkaufs- und Persönlichkeitsbildung. Unter der Bezeichnung V+ (=Verkauf ist positiv!) werden umfangreiche Angebote der HYPO Bildung die Vertriebsmitarbeiter der HYPO-Banken dabei unterstützen, ihre Aufgaben im Verkauf professionell und kundenorientiert zu erfüllen. Für 2011 wurde bereits die Kooperation für die Umsetzung einer regionalen Schwerpunktschulung durch eine HYPO-Bank vereinbart, die erfolgreiche Umsetzung findet im 1. Quartal 2011 statt. Weitere vielversprechende Kooperationsgespräche sind bereits initiiert.

Alle diese Maßnahmen, ob inhaltlich, didaktisch oder technologisch haben nur ein Ziel - nämlich den HYPO-BANKEN als Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle diese Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

III. GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

1.1. Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens, zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder seit der Spaltung der Hypo Niederösterreich ab 1.7.2007 zehn Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die UniCredit Bank Austria AG.

Wichtigstes Organ des Verbandes ist die Direktorenkonferenz, in der alle Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind. Sie trat im Berichtsjahr zu vier tourlichen Sitzungen zusammen.

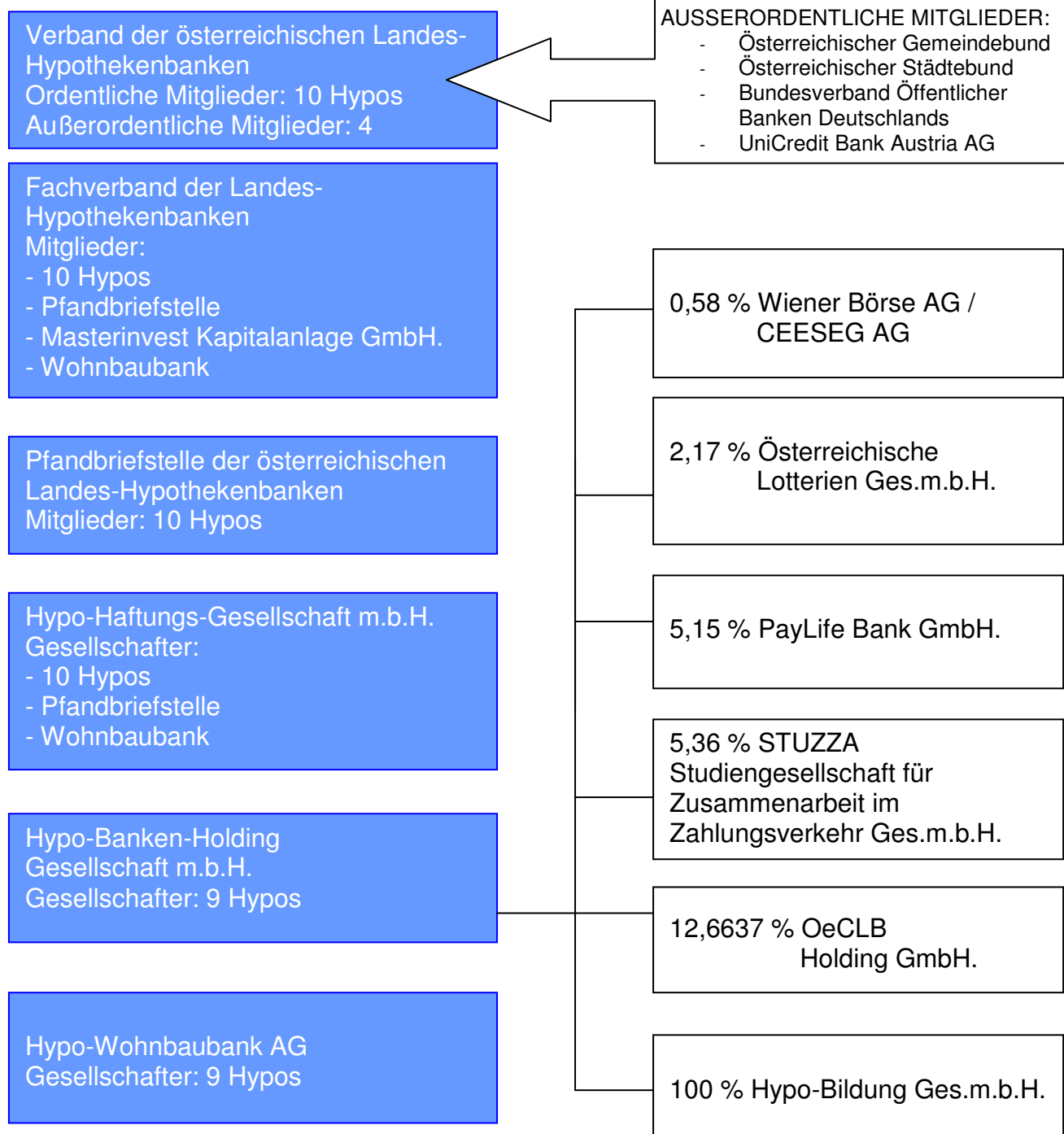
1.2. Fachverband

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den zehn Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Masterinvest Kapitalanlage GmbH. und die Hypo-Wohnbaubank AG.

1.3. Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.

Die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. ist die gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung des Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken. Die Gesellschaft hat als Einlagensicherung des Sektors auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Weiters ist das gesetzlich vorgeschriebene Früherkennungssystem aufrechtzuerhalten.

HYPO-VERBAND 2010



*) durchgerechnete Anteile (Stand per Juni 2011)

IV. INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE

1.1. Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)

Der Hypo-Verband ist seit 1.1.2005 ordentliches Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken in Brüssel. Der EAPB stellt für den Hypo-Verband als nationalen Verband eine wichtige Informationsquelle und Ansprechstelle für kreditwirtschaftliche Themen auf europäischer Ebene dar.

Zum Generalsekretär dieses Verbandes, Herrn Henning Schoppmann, bestehen seit vielen Jahren aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für den Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands intensive und freundschaftliche Kontakte.

1.2. Deutschland

Besonders enge Beziehungen bestehen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), der über ein qualitativ hochstehendes Informationssystem verfügt. Es finden regelmäßige Treffen mit dem Hauptgeschäftsführer Karl-Heinz Boos statt, um durch ein abgestimmtes Vorgehen die Erfolgsaussichten bei wichtigen EU-Richtlinienvorhaben auf Brüsseler Ebene zu verbessern. Bei derartigen Treffen nimmt üblicherweise auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der österreichischen Wirtschaftskammer, Syndikus Professor Dr. Herbert Pichler, teil. Ab 1. August 2011 wird Herr Dr. Hans Reckers die Nachfolge von Herrn Karl-Heinz Boos antreten.

1.3. Schweiz

Sehr gute Kontakte bestehen auch zum Verband Schweizerischer Kantonalbanken unter ihrem Direktor Hanspeter Hess, welcher ebenfalls an den gemeinsamen Geschäftsführertreffen mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands teilnimmt.

HYPO-VERBAND 2010

Zwischen den Kantonalbanken und den Landes-Hypothekenbanken bestehen zum Teil starke strukturelle Ähnlichkeiten bedingt durch die konsequente Ausrichtung auf definierte Wirtschaftsräume.

V. ORGANE

PRÄSIDIUM

Präsident:	Vorstandsdirektor KR Dkfm. Dr. Jodok Simma
Vizepräsident:	Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner
Vizepräsident:	Generaldirektor Dr. Peter Harold

DIREKTORENKONFERENZ

Die Direktorenkonferenz setzt sich aus den Vorstandsvorsitzenden der Hypos oder deren Vertretern zusammen und tagt durchschnittlich viermal im Jahr.

LÄNDERBEIRAT

BURGENLAND:	Landesrat Helmut Bieler
	Vorstandsdirektor Christian Jauk, MBA
KÄRNTEN:	Landesrat Mag. Harald Dobernig
	Vorstandsdirektor Dr. Gottwald Kranebitter
	Vorstandsdirektor Gerhard Salzer

HYPO-VERBAND 2010

NIEDERÖSTERREICH:	Landeshauptmann-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka
	Generaldirektor Dr. Peter Harold
	Vorstandsdirektor Mag. Michael Martinek
OBERÖSTERREICH:	Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
	Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner
SALZBURG:	Landeshauptmann-Stv. Mag. David Brenner
	Generaldirektor KR Dr. Reinhard Salhofer
STEIERMARK:	Landesrätin Dr. Bettina Vollath
	Generaldirektor Mag. Martin Gölles
TIROL:	Landesrat Christian Switak
	Vorstandsdirektor Dr. Markus Jochum
VORARLBERG:	Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber
	Vorstandsdirektor KR Dkfm. Dr. Jodok Simma

VERBANDSSEKRETARIAT

KR Dr. Wilhelm Miklas	Generalsekretär
Mag. Bernhard Freudenthaler	
Mag. Gudrun Mühlbeck	
Mag. (FH) Tina Strasser	

VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN

Brucknerstraße 8, 1040 Wien, Tel. Nr. +43 (0)1/33 60 333, Telefax Nr. +43 (0)1/33 60 333-20,
verband@hypoverband.at; www.hypoverband.at

VI. ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE

HYPO-BANK BURGENLAND AKTIENGESELLSCHAFT	7000 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605-0 info@bank-bgld.at www.bank-bgld.at	Christian Jauk, MBA
		Gerhard Nyul
		Mag. Andrea Maller-Weiß
HYPO ALPE-ADRIA- BANK INTERNATIONAL AG	9020 Klagenfurt am Wörthersee Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202-0 international@hypo-alpe- adria.com www.hypo-alpe-adria.com	Dr. Gottwald Kranebitter
		Mag. Wolfgang Edelmüller
		Mag. Johannes Proksch
		Dkfm. Rainer Sichert, M.A.
HYPO ALPE-ADRIA- BANK AG	9020 Klagenfurt am Wörthersee Domgasse 5 Telefon +43 (0) 50202-0 service.austria@hypo-alpe- adria.com www.hypo-alpe-adria.at	Gerhard Salzer
		Mag. Friedrich Robert Racher
		Mag. Peter Lazar
HYPO NOE GRUPPE BANK AG	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon +43 (0) 590 910-0 office@hyponoe.at www.hyponoe.at	Dr. Peter Harold
		Mag. Nikolai Leo de Arnoldi
HYPO NOE LANDESBANK AG	3100 St. Pölten Neugebäudeplatz 1 Telefon +43 (0) 590 910-0 landesbank@hyponoe.at www.hyponoe.at	Mag. Michael Martinek
		Mag. Christian Führer
		Mag. Silvia Parik
		Günther Ritzberger, MBA

HYPO-VERBAND 2010

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AKTIENGESELLSCHAFT	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 70/7639-0 vorstand@hypo-ooe.at www.hypo.at	Dr. Andreas Mitterlehner
		Mag. Emil Lauß
		Dr. Leonhard Fragner
SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	5020 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 office@hyposalzburg.at www.hypo-salzburg.at	Kommerzialrat Dr. Reinhard Salhofer
		Kommerzialrat Mag. Dr. Günther Ramusch
		Dr. Clemens Werndl
LANDES- HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AKTIENGESELLSCHAFT	8010 Graz Radetzkystraße 15-17 Telefon +43 (0) 316/8051-0 hypo@landes.hypobank.at www.hypobank.at	Mag. Martin Gölles
		Bernhard Türk
		Kommerzialrat Mag. Friedrich Lengger
HYPO TIROL BANK AG	6020 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700-0 service@hypotiro.com www.hypotiro.com	Dr. Markus Jochum
		Johann Peter Hörtnagl
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	6900 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 50 414-1000 info@hypovbg.at www.hypovbg.at	Kommerzialrat Dkfm. Dr. Jodok Simma
		Mag. Dr. Johannes Hefel
		Mag. Dr. Michael Grahammer

(Stand Juni 2011)

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/512 14 80 Telefax +43 (0) 1/512 14 80 72 www.gemeindebund.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident
		votr. Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND	1082 Wien Rathaus Telefon +43 (0) 1/4000 89980 Telefax +43 (0) 1/4000 99-89980 www.staedtebund.gv.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Dr. Thomas Weninger Generalsekretär
BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS	D-10785 Berlin Lennéstraße 11 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222 www.voeb.de	Vertreten in der Vollversammlung durch: Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer
UNICREDIT BANK AUSTRIA AG / ABTEILUNG 8840	1020 Wien Lassallestraße 5 Telefon +43 (0) 50505 52348 Telefax +43 (0) 50505 8952348 www.unicreditgroup.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Ing. Mag. Karl Ecker

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

PFANDBRIEFSTELLE DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES- HYPOTHEKENBANKEN	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-64 office@pfandbriefstelle.at www.pfandbriefstelle.at	Vorstand: Dr. Hannes Leitgeb
		Dr. Wilhelm Miklas
HYPO-WOHNBAUBANK AG	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-65 office@hypo-wohnbaubank.at www.hypo-wohnbaubank.at	Vorstand: Dipl.-Ing. Hans Kvasnicka
		Dr. Hannes Leitgeb
		Mag. Rainer Wiehalm
HYPO-BILDUNG GMBH.	1040 Wien Mattiellistraße 2-4, B3 Telefon +43 (0) 1/505 90 80 Telefax +43 (0) 1/505 90 80-28 office@hypo-bildung.at www.hypo-bildung.at	Geschäftsführung: Mag. Wolfgang Wild
		Mag. (FH) Paul Heckermann
HYPO-BANKEN-HOLDING GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	Geschäftsführung: Dr. Wilhelm Miklas
		Mag. Bernhard Freudenthaler

HYPO-VERBAND 2010

HYPO-HAFTUNGS- GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	Geschäftsführung:
		Dr. Wilhelm Miklas Mag. Bernhard Freudenthaler

(Stand: Juni 2011)

VII. MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN

HYPO-BANK BURGENLAND AG

Zentrale:	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
Filialen:	1090 Wien, Kolingasse 12	+43 (0) 1/40 60 460
	2491 Neufeld/Leitha, Hauptstraße 55	+43 (0) 2624/526 68-0
	7000 Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7100 Neusiedl/See, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/22 71-0
	7132 Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/25 44-0
	7201 Neudörf/Leitha, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/773 41-0
	7210 Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/675 70-0
	7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/421 93-0
	7400 Oberwart, Hauptplatz 11,	+43 (0) 3352/389 13-0
	7400 Oberwart, Dornburggasse 80, LKH	+43 (0) 3352/328 41
	7540 Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/434 37-0
	8010 Graz, Jungferngasse 3/2	+43 (0) 316/82 91 64
	8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/453 82-0
Zahlstelle:	7111 Parndorf, Wirtschaftspark Straße 2	+43 (0) 2166/3663

HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202-0
------------------	--------------------------------------	-----------------

HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt am Wörthersee, Domgasse 5	+43 (0) 50202-0
Filialen:	1010 Wien, Parkring 12	+43 (0) 50202-6900
	5020 Salzburg, Hellbrunnerstraße 9a	+43 (0) 50202-5207
	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202-2030
	9020 Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202-2440
	9020 Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020 Klagenfurt, Feschnigstraße 7	+43 (0) 50202-6800
	9100 Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9220 Velden, See Corso 4 / Gemonaplatz	+43 (0) 50202-5707
	9300 St. Veit/Glan, Platz am Graben 3	+43 (0) 50202-6750
	9400 Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400 Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9413 St. Gertraud, St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500

HYPO-VERBAND 2010

	9470 St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500 Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560 Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße 17	+43 (0) 50202-6700
	9620 Hermagor, Gasser-Platz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800 Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150
Zahlstelle:	9020 Klagenfurt, Servicestelle LKH	+43 (0) 50202-6850

HYPO NOE GRUPPE BANK AG

Zentrale:	3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 590 910-0
Filiale:	1010 Wien, Wipplingerstraße 4	+43 (0) 590 910-0
Reprä- sentanz:	CZ-110 00 Praha 1, Soukenická 13	+420 296 580 20 0
	H-1062 Budapest, Váci út 1-3	+36 132 85024

HYPO NOE LANDESBANK AG

Zentrale:	3100 St. Pölten, Neugebäudeplatz 1	+43 (0) 590 910-0
Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 590 910-1025
	1010 Wien, Herrengasse 10	+43 (0) 590 910-1125
	1040 Wien, Operngasse 21	+43 (0) 590 910-1425
	1060 Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 590 910-1625
	1090 Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 590 910-1925
	1140 Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 590 910-2425
	1210 Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 590 910-2125
	2020 Hollabrunn, Lothringerplatz 12	+43 (0) 590 910-5325
	2100 Korneuburg, Wiener Straße 4	+43 (0) 590 910-2825

2130 Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 590 910-4125
2301 Groß Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 590 910-3925
2340 Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 590 910-3525
2380 Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 590 910-3625
2460 Bruck/Leitha, Wiener Gasse 3	+43 (0) 590 910-4625
2500 Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 590 910-3725
2620 Neunkirchen, Herrengasse 15	+43 (0) 590 910-5125
2700 Wiener Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 590 910-5225
2700 Wiener Neustadt, Hauptplatz 16	+43 (0) 590 910-3225
3100 St. Pölten, Landhaus-Boulevard Haus 3/25	+43 (0) 590 910-6425
3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 590 910-3425
3300 Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 590 910-3125
3390 Melk, Jakob Prandtauer Straße 9	+43 (0) 590 910-3025
3400 Klosterneuburg, Niedermarkt 9-11	+43 (0) 590 910-2725
3430 Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 590 910-4025
3500 Krems, Mitterweg 10 A	+43 (0) 590 910-3825
3500 Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 590 910-5825
3580 Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 590 910-3325
3910 Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 590 910-4325

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Zentrale:	4010 Linz, Landstraße 38/Rudigierstr. 4	+43 (0) 7076 39 0
Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 30/3. OG	+43 (0) 1/796 98 20
	4020 Linz, Bahnhofplatz 2	+43 (0) 732/65 63 90
	4020 Linz, Am Bindermichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020 Linz, Eurocenter-Oed / Europastraße 12	+43 (0) 732/38 12 07
	4020 Linz, Eisenhandstraße 28	+43 (0) 732/ 77 83 91
	4030 Linz, solarCity, Lunaplatz 1	+43 (0) 732/32 00 26
	4040 Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040 Linz, Magdalena/Griesmayr- straße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040 Linz, Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29
	4400 Steyr, Wehrgrabengasse 18	+43 (0) 7252/74 088
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 881
	4780 Schärding, Karl-Gruber- Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840 Vöcklabruck, Dr.-Anton- Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 444
4910 Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 922	
Zahlstellen:	4020 Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15	+43 (0) 732/66 00 03

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	5020 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
Filialen:	5020 Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020 Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/43 13 97
	5020 Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16	+43 (0) 662/87 74 75
	5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/88 12 38
	5020 Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79 a	+43 (0) 662/43 04 55
	5020 Salzburg, Aigner Straße 4a	+43 (0) 662/62 04 11
	5020 Salzburg, Bankshop EUROPARK, Europastraße 1	+43 (0) 662/43 34 65
	5020 Salzburg, Bankshop FORUM 1, Südtiroler Platz 13	+43 (0) 662/46 00 46
	5071 Wals-Siezenheim, Bundes- straße 16	+43 (0) 662/85 49 90
	5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/45 36 60
	5110 Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/51 61
	5201 Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/73 20
	5202 Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/74 52
	5340 St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/79 75
	5400 Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/843 51
5431 Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/76 25	
5500 Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/34 52	

HYPO-VERBAND 2010

	5541 Altenmarkt, Hauptstraße 40	+43 (0) 6452/64 86
	5580 Tamsweg, Postplatz 1	+43 (0) 6474/6900
	5582 St. Michael / Lungau, Poststraße 6	+43 (0) 6477/86 11
	5600 St. Johann / Pongau, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/88 81
	5700 Zell am See, Postplatz 1	+43 (0) 6542/72 400
	5730 Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/44 31
	5760 Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/726 44

LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Zentrale:	8010 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
Filialen:	8010 Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-5821
	8010 Graz, Plüddemanngasse 96	+43 (0) 316/8051-5861
	8053 Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-5841
	8280 Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230
	8330 Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5012
	8430 Leibnitz, 27. Jännerstraße 2	+43 (0) 3452/71133
	8530 Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8600 Bruck/Mur, Koloman-Wallisich- Platz 22	+43 (0) 3862/51852
	8750 Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8940 Liezen, Hauptstraße 17	+43 (0) 3612/25377
8970 Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453	
Zahlstellen:	8010 Graz, SB-Bank Grazer Burg, Hofgasse 13-15	+43 (0) 316/8051-0
	8020 Graz, LKH Graz West, Göstinger Straße 22	+43 (0) 316/8051-5808
	8053 Graz, SB-Bank Sigmund Freud Klinik, Wagner-Jauregg Platz 1	+43 (0) 316/8051-5844
	8330 Feldbach, LKH Feldbach, Ottokar Kernstock-Straße 18	+43 (0) 3152/5012-5794
	8530 Deutschlandsberg, LKH Dlb., Radlpassstraße 29	+43 (0) 3462/4340-5778

HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6020 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
Filialen:	1010 Wien, Tegetthoffstraße 4	+43 (0) 50700-5200
	6020 Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020 Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020 Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020 Innsbruck, Amraser Straße 25	+43 (0) 50700-7300
	6020 Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060 Hall i. T., Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6100 Seefeld, Innsbrucker Straße 25	+43 (0) 50700-5100
	6130 Schwaz, Andreas-Hofer-Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166 Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290 Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300 Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330 Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370 Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380 St. Johann i. T., Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410 Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400
6460 Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900	

	6500 Landeck, Malser Straße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600 Reutte, Mühler Straße 12	+43 (0) 50700-1900
	9900 Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-37122 Verona, Via Circonvallazione Oriani 6	+39 045 867 84 10
	I-38122 Trient, Via Oss Mazzurana 57	+39 0461 1730173
	I-39012 Meran, Freiheitsstraße 18/2	+39 0473 066319
	I-39042 Brixen, Stadelgasse 12/b	+39 0472 979797
	I-39100 Bozen, Waltherplatz 2	+39 0471 066319
	D-80333 München, Maximiliansplatz 22	+49 (0) 89 55 21 37-2040

VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50 414-10 00
Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 50 414-74 00
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 49	+43 (0) 50 414-70 00
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 50 414-30 00
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 50 414-38 00
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 50 414-32 00
	6793 Gaschurn, Schulstraße 6 b	+43 (0) 50 414-34 00
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 50 414-20 00
	6800 Feldkirch, Landeskrankenhaus, Carinagasse 47-49	+43 (0) 50 414-24 00
	6830 Rankweil, Landeskrankenhaus, Valdunastraße 16	+43 (0) 50 414-26 00
	6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 50 414-22 00
	6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 50 414-60 00
	6845 Hohenems, Bahnhofstraße 19	+43 (0) 50 414-62 00
	6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 50 414-40 00
	6850 Dornbirn, Messepark, Messestraße 2	+43 (0) 50 414-42 00
	6863 Egg, Wälderpark, HNr. 940	+43 (0) 50 414-46 00
6890 Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 50 414-50 00	

	6900 Bregenz, Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 50 414-18 00
	6923 Lauterach, Hofsteigstraße 2a	+43 (0) 50 414-64 00
	6971 Hard, Landstraße 9	+43 (0) 50 414-16 00
	6973 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 50 414-52 00
	6991 Riezlern, Walsenstraße 31	+43 (0) 50 414-80 00
	6993 Mittelberg, Walsenstraße 62	+43 (0) 50 414-84 00
	8010 Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 50 414-68 00
	CH-9004 St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00

(Stand: Juni 2011)

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.
Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär KR Dr. Wilhelm Miklas.
Alle A-1040 Wien, Brucknerstraße 8.